Donnerstag, 26. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (03 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 98 - 17.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Andreotti optimistisch: Nach zweitägigen Gesprächen in Moskau ist der italienische Außenminister Giulio Andreotti mit „einigen neuen Ideen" der Sowjets zur Wiederaufnahme der Ost-West-Verhandlungen nach Rom zurückgekehrt. (S. 7)

Kein Mißtrauen: Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lintner, hat vor Mißtrauen gegenüber jenen Deutschen gewarnt, die aus der „DDR" ausreisen dürften. Zwar sei nicht auszuschließen, daß damit auch Spione eingeschleust würden, doch solle man sich davor hüten, „Gespenster" zu sehen, warnte der Politiker.

Beamte: Finanzminister Stoltenberg hofft, daß die Beamtenbesoldung 1985 wieder „einen Schritt günstiger" als in diesem Jahr zu gestalten sei, will aber an der Einkommenszuwachs-Pause 1984 festhalten.

Rauschenbach: Der 1981 in die Bundesrepublik Deutschland geflohene und später „freiwillig" zurückgekehrte ehemalige Oberstleutnant der „DDR"-Grenztruppen, Rauschenbach, soll nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte „regelrecht in den Freitod getrieben" worden sein. (S. 10)

Keine Wehrpflicht für Frauen: Vermutungen, daß an die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen gedacht sei, wurden von Staatssekretär Würzbach zurückgewiesen. Es werde weder Wehrpflicht noch Waffendienst für Frauen geben.

Heute: Präsident Reagan besucht die Volksrepublik China. – Prozeß gegen den früheren Staatsschutzchef im bayerischen Innenministerium, Langemann, beginnt. – Treffen der Sozialistischen Internationale in Jörlund bei Kopenhagen.

Sonderteil politisches Buch

Eine neue Studie behauptet: Die Militarisierung des Weltraums ist nicht aufzuhalten. Rüdiger Moniac setzt sich mit der Studie auseinander. Klaus Hornung bespricht Wolfgang Höpkers Buch „Südatlantik, Machtvakuum der Weltpolitik". Außerdem: Franz Herre über „Katholiken im Kaiserreich" und Jens Hacker über „Deutschland, die geteilte Nation". S. 6

WIRTSCHAFT

Wachstum: Auch die Bundesregierung rechnet jetzt wie die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute mit einem realen Anstieg des Bruttosozialprodukts von etwas mehr als drei Prozent, wenn es nicht zu längeren Konflikten um die 35-Stunden-Woche kommt. (S. 11)

Porsche: Die erstmals in der Firmengeschichte aufgelegten 420 000 Aktien waren wenige Stunden nach Beginn der Zeichnungsfrist vergriffen. (S. 12)

Lufthansa: Die Einnahmen seien um 15,8 Prozent, die Zahl der Passagiere um 6,3, das Frachtaufkommen um 19,9 Prozent gestiegen, berichtet Vorstandsmitglied Eser in Buenos Aires.

BASF: Die BASF AG, Ludwigshafen, umsatzstärkster deutscher Chemiekonzern, wird für 1983 eine wieder auf sieben DM (Vorjahr fünf nach sieben DM) erhöhte Dividende je Aktie zahlen.

Börse: Trotz der anhaltenden Streikgefahr kam es an den Aktienmärkten durchweg zu leichten Kurssteigerungen bei den Standardwerten. Der Rentenmarkt war nur knapp behauptet. WELT-Aktienindex 150,4 (149,5). Dollarmittelkurs 2,6836 (2,6757) Mark. Goldpreis pro Feinunze 382,30 (383,25) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Die Entscheidung über das, was dem Wohl des Kranken dient, kann uns niemand abnehmen – weder das Recht noch soziale Normen «

Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Professor Leo Koslowski, gestern bei der Eröffnung des Chirurgenkongresses in München zur aktuellen Diskussion um Sterbehilfe FOTO: W. RATTAY

KULTUR

Hoetger: „Der Schiffszieher" von 1902 ist die früheste Arbeit Bernhard Hoetgers in der umfangreichen Retrospektive, mit der die Geburtsstadt Dortmund den Künstler jetzt zu seinem 110. Geburtstag ehrt. (S. 19)

Streit um „Christa": Die Statue einer gekreuzigten Frau, Werk der Churchill-Enkelin Edwina Sandys, löst derzeit in New York Proteststürme, aber auch Beifall aus. Die Bronzefigur in St. John the Divine wurde „Christa" genannt.

SPORT

Fußball: Englands fünffacher Europapokalgewinner FC Liverpool und AS Rom bestreiten am 30. Mai in Rom das Finale im Europapokal der Landesmeister. Nach 1:0 gegen Dinamo Bukarest gewannen sie das Rückspiel 2:1 (1:1).

Handball: Der LTV Wuppertal, einziger drittklassiger Verein im Achtelfinale des deutschen Vereinspokals, erhielt mit den Reinickendorfer Füchsen Berlin wieder einen Bundesligaklub zum Gegner.

AUS ALLER WELT

Kennedy-Sohn tot: David (28), Sohn des ermordeten US-Justizministers Robert Kennedy, ist gestern in einem Hotel-Zimmer in West Palm Beach (Florida) tot aufgefunden worden. David wurde wiederholt Rauschgiftgenuß nachgesagt.

Zweistrahlig: Die Boeing-Werke bemühen sich um eine Genehmigung, auch mit zweimotorigen Düsenmaschinen die Nordatlantikroute zu befliegen. Dies war bisher aus Sicherheitsgründen verboten. (S.20)

Erdbeben: Bei einem der stärksten Beben im Norden Kaliforniens seit 1906 sind am Dienstag zwölf Menschen verletzt worden.

Wetter: Sonnig, im Osten wolkiger. 17 bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall: Urabstimmungen zunächst in zwei Gebieten

Druck-Arbeitgeber betonen Verhandlungsbereitschaft / Nein zu Vorbedingung

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Vorstand der IG Metall, der gestern die Urabstimmungen in zunächst nur zwei Tarifgebieten genehmigte, hat damit die Entscheidung über einen möglicherweise bundesweiten Arbeitskampf erst einmal hinausgeschoben. In der Druckindustrie bemühten sich die Arbeitgeber, mit ihrer Antwort auf die am Vortag von der IG Druck und Papier gestellten „Vorbedingungen" für die Wiederaufnahme von Verhandlungen am 2. Mai keinerlei Vorwand für eine Eskalation des Tarifstreits zu liefern. Sie betonten ihre Verhandlungsbereitschaft, ließen sich aber nicht auf die Gewerkschaftsforderung ein, vorab von der bisherigen Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden abzurücken. Die zentrale Streikleitung der IG Druck will heute mitteilen, ob sie nun das Gesprächsangebot für Anfang Mai annimmt oder nicht.

Der Vorstand der IG Metall faßte nach sechsstündigen Beratungen in Frankfurt den einstimmigen Beschluß, zunächst nur in den Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen Urabstimmungen zu genehmigen; sie sollen zwischen dem 3. und dem 9. Mai abgehalten werden. Die übrigen Bezirke würden lediglich mit Warnstreiks ihre Unterstützung bekunden.

Die IG Metall-Führung behalte sich aber vor, auch in den anderen Tarifgebieten die vorliegenden Anträge auf Urabstimmung, zu gegebener Zeit zu genehmigen, erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr. Er bezeichnete die Urabstimmungen als „Auftakt zu Streikmaßnahmen in diesen Tarifgebieten". Bei Zustimmung der Mitglieder – 75 Prozent Ja-Stimmen nicht der abgegebenen, sondern aller Stimmberechtigten sind hier erforderlich – werde der Streikbeginn „nicht lange auf sich warten lassen", meinte Mayr. Die IG Metall-Führung hatte mehrfach auch schon die Möglichkeit einer bundesweiten Ausdehnung von Streikmaßnahmen angedeutet.

In einer ersten Reaktion auf die erwartete Entscheidung, zunächst Test-Abstimmungen in nur einem Teil der Tarifgebiete vornehmen zu lassen, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, gegenüber der WELT, er sei „sicher, daß in weiten Bereichen die 75 Prozent Zustimmung nicht erzielt" würden. Eine andere Frage sei, ob sich das dann auch in den von der Gewerkschaft veröffentlichten Abstimmungsergebnissen widerspiegele. Er empfehle, die Abstimmungen „mit großer Sorgfalt" zu verfolgen.

Zum Aspekt einer eventuellen bundesweiten Ausdehnung des jetzt erwarteten Arbeitskampfes erklärte Kirchner, diese Ausdehnung würde „auch bundesweite Abwehrmaßnahmen" durch Aussperrung nach sich ziehen müssen. Auch müsse jeder Arbeitnehmer wissen, daß die Bundesanstalt für Arbeit anders als bei sonst üblichen regionalen Streiks mit Folgewirkungen für Betriebe in anderen Tarifgebieten bei bundesweitem Arbeitskampf keinerlei Verdienstausfall bezahle. Er betonte nachdrücklich, daß Gesamtmetall nach wie vor gesprächsbereit sei, allerdings aufgrund des „brüsken Abschneidens" jeglicher Gespräche durch die Gewerkschaft jetzt davon ausgehe, daß der Anstoß zu eventuellen neuen Spitzengesprächen oder Verhandlungen von der IG Metall ausgehen müsse. Er rechne jedoch nicht mit neuen Kontakten, bevor das Ergebnis der Urabstimmungen vorliege.

Die Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeberseite betonte auch der Bundesverband Druck. Verhandlungs-

■ Fortsetzung Seite 10

Neue Sowjet-Offensive in Afghanistan

Freiheitskämpfer bestreiten Einnahme des Pandschir-Tals durch die Invasionstruppen

DW. Neu-Delhi

Sowjetische Truppen haben eine großangelegte Offensive gegen afghanische Freiheitskämpfer im strategisch wichtigen Pandschir-Tal unternommen, geht aus Berichten von Radio Kabul hervor. Widerstandskreise in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar bestritten jedoch energisch die Behauptung des Senders, das Tal sei von den Sowjets erobert worden. Diese Kreise räumten lediglich ein, daß die Freiheitskämpfer möglicherweise einen taktischen Rückzug in die umliegenden Berge vorgenommen hätten. Von dort würden sie in Kürze einen Gegenangriff unternehmen.

Zuvor hatten amerikanische Regierungskreise von einer durch massive Bombenangriffe vorbereiteten Frühjahrsoffensive gegen afghanische Untergrundkämpfer nördlich von Kabul gesprochen. Das amerikanische Außenministerium bezeichnete die neuen sowjetischen Bombardements als „Eskalation der zerstörerischen und brutalen Taktik" der Kriegführung gegen die afghanische Zivilbevölkerung. Der stellvertretende Sprecher des State Departments, Alan Romberg, sagte in einer Erklärung vor der Presse, das sowjetische Vorgehen werde dem afghanischen Volk weitere Leiden zufügen. Die USA hätten aus mehreren Quellen eine Bestätigung für die sowjetische Offensive im Pandschir-Tal. Offenbar am Freitag und Samstag voriger Woche hätten sowjetische Flugzeuge damit begonnen, das Tal aus großer Höhe mit Maschinen vom Typ Tupolew-16 zu bombardieren. Außerdem seien erstmals schwere Kampfbomber vom Typ SU-25 eingesetzt worden. Die Besatzungstruppen hätten ferner im Westen Afghanistans mit großangelegten militärischen Aktionen begonnen.

Die Region nordwestlich von Kabul gilt als Hochburg der afghanischen Regimegegner. Die Rote Armee hatte in der Vergangenheit bereits sechsmal vergeblich versucht, das Pandschir-Tal einzunehmen. Den amerikanischen Angaben zufolge haben die Sowjets für die neue Offensive etwa 20 000 Soldaten, mehr als 500 Panzer und Panzerwagen sowie Kampfhubschrauber zusammengezogen. Die Offensive scheine sich zu der größten sowjetischen Militäroperation seit Beginn der sowjetischen Invasion Afghanistans vor mehr als vier Jahren zu entwickeln, hieß es weiter.

Doch wiesen US-Geheimdienstkreise darauf hin, daß die Zerstörung der Mattock-Brücke über den Ghorband-Fluß, die eine der wichtigsten Straßenverbindungen zur Sowjetunion darstellt, zu ernsten Nachschubproblemen für die sowjetischen Truppen führen könne. Freiheitskämpfer hatten die Brücke an der Straße zwischen der wichtigen Nachschubbasis Termes in der UdSSR und Kabul kürzlich zerstört.

Als Begründung für die Offensive im Pandschir-Tal gab Radio Kabul an, der Führer der dort lebenden Regime-Gegner, Ahmad Schah Masud, habe entgegen einem im vorigen Jahr unterzeichneten Waffenstillstand verschiedene Einrichtungen der Regierungstruppen angegriffen. Der 30jährige Masud – „Löwe von Pandschir" genannt – genießt bei den Freiheitskämpfern den legendären Ruf der Unbesiegbarkeit.

London schiebt libysche Anführer ab

Opposition wirft der Regierung Tatenlosigkeit vor / Khadhafi schickte Unterhändler

FRITZ WIRTH, London

Die britische Regierung hat begonnen, mit eisernem Besen unter den „revolutionären Studenten" aufzuräumen, die seit dem 18. Februar die libysche Botschaft in London, das sogenannte „Volksbüro", übernommen und geleitet haben. Die vier Anführer dieser revolutionären Studenten befanden sich nicht in der libyschen Botschaft, als am letzten Dienstag aus diesem Gebäude heraus eine britische Polizistin erschossen wurde.

Wie jetzt bekannt wurde, hielt sich einer der vier zu jenem Zeitpunkt in Libyen auf, die anderen drei sind inzwischen von der britischen Polizei verhaftet und nach Libyen abgeschoben worden, unter ihnen Abdul Bakhdadi, der als der Chef des „Volksbüros" und Khadhafis mächtigster Mann in London galt.

Bakhdadi war als Student an einem College in Watford eingeschrieben. Er wurde am Montag morgen von der britischen Polizei gefaßt und befand sich bereits am Nachmittag in einer Maschine nach Libyen. Am Dienstag morgen wurde dann das letzte noch verbliebene Mitglied dieses „Studentenrats" gefaßt und des Landes verwiesen – der 26jährige Matuk Matuk.

Es ist kein Zufall, daß diese Razzia unter den libyschen Studentenführern bis gestern abgeschlossen war. Am Nachmittag mußte sich die britische Regierung kritischen Fragen

SEITE 3:
Waffen an die IRA

und Anschuldigungen von Abgeordneten aller Parteien stellen, die der Regierung vorwarfen, den Aktivitäten dieser Studenten und dem Mißbrauch der libyschen Botschaft zu lange tatenlos zugeschaut zu haben.

Zum gleichen Zeitpunkt, da diese Studenten als „unerwünschte Ausländer" abgeschoben wurden, trafen auf Einladung der britischen Regierung drei offizielle Vertreter der libyschen Regierung unter Führung des „Ministers für äußere Sicherheit", Oberst Abdul Rahman Shaibi, in London ein. Shaibi gilt als ein enger Vertrauter des libyschen Staatschefs Khadhafi. Diese Libyer besitzen nach Meinung der Briten genügend Autorität und Entscheidungsfreiheit, um verbindliche Verhandlungen über die Auflösung beider Botschaften in London und Tripolis nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu führen.

In der ersten Diskussion dieser Affäre im Unterhaus erklärte Innenminister Brittan, diese Krise habe erhebliche Zweifel geweckt, ob die Wiener Konvention, die die diplomatischen Kontakte unter den Ländern regelt, noch adäquat sei. Seine Regierung strebe eine Reform dieser Konvention an. Premierministerin Thatcher habe in dieser Angelegenheit bereits Kontakt mit befreundeten Regierungschefs aufgenommen.

Brittan antwortete den Kritikern, die die Regierung in den letzten Ta-

● Fortsetzung Seite 10

Tschernenko will mit IOC sprechen

Umstritten sind „Sicherheitsgarantien" für die sowjetischen Sportler

DW. Moskau/Lausanne

Wegen der Auseinandersetzungen um die Olympischen Spiele in Los Angeles hat Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, aufgefordert, nach Moskau zu kommen, um über die sowjetischen Vorwürfe gegenüber den amerikanischen Gastgebern zu sprechen. Er äußerte diesen Wunsch bei einem Kreml-Besuch des italienischen Außenministers Giulio Andreotti.

Ebenfalls am Dienstag hat der Sportminister der UdSSR, Marat Gramow, in Übereinstimmung mit den Ausführungen Tschernenkos, die sowjetische Teilnahme an den Spielen vom 28. Juli bis zum 12. August von der Einhaltung der olympischen Charta durch die USA abhängig gemacht. Nach einer mehr als zehnstündigen Konferenz-Serie mit Spitzenvertretern des IOC und des Olympischen Organisationskomitees (LAOOC) in Los Angeles erklärte Gramow in Lausanne, die UdSSR strebe nicht nach Rache für den von den USA angeführten Boykott der Olympiade von Moskau. Eine Reihe von Fragen, so das Sicherheitsproblem, seien jedoch noch nicht gelöst worden.

LAOOC-Präsident Peter Ueberroth hat erklärt, auf sowjetische Proteste hin sei eine Reihe von Regelungen geändert worden. Alle nur möglichen Sicherheitsgarantien seien gegeben worden. Man werde auch versuchen, ständig mit dem sowjetischen NOK in Kontakt zu bleiben, um alle „kleineren und größeren Sorgen" zu behandeln. Ueberroth kündigte für die nahe Zukunft einen eigenen Besuch in Moskau an.

Anlaß der Proteste der UdSSR ist die Befürchtung antisowjetischer Aktionen und Demonstrationen in Los Angeles, verbunden mit Abwerbeversuchen ihrer Sportler. Sportminister Gramow forderte ein Eingreifen der Washingtoner Regierung. LAOOC-Präsident Ueberroth erklärte dazu jedoch, in den Vereinigten Staaten habe jede Gruppe das Recht, gegen Sportler aus jedwedem Teil der Welt zu demonstrieren. Dagegen könne die Regierung nicht einschreiten. Ein weiteres Problem ist die Zulassung des von den Sowjets bekämpften amerikanischen Senders Radio Free Europe/Radio Liberty in Los Angeles. IOC-Direktorin Monique Berlioux sagte dazu, dies sei Sache des amerikanischen NOK und des LAOOC.

DER KOMMENTAR

Stimmungstest

PETER GILLIES

Gern werden in Verteilungskämpfen Bilder wie das von der schicksalhaften Unausweichlichkeit bemüht, von der zwanghaften Eskalation der Gruppeninteressen. Auch ist von zugeschlagenen Türen, von tickenden Zeitbomben et cetera die Rede. Die Ereignisse von gestern passen nicht in diese Klischees – dankenswerterweise.

Die Industriegewerkschaft Metall beschloß nun die Urabstimmung einstweilen für zwei Bezirke. Sie will die Stimmung testen, denn sie spürt, daß ein Quorum von 75 Prozent Zustimmung eine hohe Hürde ist. Nähme man die durchschnittliche Stimmungslage aller Arbeitnehmer, würde die Gewerkschaft mit ihrem Streikwunsch durchfallen – mit Pauken und Trompeten. Aus dem Beschluß mögen die einen Unsicherheit, die anderen Realismus entnehmen. Kampfesrufe auf der Barrikade, aber eine Rückversicherungspolice im Ärmel.

Auch in der Druckindustrie sind die Fäden noch nicht abgerissen. Die Arbeitgeber bieten eine Fortsetzung der Gespräche ohne Vorbedingungen an. Sie gehen mit ihrem Angebot – drei Prozent mehr Lohn, Höhergruppierungen, stärkerer Rationalisierungsschutz, zwanzig Prozent mehr Lehrstellen – weit über jenen Verteilungsspielraum hinaus, den ein stabiler Aufschwung eigentlich erheischte. Die Druckergewerkschaft, zu deren Merkwürdigkeiten es gehört, Abstimmungen nach den erwünschten Mehrheiten zu organisieren, vermag die Einladung eigentlich nicht auszuschlagen.

Aus dem stotternden Ablauf des Countdowns freilich zu schließen, der Tarifkampf dieses Jahres ließe sich auf dem Verhandlungswege beilegen, ist verfrüht. Denn wir wissen, daß Vernunft einigen Gewerkschaften gegen den Strich geht. Sie denken in Klassen und übersehen, daß es gar keine Klassen mehr gibt, sondern Arbeitnehmer, die Arbeit behalten oder bekommen wollen und spüren, daß sie beides am ehesten bekommen, wenn ihre Betriebe produzieren, exportieren und Gewinne machen.

Die Gewerkschaften nennen es zudem noch Solidarität, wenn die Arbeitsbesitzer den Arbeitslosen zwar fünf Stunden Arbeit abgeben, aber das dazugehörende Einkommen behalten wollen. Für diese Umdeutung von Begriffen ernten sie zu recht Unverständnis. Sie durch eine Urabstimmung zu bestätigen stellte einen Beitrag zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit dar. Fast ein absurdes Theater.

Petra Kelly: „Zermürbt" und maßlos enttäuscht

DW. Bonn

Eine der Symbolfiguren der grünen Bewegung, die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly, hat in einer fast schonungslosen Abrechnung mit ihrer Partei Bilanz gezogen. Zwar will sie, wie es in einem Gespräch mit der Illustrierten „Quick" hieß, weiter in der Bundestagsfraktion der Grünen mitarbeiten, sie sieht aber, daß ihre Partei an den eigenen Maßstäben zu zerbrechen droht. Offensichtlich versteht sich Petra Kelly jetzt verstärkt als „Einzelkämpferin".

Ihr „Rechenschaftsbericht" beginnt mit den Worten: „Die grüne Partei und Bewegung hat es geschafft, durch ein Übermaß an Mißtrauen und Kontrolle kreuz und quer durch alle Parteiebenen den grünen Anspruch auf mehr Solidarität, Menschlichkeit, Toleranz, Mitgefühl füreinander aus der grünen Wirklichkeit zu verdrängen." Diese Worte verbindet sie mit dem Eingeständnis: „Viele von uns in der seelenlosen Bonner Bürogemeinschaft sind müde, zermürbt und ungeduldig geworden. Viele von uns sind durch die ständigen Anfeindungen aus den eigenen Reihen, durch Zynismus, Schadenfreude und Kälte auf dem Weg, ängstliche und verunsicherte Menschen zu werden."

Die internen Auseinandersetzungen haben für Petra Kelly ihre Spuren hinterlassen: „Ich bin wirklich enttäuscht, wie weit wir mit unseren internen Streitereien gekommen sind. Wir schieben die wirklich wichtigen politischen Fragen oft unerledigt vor uns her. Alles Nebensächliche wird dagegen mit ungeheuerem Zeitaufwand breitgetreten. Für die Überlebensfragen, wegen derer uns über zwei Millionen Wähler ins Parlament geschickt haben, bleibt deshalb kaum Zeit. Und dann verkehren wir ja so furchtbar häufig schriftlich miteinander. Dieses furchtbare Papier, das wir austauschen, macht mich fertig."

Enttäuscht ist die Mitbegründerin der grünen Bewegung vom Prinzip der Rotation in der Fraktion, enttäuscht ist sie von den Arbeitsbedingungen: 200 bis 300 Briefe erreichen sie täglich, es sind Briefe von hilfsbedürftigen Bittstellern, Häftlingen. Seit sie nicht mehr Fraktionssprecherin ist, befürchtet sie, daß man ihr die Mitarbeiter nimmt, die zur Bearbeitung der Post nötig sind. „Andere Parteien würden sich die Finger lekken nach solchen Briefen und würden sie gewissenhafter beantworten. Die Grünen sagen, das muß jeder selbst erledigen. Da machen sie einen Riesenfehler. Das ist nicht zu schaffen. Wir lassen die Menschen also allein. Ich bin enttäuscht von soviel Kurzsichtigkeit."

„Typisch deutsch" sind die Grünen nach Petra Kellys Auffassung: „Sie theoretisieren, quatschen alles tot, denken nur an sich selber und tun wenig. Man muß vieles tun und wenig reden." Wird Petra Kelly bei den Grünen bleiben? „Solange ich eine Chance für alternative Politik sehe, ja." Aber sie fürchtet, die Grünen könnten diese Chance verspielen. „Wir sind noch nicht mal eine richtige Oppositionspartei und wollen schon an die Macht. Sieht man denn nicht, wie schnell man die radikalen Prinzipien für das Leben kompromittiert?"

G



Gromyko räumt auf

Von Herbert Kremp

Welche „neuen Ideen" der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko zur Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Entspannung geäußert hat, möchte der italienische Außenminister Andreotti der Analyse vorbehalten. Nach seinem Besuch im Kreml weigerte sich der Politiker, Einzelheiten wiederzugeben. Er begnügte sich mit dem Hoffnungen erweckenden Stichwort und begab sich sodann, wie mancher Moskau-Reisende vor ihm, in die interessante Pose des Orakels von Delphi.

Die Tischrede Gromykos zu Ehren des Kollegen aus Rom, die inzwischen von Tass verbreitet wurde, klingt weniger orakelhaft. Der eiserne Außenminister (und Erste Stellvertretende Ministerpräsident) folgte in seinen Ausführungen der Linie lateinischer Klarheit, die ihn seit je auszeichnet. Der Gedanke zielt auf den altbekannten Punkt, an dem die Sowjetunion die Bruchstelle in den europäisch-amerikanischen Beziehungen vermutet: Die Politik Washingtons, infiziert vom „Virus des Militarismus", gefährde den Frieden der Menschheit.

Dem beeindruckbaren westlichen Besucher setzte Gromyko ein einfaches Weltbild vor, das sich wie ein ordentlicher Grundschulaufsatz in drei Kapitel gliedern läßt. Erstens: Alle Kriegsgefahr geht von den Vereinigten Staaten aus, wo „Wahnwitz" regiert. Zweitens: Gesprengt wurden die Genfer Raketen-Verhandlungen von Washington, das am Konferenzort nur „Zeit schinden" wollte. Drittens: Die Sowjetunion ist verhandlungsbereit, wenn die andere Seite die „Hindernisse beseitigt", auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet und zur Entspannungspolitik der siebziger Jahre zurückfindet.

In diesem Weltbild findet sich keine einzige „neue Idee". Es bietet vielmehr nur die ewige Wiederkehr des Selben. Ihr Europäer, lautet der Refrain, wendet euch doch endlich ab von diesem schrecklichen Amerika, das die pax sovietica, die reale Form des historischen Materialismus, nicht akzeptieren will. Das ist Gromykos Botschaft. Was konnte Andreotti, der *schließlich durch die Sprachschule des Vatikans gegangen ist,* daran mißverstehen?

Hirten und Hunger

Von Werner Thomas

Während die sandinistischen Comandantes durch die Minen-Kontroverse international propagandistische Pluspunkte sammeln konnten, hat sich ein innenpolitischer Konflikt gefährlich verschärft. Die katholischen Bischöfe ließen am Ostersonntag einen Hirtenbrief verlesen, der für die weitere Entwicklung dieses Landes wichtiger ist als die Diskussion um die schwimmenden Sprengsätze.

Die Bischöfe beschäftigten sich mit der desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation Nicaraguas. Das Land, das seit der Machtübernahme der Comandantes im Sommer 1979 eine großzügige Entwicklungshilfe von 2,2 Milliarden Dollar erhalten hat, verarmt rapide. In Managua sprechen die Menschen vor allem darüber, daß die Grundnahrungsmittel wie Reis und Bohnen rar werden, daß ein Kleid umgerechnet 500 Dollar kostet und daß es seit fünf Monaten kein Toilettenpapier gibt; Zahnpasta fehlt bereits seit Mitte letzten Jahres. Die ärmsten Bevölkerungskreise litten am meisten, erklärten die Bischöfe; jene Leute also, denen die Revolution zu einem besseren Leben verhelfen wollte.

In der Nicaragua-Diskussion fällt oft das Stichwort Wirtschaftsblockade. Die Nation schickt noch dreißig Prozent ihrer Exporte in die USA. Die Versorgungskrise ist älter als die Verminungsaktionen. Die Vertreter des Privatsektors nennen immer Fehlplanungen und Mißwirtschaft als Ursachen. Und was mag wohl der Militärapparat kosten, der mehr als hunderttausend Soldaten und paramilitärisches Personal umfaßt?

Die Bischöfe empfahlen den Comandantes das, was diese der salvadorianischen Regierung empfehlen: Verhandlungen mit den Rebellen-Gruppen. Die Sandinisten aber wollen weder verhandeln noch auf die Kritik der Kirche eingehen. Sie beschuldigten die Bischöfe ihrerseits, „die Aggression des nordamerikanischen Imperialismus" vergessen zu haben. Die Kirchenführer wissen wiederum, daß Washingtons Vorgehen lediglich eine Reaktion auf Aktionen der Comandantes ist: ihre Bemühungen, die Revolution zu exportieren. Da die Comandantes das für legitim halten und die Bischöfe nicht, wird die Kluft zwischen Kirche und Staat in Nicaragua immer tiefer.

Nicht mehr gekümmert

Von Jochen Aumiller

Er hat mich operiert und sich dann nicht mehr um mich gekümmert." Solche Patienten-Klagen hört man oft. Es geht offenbar nicht anders. Die Chirurgen stehen die meiste Zeit am Operationstisch; nach getaner Arbeit kümmert sich vornehmlich das Pflegepersonal um den Kranken.

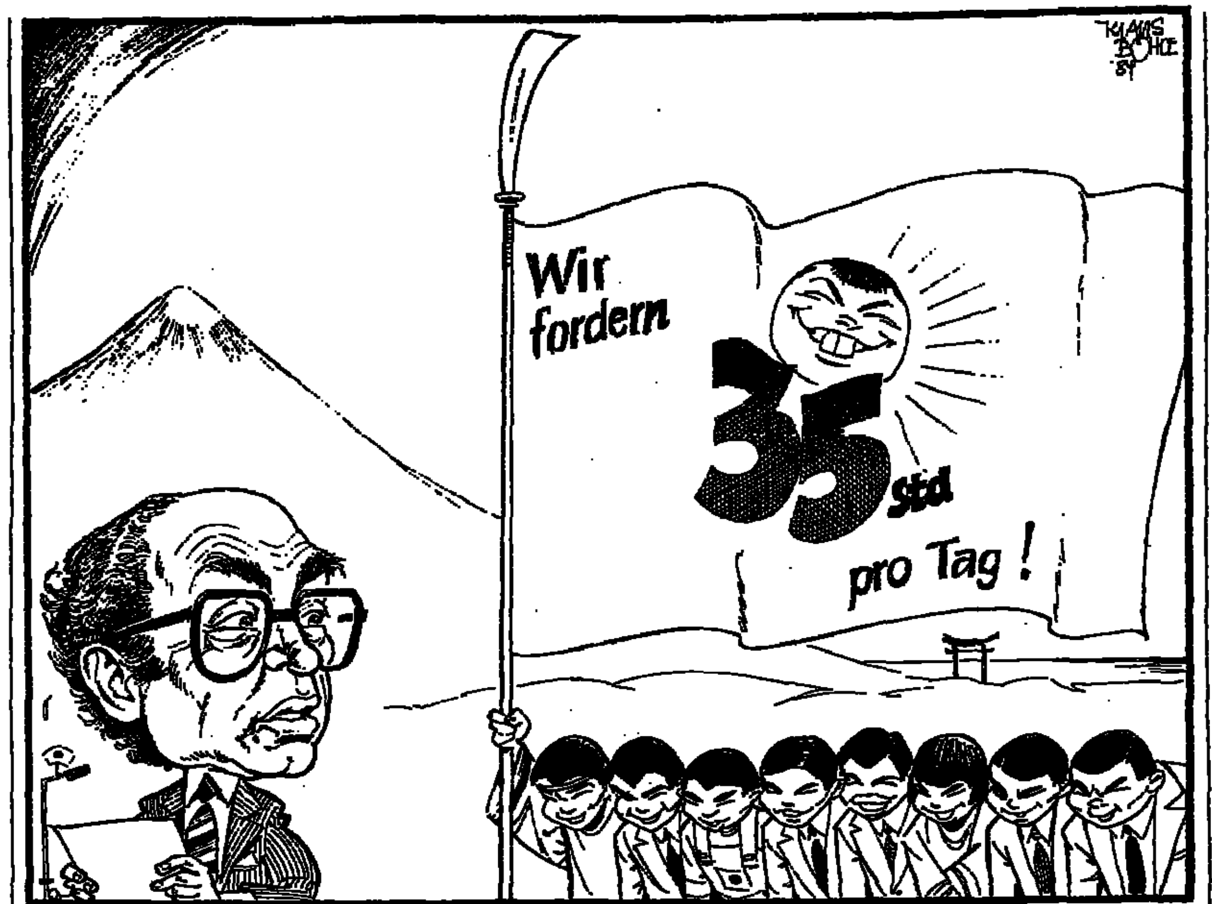
Die Arbeitszeitregelung für den ärztlichen Dienst trägt daran die Hauptschuld, wie Professor Leo Koslowski, Tübingen, anläßlich der Eröffnung des 101. Deutschen Chirurgenkongresses gestern in München sagte. Im Bundesangestelltentarif sind Ärzte und Pflegekräfte allen anderen Angestellten des öffentlichen Dienstes gleichgestellt worden. Zwar ist der Dienst am Kranken auch ein „öffentlicher Dienst". „Aber Krankheiten", so Koslowski, „machen keinen Urlaub, sie kennen keine 40-Stunden-Woche, sie dulden keinen Aufschub."

Die traurige Wahrheit: In unseren Krankenhäusern und Kliniken hat die Arbeitszeitregelung mehr Gewicht als die Rücksicht auf die Kranken – auch wenn es die Tarifpartner nicht wahrhaben wollen. Sie merken es spätestens, wenn sie selber *hilflos und von Schmerzen gequält im Krankenbett* liegen. Dann freilich kommt die Erkenntnis zu spät.

Präsident Koslowski legte den Mißstand in seiner Eröffnungsrede chirurgisch großzügig frei: „Das Gesetz in Gestalt des Arbeitsrechts engt die Freiheit des einzelnen Arztes in unerträglicher Weise ein. Erfreulicherweise sind sich unsere jungen Chirurgen der Unsinnigkeit dieser Rechtsprechung bewußt." Die älteren Operateure, das sei ergänzt, haben sich ohnehin nie an eine 40-Stunden-Woche gehalten.

Zu leiden haben die Chirurgen aber auch unter der Krankenhausorganisation. Ministerialbürokraten, Kuratorien und Verwaltungsräte, zumeist ohne medizinischen Sachverstand, entscheiden über die personelle und materielle Ausstattung von Krankenhausabteilungen.

Was man meist vergißt: Alle diese Fragen machen letztlich die Güte der Krankenversorgung aus. Sie sind der medizinische Standard, nicht die neue heroische Operation, die einigen wenigen Patienten helfen mag und allgemein als der chirurgische Fortschritt im Scheinwerferlicht steht.



Japanische Leistungsschau ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Links, wo der Geist fehlt

Von Enno v. Loewenstern

Es wird um Verständnis dafür gebeten, daß Peter Glotz erklärt hat, er verwahre sich gegen den Ausdruck „Koalition der Mitte". Er wolle lieber von „der Rechten" sprechen. Peter Glotz ist von Beruf Bundesgeschäftsführer der SPD. Er wird dafür bezahlt, sich Reklamegags für seine Partei einfallen zu lassen.

Der Versuch, die Regierungskoalition als „Rechte" darzustellen, ist von Kritikern als Diffamierungsversuch verstanden und verworfen worden. Der Begriff „Rechte" oder „rechts" sei in Deutschland sozusagen von Hitler besetzt worden. Daran ändere der Hinweis von Glotz nichts, daß es in anderen Ländern auch „rechte" Parteien im Gegensatz zu „linken" gebe, denn diese würden ebenfalls als faschistisch hingestellt. Und überhaupt, sagen die Kritiker, sei abgesehen von den Nazis der Begriff „rechts" mit nationalistischen und militaristischen Untertönen belastet, die auf Union und FDP und den ihnen zugeneigten Bevölkerungsanteil nicht zuträfen.

Nun spekuliert Glotz ohne Zweifel auf den unterschwelligen Effekt. Er will das fortsetzen, was schon Herbert Wehner und andere versucht haben: die Union als Erben der Nazis oder wenigstens ihrer „rechten" Steigbügelhalter vom Schlage Papen *zu diffamieren.* (Wobei die Infamie in die eigenen Reihen zurückschlug: Günter Gaus bezeichnete seinen Bundeskanzler Schmidt als „Helmut von Papen", und Oskar Lafontaine unterstellte ihm „Sekundärtugenden", mit denen man „*auch ein KZ betreiben*" könne.) Als freilich die Union mit dem Wort von der „fünften Kolonne Moskaus" antwortete, tobten die SPD und ihr Anhang. Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem and'ren zu? Schier hatte *man* das Gefühl, die „Linke" genoß es, wie sie die antidemokratische Einseitigkeit kraft ihres Einflusses in den Medien zum neuen Grundgesetz erheben konnte.

Doch dürfen wir, wenn nun Glotz das wieder aufzuwärmen sucht, dahinter mehr vermuten als den alten Farbtrick. Denn: Wenn es gelänge, die Welt zwischen rechts und links aufzuteilen, hätte die *Linke überhaupt bessere Chancen.*

Aus ähnlichen Motiven, wenn auch geschmackvoller in Ton und Sache, appellierte Scheel 1974 an die Union, sich doch bitte als „konservativ" zu deklarieren. Was er nicht sagte: Da könnte eine „liberale" Partei sich leichter abheben.

In Wahrheit aber gibt es längst kein rechts gegen links und kein *konservativ gegen progressiv.* Das implizierte nämlich zwei Ideologie-Gebäude, von denen man sich das sympathischere aussuchen (wer ist nicht lieber fortschrittlich als rückschrittlich?) oder nach Belieben umziehen könnte. Es gibt *nur die Seite der Vernunft* gegen die Seite der Ideologie. Oder: die Seite des Gehirns gegen die Seite des hohlen Bauches.

Es gibt, folglich, keinen „rechten" Standpunkt zu einer Sache im Gegensatz zu einem linken. Es gibt nur den vernünftigen Standpunkt und den anderen. Die Frage, ob wir Raketen oder die 35-Stunden-Woche *brauchen oder was immer,* wird auf der denkenden Seite des Spektrums nicht an Hand eines Schlagwörterbuchs entschieden, sondern nach der Sachlage. Das ist jene „Mitte", die der Bürger instinktiv sucht, zur immerwährenden Angst der Ideologen.

Was die sogenannten Konservativen von den Linken unterscheidet, *ist ja keineswegs das Konservieren,* also das Erhalten des Bestehenden. Die einzigen wirklich Konservativen, allem Neuen und Fortschrittlichen Abholden, sind die Linken. Das zeigt sich nicht nur an der heutigen hysterischen Maschinenstürmerei gegen Rationalisierung am Arbeitsplatz, gegen Wachstum usw. Das zeigt sich vor allem daran, daß sie sich vor mehr als hundert Jahren eine Ideologie gegeben haben, wie die Welt auszusehen hat, und daß sie dabei bleiben.



Wie drückt man den anderen ein Etikett auf? Glotz FOTO: WERNER SCHÜRING

Beschränktheit ist der Grund. Man klammert sich an Marx, weil man nicht genug Verstand hat, die Welt aus eigener Geisteskraft zu erfassen; weil man nicht genug Mut hat, sich ihr zu stellen. Die sogenannten Konservativen dagegen haben naturgemäß keine Ideologie. Ihr Maßstab ist die Erfahrung. Aus ihr erwächst feste Bindung an *bestimmte Grundwerte, aus ihr* erwächst Sachkenntnis, aus ihr erwächst, vor allem, Urteilsfähigkeit. Das also, was ein Linker ipso facto nicht hat.

Es wäre gewiß schön für Glotz und die Seinen, gelänge es ihnen, den Wählern einzureden, daß die anderen genauso vernagelt an irgendeinem absurden und tausendmal widerlegten Schema hingen wie die Linke. Wenn es dagegen gelänge, der Öffentlichkeit zu *verklaren, warum die Linken links* sind, wäre eine bedeutsame Weichenstellung erreicht. Warum eigentlich hat die Union das nicht schon längst angepackt?

Der Punkt ist nicht, daß die Union dann noch öfter und sicherer Wahlen gewänne. Sondern daß, im Gegenteil, die Vernünftigen im Lande gern wieder einmal eine andere Partei wählen würden – vorausgesetzt, die andere Partei ist wählbar. Das wäre der entscheidende Durchbruch der Demokratie, wenn man nicht mehr sagte: Gucken Sie sich den Schmidt an, der ist doch im Verhältnis noch ganz vernünftig – sondern wenn man sagen könnte: Diesmal hat die SPD die besseren Leute, darum wählen wir sie. Ohne zu riskieren, daß diese besseren Leute anschließend von der eigenen Partei zerstört werden und die Zukunft des *Landes dazu.*

IM GESPRÄCH Raschid Karame

Zum zehnten Mal Premier

Von Peter M. Ranke

Raschid Karame (63) kennt das Geschäft des Regierens in Beirut. Wenn Präsident Amin Gemayel, den er bisher bekämpfte, den mittelgroßen Mann mit dem Schnauzbart jetzt auf „Ratschlag" der Syrer zum neuen Ministerpräsidenten beruft, dann zieht Karame zum zehnten *Mal* seit 1955 in das Regierungspalais ein.

Der muslimische Rebell aus dem nördlichen Tripoli ist ebenso eine Institution in der libanesischen Politik wie die christlichen Politiker Pierre Gemayel oder Camille Chamoun, der *als* Staatspräsident den *jungen* Rechtsanwalt Karame 1955 zum ersten Mal zum Regierungschef ernannte. Karame stammt aus einer strenggläubigen sunnitischen Familie, sein Vater Abdul Hamid war der Mufti von Tripoli und ein tapferer Kämpfer gegen die französische Mandatsmacht. 1942 wurde er deswegen zum Tode verurteilt, doch ein Jahr später kam er frei.



Immer ein Mann Syriens: Karame FOTO: AP

Als dem Ältesten von drei Söhnen dieses prominenten Bürgers von Tripoli war für Raschid Karame der Weg in die Politik vorgezeichnet, nachdem er in Beirut und dann in Kairo studiert hatte. Karame blieb unverheiratet, doch ließ er früher als Regierungschef seine Mutter und seine drei unverheirateten Schwestern nie allein. Die ganze Familie pflegte wie eine Karawane zwischen Tripoli und Beirut hin und her zu ziehen.

Karame gilt seit langem als Mann der Syrer. Das zeigte sich schon 1958 beim Aufstand der Muslims gegen Staatspräsident *Chamoun.* Karame, der Tripoli mit seinen Bewaffneten beherrschte, wurde von Damaskus unterstützt. Seine Berufungen werden auch damit erklärt, daß Libanon sich mit ihm am besten gegen Syrien sichern konnte. Schon während des Junikrieges 1967 hatte sich Karame für eine bedingungslose Unterstützung der Palästinenser ausgesprochen. Er war es denn auch, der 1969 *als Ministerpräsident das Kairo-*Abkommen deckte, in dem die libanesische Armee der PLO in Südlibanon Stützpunkte überließ.

Wieder während einer schweren Krise, ab Mai 1975 erneut als Regierungschef und Verteidigungsminister, war es Raschid Karame, der im aufkeimenden Bürgerkrieg den Einsatz der libanesischen Armee gegen die Milizen und gegen die PLO untersagte, bis es zu spät *war* und *die* Armee sich auflöste. Karame erhob denn auch keine Einwände, als Syriens Präsident Assad Ende Mai 1976 die ersten Truppen in den Ostlibanon schickte, als ungerufene „Ordnungsstifter". Auf den Krieg in Beirut hatte der entschlußlose Mann keinen Einfluß. Resigniert zog sich Karame ins heimatliche Tripoli zurück und spielte dort den Vermittler zwischen dem *sunnitischen* „Volkswiderstand", den syrischen Truppen und der PLO. Mit Dschumblatt und Berri bildet er nun das Kleeblatt, das von den Syrern ausersehen *ist,* den *Rest-Libanon* zu regieren. Karame hatte sich in Damaskus dafür auch deshalb empfohlen, weil er seinem alten Freund Yassir Arafat im vorigen Herbst riet, aus Tripoli zu verschwinden und es nicht zum Kampf mit PLO-Rebellen und Syrern kommen zu lassen. Arafat blieb freilich trotzdem.

Nicht nur die libanesische Regierungsbildung wird jetzt in Damaskus vorgenommen, auch die Politik des Libanon wird dort bestimmt. Karame und der syrische Vizepräsident Khad*dam sind* alte Freunde und Vertraute. Sie haben das gemeinsame Ziel, den westlichen Einfluß in Beirut zu beschneiden und die Macht der christlichen Parteien zu beenden. Damaskus kann sicher sein, daß der Kettenraucher und leidenschaftliche Kaffeetrinker Karame nichts unternehmen wird, was syrischen Interessen zuwiderläuft.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Zu einem Tass-Kommentar über die Ostermarschierer heißt es in dem Massenblatt:

Erbarmungslosen Terror gegen die *Friedensbewegung in der Bundes*republik hat die sowjetische Nachrichtenagentur Tass entdeckt. Wir würden in einen Polizeistaat verwandelt. Papier ist zwar geduldig, aber da müßte eigentlich der Papierbogen aus der roten Schreibmaschine flüchten. Terror, Polizeistaat – und das in der samtpfötigen Bundesrepublik? Ach, Tass-Genossen, gebt dem eingekerkerten Regimekritiker Sacharow *mal Gelegenheit, die Frage zu beant*worten, was Terror und Polizeistaat sind. Auch den vielen tausend anderen in sowjetischen Irrenanstalten, Arbeitslagern und *Zuchthäusern* und den Afghanen, die gerade von 200 000 Sowjetsoldaten mit Bomben und Panzern gejagt werden.

24 HEURES

Zu den in Lausanne geführten Gesprächen über die Teilnahme sowjetischer Sportler an den Sommerspielen in Los Angeles schreibt die Lausanner Zeitung:

Während in Afghanistan die siebte sowjetische Offensive gestartet wurde, teilte der Moskauer Delegierte in Lausanne mit, daß sein Land die Spiele in Los Angeles nicht boykottieren werde. Außer der Furcht vor Demonstrationen gegen die sowjetische Politik in Vietnam, Afrika, Mittelamerika und anderswo gibt es kei*nen Grund, warum* die UdSSR Kalifornien fernbleiben sollte. Schließlich war es nicht die amerikanische Luftwaffe, die die südkoreanische Boeing abgeschossen und ihre Bomben über den afghanischen Widerstandskämpfern abgeworfen hat ... Breschnew ist tot, Andropow ist tot, aber in der Afghanistan-Politik des Kreml hat sich nichts geändert. Das Pandschir-Tal ist ein Beweis dafür.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die französische Zeitung schreibt zum 10. Jahrestag der Revolution in Portugal:

Die „Nelken-Revolution" vom 25. April 1974 war keine. Es handelte sich höchstens um ein leichtes Niesen der Geschichte ..., von dem zehn Jahre später nur zweitrangige Auswirkungen übrig geblieben sind. Die Nelken welken schnell und ebenso die in sie von einer an die letzte Röte von Mai 1968 geklammerten französischen Linken gesetzten Hoffnungen. Der Traum ist noch nicht einmal zerstört worden: Er ist aus Mangel an Substanz einfach verblichen. Das Urteil eines Experten: „Die linken Torheiten in Lissabon und anderswo haben der Konter-Revolution ihre Chance zurückgegeben." Diese immer noch geltende Vorhersage stammt von François Mitterrand.

Die Schuldner üben sich neuerdings in Solidarität

Mexikos Präsident wirbt für regionale Zusammenarbeit / Von Manfred Neuber

Lateinamerika wird künftig in der Schuldenkrise und bei der Friedenssuche in Mittelamerika einiger als bisher auftreten können. Das ist ein Verdienst des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid, der einen größeren Konsensus mit den wichtigsten Staaten des Subkontinents hergestellt hat.

Auf einer zweiwöchigen Rundreise durch Kolumbien, Brasilien, Argentinien, Venezuela und Panama warb de la Madrid für eine engere regionale Zusammenarbeit. Die wiederentdeckte Solidarität soll eine „neue Grundlage" für das Verhältnis der Lateinamerikaner zu den Vereinigten Staaten abgeben. Mit Verbitterung haben die Schuldnerländer registriert, daß ihre Anstrengungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise durch den zunehmenden Protektionismus der Industrienationen durchkreuzt werden. Sie drohen zwar nicht länger mit einem Schuldner-Kartell, wollen sich aber mehr Gehör verschaffen.

Mexiko war die treibende Kraft bei der Rettungsaktion für Argentinien, das 500 Millionen Dollar als Überbrückungskredit erhielt, um zum März-Ultimo die fälligen Zinsen an amerikanische Banken zu zahlen. Zum ersten Mal griffen bei dieser Transaktion andere hochverschuldete Staaten einer mitbetroffenen Regierung unter die Arme.

In Mittelamerika vertritt Miguel de la Madrid das Konzept der „regionalen Lösungen für regionale Probleme". Daß die Vermittlung durch die Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) gleichermaßen vom militärischen Staatschef Brasiliens wie dem gewählten Präsidenten Argentiniens unterstützt wird, erhöht ihre *Erfolgschancen. Allerdings* nimmt die Sorge unter Südamerikanern zu, daß ein Stellvertreter-Krieg am Isthmus ausbrechen könnte, dessen Preis die Nachbarstaaten zu zahlen hätten.

Für die geringen Fortschritte in den Contadora-Bemühungen machen die Mexikaner auch die USA verantwortlich. Ronald Reagans harte Sprache, so wird argumentiert, trage zu einer Radikalisierung des Regimes in Nicaragua bei. Washington sei nicht zur Koexistenz unterschiedlicher Systeme in dieser Region bereit. In solchen Äußerungen schwingt noch viel Sympathie für revolutionäre Bewegungen mit. Das ist vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte (und früherer Erfahrungen mit den USA) psychologisch verständlich, aber heute natürlich nicht mehr akzeptabel und durch Ansteckungsgefahr auch gefährlich.

In offiziellen Erklärungen mexikanischer Regierungsmitglieder wird die Domino-These verworfen, wonach, von Nicaragua ausgehend, *ein Land nach dem anderen* unter ein totalitäres System fallen würde. Hinter vorgehaltener Hand räumt man jedoch ein, wie sehr der Krisenherd und der Flüchtlingsstrom auf Mexiko einwirken könnte.

Unter Präsident de la Madrid kehrte die drittgrößte Nation Lateinamerikas aus den Wolkenschlössern einer hemmungslosen Dritte-Welt-Rhetorik auf den harten Boden der geographischen und politischen Konstellation Mexikos zurück. Das zeigt sich vor allem in der Entkrampfung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten.

Gänzlich sind die Illusionen über andere Regime, die wie in Mexiko aus der Revolution kamen, *freilich nicht entschwunden.* Daß der Staatskonzern Pemex (ebenso wie Venezuela) Rohöl à fonds perdu an Nicaragua liefert, mag noch als Beitrag zur Stabilisierung in Mittelamerika hingestellt werden. Kann das stark verschuldete Mexiko es sich aber leisten, Kuba 55 Millionen Dollar zu leihen?

Als einziges Land in Lateinamerika *widersetzte sich Mexiko* dem amerikanischen Boykott des Castro-Regimes. Vielleicht als einzige Regierung dieser Region schenkt es den Beteuerungen aus Havana Glauben, daß Kuba keine über Nicaragua hinausreichenden „internationalistischen Pflichten" gegenüber Revolutionären in Mittelamerika zu erfüllen gedenke.

Fidel Castro sehne den Tag herbei, an dem Kuba sich aus der Abhängigkeit von Moskau lösen könne. Dies erklärte der WELT ein mexikanischer Diplomat, der mehrmals Botschafter in Washington war und als Mittelsmann zwischen den USA und Kuba fungierte. Havana hoffe auf seine „zweite Befreiung" – um wirtschaftlich unabhängig zu werden. Deshalb unterstütze Mexiko die Kubaner, so der Gewährsmann, bei der Offshore-Suche nach Erdöl.

Das sind liebenswürdige Gedankenspiele; was daran realistische Perspektive und was daran Wunschdenken ist, darüber ist auch mit dem Neorealisten de la *Madrid schwer zu streiten.* Ganz sicher hängt die Zukunft Mittelamerikas nicht davon ab, ob Castro fündig wird und den J. R. von Havana spielen kann. Wichtiger ist schon, daß Präsident Reagan, und nicht nur rhetorisch, Castro und dessen Hintermännern zeigt, wo ihre Grenzen und die ihrer Revolutions-Expansion liegen.

Die Sorge der Ungarn um ihre Landsleute „drüben"

Die Bruderländer Ungarn und Rumänien trennt so etwas wie ein „Eiserner Vorhang". Wichtigster Grund dafür sind die rund zwei Millionen Ungarn, die im Nachbarland um ihre nationale und kulturelle Identität kämpfen.

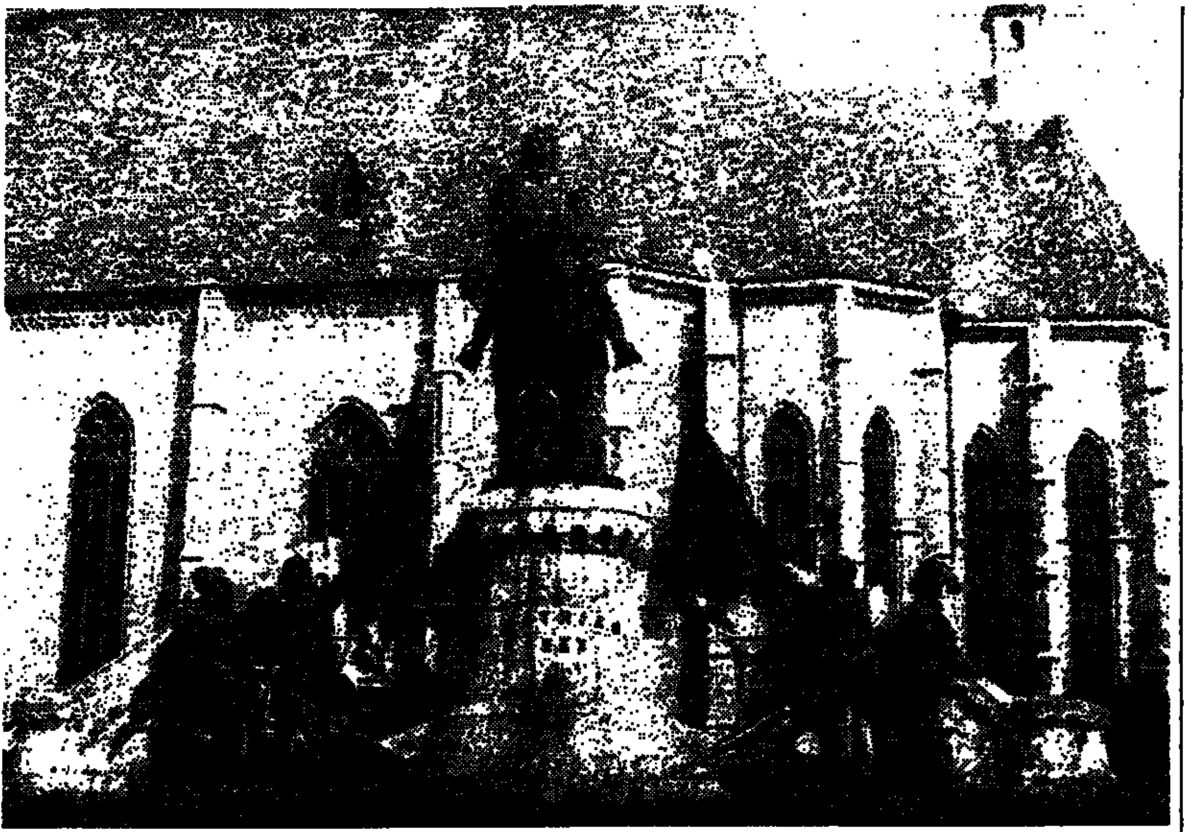
Von CARL G. STRÖHM

Wenn im Budapester Operetten-Theater die auch *im* kommunistischen Ungarn immer noch sehr populäre „Gräfin Mariza" von Kalman gespielt wird, erhält ein Lied stets besonders kräftigen Applaus (und wird überdies am Ende der Vorstellung, gleichfalls unter heftigem Beifall, wiederholt): In der deutschen Fassung lautet der Text zur *weltbekannten Melodie* „Komm mit nach Varazdin, solange noch die Rosen blühn ..." Im ungarischen Originaltext aber heißt es „Szep varos Kolozsvar ..." – „Schöne Stadt Klausenburg ..."

Das Schicksal wollte es, daß weder die Stadt Varazdin, wo angeblich „die ganze Welt noch rot-weiß-grün" ist (ungarische Nationalfarben), noch die Stadt Kolozsvar-Klausenburg heute zu Ungarn gehören. Varazdin ist jugoslawisch beziehungsweise kroatisch – und Klausenburg ist rumänisch. Es nennt sich jetzt Cluj-Napoca. Den Verlust Varazdins, wo es keine nennenswerte ungarische Bevölkerung gibt, mögen die Ungarn verwunden haben. Mit Klausenburg, der Hauptstadt Nord-Siebenbürgens, ist es eine andere Sache. Denn in Rumänien leben nach offiziellen Bukarester Angaben fast 1,7 Millionen Ungarn; nach ungarischen Schätzungen sind es sogar noch mehr: über zwei Millionen. Die Differenz zwischen beiden Zahlen ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die kommunistischen Rumänen weigern, gewisse ungarische Bevölkerungsteile (etwa in der rumänischen Moldau) noch als Ungarn anzuerkennen. Kern der ungarischen Volksgruppe in Rumänien sind die Szekler – ein stolzes und zähes Bauernvolk, das an den Hängen der Karpaten siedelt und ein besonders „reines" Ungarntum bewahrt hat.

Unter dem Kommunismus, der angeblich angetreten war, *um* alle nationalen Probleme zu lösen, ist das ungarisch-rumänische Problem in Siebenbürgen weiter denn je von einer Lösung entfernt. Das kommunistische Regime Ceausescus fördert aus innen- wie außenpolitischen Gründen einen radikalen großrumänischen Nationalismus. Die in Rumänien lebenden nationalen Minderheiten, vor allem Ungarn und Deutsche (Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben) werden als „mitwohnende Nationalitäten" – also gewissermaßen als „Gäste" bezeichnet, die gegenüber den „echten" Rumänen nur beschränkte Rechte besitzen.

Das Problem der Rumänien-Deutschen wird sich in den nächsten Jahrzehnten, wenn das rumänische Regime seinen bisherigen Kurs weiterverfolgt, durch Aussiedlung in die Bundesrepublik von selber lösen. Damit wird die letzte kompakte deutsche Volksgruppe, die in Ost- und Südosteuropa den Zweiten Weltkrieg überstand, von der Landkarte verschwinden.



Ein großer Ungar in Rumänien: Zur Freude der Siebenbürgen-Ungarn blieb König Mathias Corvinus (1440–1498) in Cluj (Klausenburg) auf seinem Sockel, als die Stadt 1945 wieder rumänisch wurde. FOTO: C. G. STRÖHM

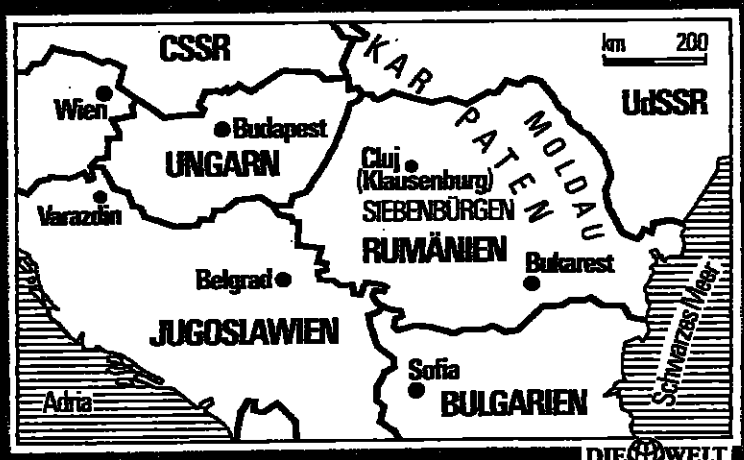
Anders ist es mit den Ungarn in Rumänien bestellt. „Wenn die Deutschen gehen, dann gehen sie eben – aber wenn die Ungarn gehen, nehmen sie ihr Territorium womöglich gleich mit", sagte jüngst ein rumänischer Funktionär. Er erinnerte somit an die Tatsache, daß Nord-Siebenbürgen mit Klausenburg während des Zweiten Weltkriegs – von 1940 bis 1944 – durch Hitlers „Wiener Schiedsspruch" wieder an Ungarn fiel, nachdem es zuvor 1919 durch den Vertrag von Trianon zugunsten Rumäniens abgetrennt worden war.

Heute gibt es zwischen den beiden kommunistischen „Bruderländern" Rumänien und Ungarn fast so etwas wie einen Eisernen Vorhang. In Klausenburg und den anderen teilweise oder ganz von Ungarn besiedelten Städten und Gemeinden kann man keine Zeitung und Zeitschriften aus Ungarn kaufen, nur ungarischsprachige Publikationen, die in Rumänien gedruckt werden und sich auf Ceausescus Linie befinden. Ungarische Literatur und Publizistik von jenseits der Grenze ist verboten. Ungarn aus Rumänien dürfen an keiner ungarischen Universität oder Hochschule im Mutterland studieren. Einen kleinen Grenzverkehr zwischen Ungarn und Rumänien gibt es nicht. Nur einmal in drei Jahren dürfen Ungarn aus Rumänien ihr Mutterland besuchen, erhalten aber für diese Reise vom rumänischen Staat keine Devisen zur Verfügung gestellt.

So kommt es, daß auf dem Budapester Donaukorso und in den Fußgängerpassagen im Stadtzentrum immer wieder stämmige Szekler Bäuerinnen und Bauern in Stiefeln und Pelzjakken auftauchen, die ihre zum Teil sehr schönen Volkskunstartikel – Textilien und Keramik – „schwarz" verkaufen, um ihren Aufenthalt in Ungarn zu finanzieren. Die Budapester Behörden und die ungarische Polizei tolerieren den „Szeklermarkt" als Akt der Solidarität mit den Landsleuten jenseits der Grenze.

Unter der jungen ungarischen Intelligenz, vor allem unter den Studenten, ist die Frage nach dem Schicksal der Ungarn jenseits der Grenzen zum brennendsten Diskussionsthema geworden. Etwa 10 Millionen Ungarn leben in der ungarischen Volksrepublik. Außerhalb der Grenzen des eigenen Staates leben zwei Millionen Ungarn in Rumänien, 630 000 in der Tschechoslowakei, 420 000 in Jugoslawien, 171 000 in der Sowjetunion (vor allem in der Karpato-Ukraine). Viele Budapester Studenten versuchen immer wieder, als Touristen nach Rumänien, aber auch in die CSSR und die Sowjetunion zu fahren, um den dort lebenden Landsleuten Bücher (vor allem historische Werke) mitzubringen. „Wir wollen damit einen Beitrag zur Erhaltung unserer ungarischen Nation leisten", sagte uns ein Budapester Student.

Die rumänischen Behörden reagieren auf die Versuche der jungen Ungarn, Kontakt zu ihren Landsleuten in Rumänien herzustellen, mit Schärfe. Wer mit einem ungarischen Paß an der rumänischen Grenze erscheint, wird ohnedies in fast allen Fällen „gefilzt". Findet man Bücher, werden sie *fast immer konfisziert.* Aber auch Lebensmittel werden weggenommen. Die Rumänen wollen nicht, daß sich bei den Szeklern und Siebenbürgern allzusehr herumspricht, wie gut die Versorgung in Ungarn ist. Sie befürchten, daß es sonst zu einer noch stärkeren Ungarn-Nostalgie kommt.



Ungarische Studenten berichten, sie seien bei dem Versuch, nach Siebenbürgen einzureisen, von der rumänischen Geheimpolizei, der „Securitate", verhört und beschuldigt worden, „nationalistische Unruhen" anstiften zu wollen. Jeder Ungar aus der ungarischen Volksrepublik, der sich unter den ungarischen Landsleuten in Siebenbürgen aufhalte und der Polizei auffalle, werde, wie es in Budapest heißt, automatisch in eine „schwarze Liste" aufgenommen und habe bei jeder kommenden Einreise nach Rumänien größte Schwierigkeiten zu gewärtigen.

Jene, denen es dennoch gelungen ist, sich „drüben" bei den Szeklern aufzuhalten, kommen mit Tonbändern wunderbarer alter Volksmusik und Volkspoesie zurück, mit Zeugnissen eines um sein Überleben kämpfenden Ungarntums – und zugleich mit Augenzeugenberichten von der Bedrängnis, in der die Siebenbürgen-Ungarn leben müssen. „Früher haben wir nicht gewußt, was mit unseren Landsleuten drüben geschieht. Jetzt wissen wir es – und sind entsetzt und zutiefst empört über diese nationale und menschliche Unterdrückung", sagte ein junger Ungar.

In gewissem Sinne ist hier sogar eine Einheitsfront von den regierenden ungarischen Kommunisten bis zu den Dissidenten entstanden, wenn auch das ungarische Regime immer wieder versucht, die nationalen Gefühle zu dämpfen. So soll der bekannte siebenbürgisch-ungarische Intellektuelle Karoly Toth, der wegen oppositioneller Samisdat-Pulikationen von der rumänischen Polizei brutal zusammengeschlagen worden war, vergeblich beim ungarischen Konsulat in Klausenburg um eine Genehmigung zur Einwanderung nach Ungarn gebeten haben. Allerdings – in Budapest kursieren inzwischen bereits Meldungen einer im Untergrund operierenden „ungarischen Nachrichtenagentur in Siebenbürgen", die sämtliche Menschenrechts-Verletzungen und nationalen Diskriminierungen der ungarischen Volksgruppe registriert und unter der Hand verbreitet.

Was das Verhältnis zwischen Budapest und Bukarest, zwischen Kadar und Ceausescu, angeht, so erzählt man sich dazu in der ungarischen Hauptstadt folgenden Witz: Es heißt da im Stile kommunistischer Kommuniqués: „Die ungarisch-rumänischen Beziehungen sind unverändert gut und haben sich seit Jahrzehnten nicht verbessert."

Gegen den „Pillenknick" soll ein Paket geschnürt werden

Ein innenpolitischer Streit ist entbrannt um Wege, den Personalbestand der Bundeswehr auch im nächsten Jahrzehnt zu sichern. Besonders umstritten ist das Thema Frauen in den Streitkräften. Doch mit ihnen allein wäre das Problem nicht zu lösen.

Von RÜDIGER MONIAC

Der Staatssekretär war höchst überrascht. Seine Ankündigung, schon im nächsten Jahr könnten vielleicht die ersten Frauen als Freiwillige zur Bundeswehr kommen und schließlich 15 000 weibliche Soldaten Dienst tun, ließ Bonn aus seiner nachösterlichen Ruhe fahren. Peter Kurt Würzbach, der die Glut unter der Asche entfacht hatte, sah sich auch unter dem Eindruck einer wenig erfreulichen Reaktion des Verteidigungsministers, der sich in seiner schwäbischen Heimat einige Urlaubstage gönnte, gezwungen, zum Feuerlöscher zu greifen. Über beide Fernsehkanäle wiegelte er am Dienstagabend ab: Entschieden sei nichts, es würden nur Möglichkeiten diskutiert, den künftigen Personalbedarf der Bundeswehr zu decken.

Alle politisch Verantwortlichen im Verteidigungsministerium und insgesamt in der Bundesregierung haben seit langem das Problem, das sich um den Begriff „Pillenknick" rankt, gesehen und auch untersuchen lassen. Nur, Entscheidungen stehen bis heute aus. Die Regierung Kohl/Genscher aber unterscheidet sich dennoch von früheren: Sie will vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause beschlossen haben, mit Hilfe welcher Maßnahmen der durch den „Pillenknick" drohenden Personalknappheit der Bundeswehr mit Beginn des nächsten Jahrzehnts abgeholfen werden kann.

Welches diese Maßnahmen sein können, wird auch in der Öffentlichkeit seit langem diskutiert. In den letzten Tagen hat sich kein neuer Gesichtspunkt hinzugesellt. Es geht darum, ob der Grundwehrdienst verlängert werden soll, gesundheitlich nicht voll Wehrdienstfähige dennoch eingezogen werden könnten, andere Ausnahmen vom Wehrdienst beschränkt und vielleicht auch Frauen als Freiwillige in die Truppe genommen werden sollten.

Fachleute des militärischen Personalwesens warnen seit langem vor dem Irrglauben, eine oder auch alle diese Maßnahmen zusammen könnten helfen, den bisher geltenden Friedensumfang der Bundeswehr, der um die Zahl 495 000 schwankt, auch nur annähernd zu halten. Kenner der Lage lassen keinen Zweifel daran: Der Friedensumfang dürfte sich im nächsten Jahrzehnt um einige Zehntausend reduzieren. Nicht von ungefähr sprach General Altenburg, der Generalinspekteur, bereits am 31. Dezember 1983 in einem WELT-Gespräch von der Aufgabe, „den Friedensumfang der Bundeswehr so zu gestalten, daß es möglich bleibt, den Verteidigungsumfang in voller Stärke zu erhalten". Es geht also auch darum, zu *bewerten,* bei *welchen* Truppenverbänden im Friedensbetrieb weitere Dienstposten oder gar welche dieser Einheiten bis auf einen „Kader" ganz einzusparen und erst im Spannungsfall zu aktivieren sind.

So wird verständlich, warum die Spitze der Bundeswehr unablässig davon redet, nicht einzelne Schritte, allenfalls ein „Paket" von Maßnahmen sei geeignet, das Gewicht der Streitkräfte für die Friedenserhaltung zu sichern. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn man auf die Praxis der Bundeswehr bei den Wehrdienstausnahmen blickt. Sie sollen künftig eingeschränkt werden. Aber was heißt das für das Gesamtproblem, wenn in den neunziger Jahren die dann zum Wehrdienst anstehenden Geburtsjahrgänge unter den Bedarf sinken werden?

Ziehen wir für die Antwort den Geburtsjahrgang 1954 heran, der den Grundwehrdienst bereits geleistet hat. Er umfaßte mehr als 390 000 junge Männer. Von ihnen waren nach den heute gültigen Tauglichkeitskriterien rund 290 000 zum Wehrdienst fähig. Nur etwas mehr als 6000 von ihnen wurden nicht eingezogen, weil sie unter die vom Wehrpflichtgesetz verfügten Ausnahmen fielen: Geistliche, Schwerbehinderte und Einzelkinder, deren Geschwister oder Eltern eines unnatürlichen Todes starben.

Zurückgestellt wurden, aber dennoch einziehbar blieben andere in dieser Zahl, für die der Wehrdienst ein Sonderopfer oder die Unterbrechung ihrer Ausbildung bedeutet hätte, etwa wenn ein Wehrpflichtiger für die Versorgung der Familie oder hilfsbedürftiger Personen aufzukommen hatte; wenn er als einziger einen eigenen oder elterlichen landwirtschaftlichen oder Gewerbebetrieb führen mußte; wenn er schließlich einen beruflichen Ausbildungsabschnitt schon zu einem Drittel absolviert hatte. Es liegt auf der Hand, daß der Staat auch künftig in solchen Fällen das Interesse der Bundeswehr nicht über das Interesse der Betroffenen *stellen kann. Folglich wird es* auch künftig diese Ausnahmen vom Wehrdienst geben müsen.

Bleibt schließlich die Frage, inwieweit auch nach den heutigen Kriterien gesundheitlich eingeschränkte Wehrdienstfähige in den nächsten Jahren dennoch Soldat werden müssen. Mediziner der Bundeswehr machen den Politikern auch in dieser Hinsicht keine allzu großen Hoffnungen. „Allenfalls einige Prozentpunkte sind da drin", sagen sie. Das heißt daß bei dem schon erwähnten Geburtsjahrgang 1954 nicht 290 000, sondern vielleicht insgesamt 300 000 junge Männer auch unter weniger restriktiven medizinischen Aspekten wehrdiensttauglich gewesen wären.

Doch solche Dimensionen lösen die künftigen Personalprobleme nicht. Deshalb ist ein „Maßnahmen-Paket" nötig; und selbst mit diesem wird der Friedensumfang der Bundeswehr kaum zu halten sein.

Als Khadhafi der IRA Waffen lieferte

Von FRITZ WIRTH

Vor Helvick Head an der Ostküste Irlands lag die gesamte irische Marine auf der Lauer: drei Minensuchboote und ein Fischereischutzboot. Der Gegner kam aus dem Lande des Obersten Khadhafi, benutzte ein deutsches Schiff namens „Claudia" unter zypriotischer Flagge und hatte drei Türken, fünf Deutsche und zwei Terroristen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) an Bord.

Das Schiff brachte die bisher größte Waffenladung für die Terroristen der IRA, gestiftet von Khadhafi. Was weder Khadhafi noch die irischen Terroristen ahnten: Der 289-Tonnen-Transporter „Claudia", der am 12. März 1973 Libyen verlassen hatte, stand seit dem 21. März, als er die Straße von Gibraltar passierte, unter Beobachtung der britischen Marine. Die Briten hatten Verdacht geschöpft, weil die „Claudia" fünf Tage verspätet war. Sie hätte am 16. März Gibraltar erreichen sollen.

Als klar war, daß das Schiff Irland ansteuerte, erhielt die irische Kriegsmarine einen diskreten Wink aus London und stand empfangsbereit. Am 28. März, nachts um 11.20 Uhr, setzte das Minensuchboot „Deirdre" einen Warnschuß vor den Bug der „Claudia". Die stoppte sofort und ließ widerstandslos irische Seeleute an Bord. Sie fanden fünf Tonnen Waffen aus Khadhafis Arsenalen.

Zum irischen Finderstolz jedoch gesellte sich Enttäuschung. Denn die britischen Marinespäher in Gibraltar hatten einen erheblichen Tiefgang bei der „Claudia" ausgemacht, der auf volle Beladung schließen ließ. Was zwischen Gibraltar und der irischen Küste mit dem Rest der Ladung geschah, blieb ein Geheimnis.

Es war der Höhepunkt und zugleich auch das Ende des großen

WIE WAR DAS?

Flirts des Oberst Khadhafi mit den Terroristen der IRA. Im Juni 1972 hatte er diesen Flirt mit dem Gelöbnis begonnen: „Wir unterstützten die irischen Revolutionäre, die in ihrem Kampf gegen Großbritannien durch Nationalismus und ihren religiösen Glauben geleitet werden."

Die IRA verstand das Signal. Sie schickte drei ihrer Mitglieder, als Englischlehrer getarnt, nach Tripolis. Ihnen wurde gleich neben der bulgarischen Botschaft in Tripolis ein Büro eingerichtet und ein semi-diplomatischer Status eingeräumt.

Nach dem „Claudia"-Fiasko begnügte sich Khadhafi damit, der IRA vornehmlich Finanzhilfe zuteil werden zu lassen. Man schätzt, daß die IRA insgesamt rund zwei Millionen Pfund (etwa 7,5 Millionen Mark) aus Tripolis kassierte.

Die Sympathien der IRA für Khadhafi schwanden jedoch plötzlich dahin, als der libysche Staatschef beim Generalstreik nord-irischer Protestanten im Jahre 1974 entdeckte, daß es auch Arbeiter protestantischen Glaubens gab, die gegen die britische Regierung antraten. Er lud eine Delegation von ihnen nach Tripolis ein, und die IRA-Männer räumten dort unverzüglich die Szene.

Wenn nun also Khadhafi vor dem Hintergrund seines Streits mit den Briten die alte Freundschaft mit der IRA wieder auffrischen möchte und verkündet, daß er eine „Allianz mit der IRA" bilden wolle zur „Befreiung Irlands vom britischen Imperialismus" und daß die IRA „jeden Versuch, Libyer in England unter Druck zu setzen, mit doppelter Schärfe" beantworten werden, so hat das zunächst einmal Skepsis unter den IRA-Leuten ausgelöst. Sie haben inzwischen gelernt, mit der Unberechenbarkeit jenes Mannes zu leben, der sie da zum zweiten Mal zu einem Flirt im Terror-Untergrund einlädt.

Reagan-Konzept für Verteidigung im All kritisiert

rtr. Washington

Das von US-Präsident Ronald Reagan angeregte Weltraum-gestützte Verteidigungssystem ist in absehbarer Zukunft nicht zu verwirklichen. Zu diesem Schluß kommt eine vom US-Kongreß in Auftrag gegebene Studie, die gestern veröffentlicht wurde. Sie empfiehlt der Regierung, keine Erwartungen in der Bevölkerung zu wecken. Außerdem sollte die ballistische Raketenverteidigung nicht auf das Weltraum-Verteidigungssystem aufbauen.

„Bislang sind die Aussichten noch äußerst gering, daß Technologien nach der Art des „Krieges der Sterne" ein perfektes, oder fast perfektes Verteidigungssystem gewährleisten", hieß es in der Studie, die die als Kritiker des Reagan-Vorschlages bekannten Senatoren Paul Tsongas und Larry Pressler präsentierten.

Reagan hatte den Vorschlag erstmals im März 1983 öffentlich unterbreitet. Der Streitkräfte-Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte bereits vor zwei Wochen 400 Millionen Dollar des von Reagan für das Projekt vorgesehenen Haushaltes von 1,8 Milliarden Dollar gestrichen.

Vorwahlen: Hart siegt in Vermont

dpa/UPI, Washington

US-Senator Gary Hart hat im amerikanischen Bundesstaat Vermont die Vorwahlen zur Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten gewonnen. Hart sagte voraus, daß er und sein Mitbewerber Walter Mondale nach Beendigung des Wettstreits um die Kandidatur bezüglich der Delegiertenstärke an einen toten Punkt gelangen würden.

Vermont entsendet im Juli 13 Delegierte zum Konvent der demokratischen Partei nach San Francisco. Bei Auszählung von 68 Prozent der Wahlzettel in Vermont kam Hart auf 47 Prozent, Mondale auf 34 Prozent. Jesse Jackson erhielt 17 Prozent. Zwei Prozent der Wahlberechtigten wollten sich auf die Kandidaten nicht festlegen. Mondale verfügt gegenwärtig über die Unterstützung von 1031 Delegierten (Hart: 624). Der Kandidat für die Investitur benötigt für einen Sieg mindestens 1967 Stimmen.

Die drei Gründe, warum Gromyko den Amerikanern ein maritimes Verhandlungsangebot gemacht hat

Von GÜNTER POSER

Kürzlich hat Außenminister Gromyko dem UNO-Generalsekretär brieflich die Bereitschaft der Sowjetunion zu Gesprächen über maritime Rüstungsbegrenzung mitgeteilt. In seiner Begründung geht er davon aus, daß der Ausbau der Kriegsmarinen Spannungen schaffe. So würden Schiffe insbesondere dazu benutzt, auf Länder der Dritten Welt Druck auszuüben, „damit Reste des Kolonialismus bewahrt werden". Die sowjetische Initiative sei vor allem auf Atlantik, Pazifik, Indischen Ozean, Mittelmeer und Persischen Golf gerichtet. Sie schließe aber auch maritime Träger interkontinentaler Waffensysteme ein.

Der Katalog an Einzelvorschlägen ist umfangreich. Neben Maßnahmen zur Begrenzung von Waffen- und Schiffstypen, darunter (wegen ihrer „destabilisierenden Natur") vor allem von Flugzeugträgern, und zur zeitlichen Einschränkung der Präsenz von Flotten fern von ihren nationalen Küsten wird auch das Problem der Stützpunkte auf fremdem Territorium angesprochen. Gromyko schließt mit der Forderung, daß bilaterale oder multilaterale, der Sicherung der Seewege dienende Verhandlungen zu Vereinbarungen unter gegenseitiger Beachtung der Sicherheitsbedürfnisse führen müßten.

Dieser Vorstoß sowjetischer Diplomatie auf maritimem Gebiet verdient nicht nur deshalb Beachtung, weil er ein konkretes Angebot zu Verhandlungen *zur Rüstungsbegrenzung* auch außerhalb der Genfer Abrüstungskonferenz enthält, sondern weil die Einzelvorschläge auch einige Rückschlüsse auf die sicherheitspolitische Zwischenbilanz der Sowjetunion nach vier Jahren Reagan-Administration erlauben; denn der Vorstoß zielt hauptsächlich auf die amerikanische Seemacht und ihren Flottenausbau. Gromykos Vorschläge legen daher die Frage nahe, ob etwa das sowjetische globale Vorgehen durch maritime Entwicklungen rund um den eurasischen Kontinent und in Übersee gestört oder gar durchgekreuzt wird. Und welche Rolle spielt eigentlich in der „Leninschen Friedenspolitik" das *Seemachtdenken?*

Es ist nun nicht mehr übersehbar, daß nach der Kuba-Schlappe im Jahre 1962 die Sowjetunion auch den *systematischen Aufbau einer Hochseeflotte* begann, und zwar nach Grundsätzen „gleicher Sicherheit" mit den Flotten der USA und ihrer Verbündeten, obwohl für sie keine wirtschaftliche Abhängigkeit von überseeischen Verbindungswegen gegeben war. Die westliche Entspannungspolitik verschaffte dann dem Kreml die erforderliche Zeit, eine respektierte Militärmacht auf dem eurasischen Kontinent und eine Seemacht globalen Zuschnitts zu werden. Im gleichen Zeitraum erlaubte die westliche, auf militärisches Gleichgewicht angelegte Sicherheitspolitik dem Kreml auch, die offenen Gesellschaften der Freien Welt in den Zustand einer tiefgreifenden Verwirrung ihres Sicherheitsverständnisses zu versetzen und den Hebel zur Veränderung der globalen Machtverhältnisse in der Dritten Welt anzusetzen.

Der Autor dieses Beitrages, Konteradmiral a. D. Günter Poser, hat sich mit strategisch-politischen Analysen über die Sowjetunion einen Namen gemacht. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst 1976 war er bei der NATO in Brüssel verantwortlich für die Bewertung der militärischen Lage im Warschauer Pakt. Poser wurde 1916 in Berlin geboren.

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Am Ende der siebziger Jahre war das maritime Ergebnis sowjetischer Expansionspolitik eindeutig: Truppenstationierung auf den umstrittenen Inseln im Norden von Japan; Nutzung von Stützpunkten im „befreiten" Vietnam und maritime Präsenz im Südchinesischen Meer; nahes Heranrücken an die Arabische See und den Persischen Golf durch die Afghanistan-Intervention und Stationierung von Luftstreitkräften; Nutzung von Stützpunkten im Jemen und in Äthiopien, verbunden mit maritimer Präsenz im Nordwesten des Indischen Ozeans und im Roten Meer; Ausbau von Stützpunkten in Angola und im Golf von Guinea mit maritimer Präsenz vor den südlichen Afrikas; Verstärkung der maritimen Präsenz im Mittelmeer und schließlich die verstärkte Unterstützung von Staaten im karibischen Raum. Trotz großem Einsatz auch von Lufttransportmitteln waren es in erster Linie Seewege und Schiffe, welche es der Sowjetunion mit nur begrenztem Risiko ermöglichten, über Stellvertreter und einheimische Führungskader einige Völker unter neokoloniale Kontrolle zu bringen.

Diese globale Expansion vollzog sich parallel zur Sicherung der Interessen in den Randmeeren Eurasiens und im Nordatlantik und Pazifik und wies die Sowjetunion nach den USA als die größte Seemacht aus. Sie stellt schon jetzt eine ernste Herausforderung für die „Freiheit der Meere" dar. Vom Ende der siebziger Jahre an wurden jedoch dem Aufbau einer den westlichen Marinen ebenbürtigen Sowjetflotte mit der doppelten Aufgabenstellung kontinentaler Machtsicherung und globaler Expansion durch die amerikanische Macht- und Selbstbesinnung neue Maßstäbe gesetzt. Präsident Reagan begann 1982 eine Modernisierung und Erweiterung der im letzten Jahrzehnt stark reduzierten US-Flotte. Etwa 1990 dürften für die Freihaltung der Seewege und die schnelle Herstellung einer überzeugenden maritimen Präsenz in Gebieten, wo vitale Interessen der Staaten der Freien Welt zu bewahren oder gar gefährdet sind, fünfzehn Flugzeugträger-Kampfgruppen anstelle der jetzigen zwölf zur Verfügung stehen. Gestützt auf Basen und unterstützt von verbündeten Marinen werden sie in der Lage sein, regionale Eindämmungspolitik im Frieden zu betreiben und damit auch global stabilisierend zu wirken.

Diese maritime Perspektive amerikanischer Sicherheitspolitik wird der sowjetischen Hegemonialpolitik auf ihrem Weg über die Dritte Welt zunehmend Schwierigkeiten bereiten, falls es der sowjetischen Diplomatie mit ihrer dilatorischen Verhandlungsstrategie nicht wieder gelingt, für zeitliche und materielle Entlastung zu sorgen. Sie würde damit der Erfahrung der letzten fünfzehn Jahre folgen, in denen sich die parlamentarisch-demokratisch regierten Staaten bei Verhandlungen als nur beschränkt kompetent erwiesen.

Die Militärmacht Sowjetunion, oft fälschlich noch als Kontinentalmacht bezeichnet, weist trotz moderner und hocharmierter Schiffs- und Flugzeugtypen und großer, machtpolitisch orientierter und global operierender Transport-, Fischerei-, Forschungs- und Lufttransportflotten noch immer eine Reihe von Schwächen elementarer Art auf. Sie ist zwar längst nicht mehr „der Riese mit den zugenähten Ärmeln" (wegen ihrer ungünstigen geographischen und klimatischen Lage), aber ihr fehlt der Warmwasser-Zugang zu den Weltmeeren, von welchen sie ein langer und zum größten Teil durch Meerengen und Seegebiete des Gegners führender Anmarschweg trennt. Die Flotten sind weit getrennt stationiert und leiden Mangel an technisch leistungsfähigen überseeischen Verbündeten und Stützpunkten. Die Erweiterung der schmalen Operationsbasis wurde in der Dritten Welt gesucht und bisher nur bedingt gefunden, so daß die in Übersee eingesetzten Kräfte in ihrer Versorgung eingeengt sind. Sie dürften in Krisenlagen kaum überlebensfähig sein, was je nach den Umständen auf das Mittelmeer ebenso zuträfe wie auf den Südatlantik, die Karibik, den Indischen Ozean und das Südchinesische Meer.

Eine weitere Schwäche ist durch den Zeitfaktor gegeben. Gemessen an der Modernisierungskapazität der US-Navy und der mit ihr verbündeten Marinen bleibt das Aufbau-Tempo sowjetischer Kampfgruppen langsam. So wird z. B. der erste große und vollwertige Flugzeugträger wohl nicht vor Ende der achtziger Jahre einsatzfähig sein.

Insgesamt scheint Gromyko mit seinem maritimen Verhandlungsangebot neben der üblichen propagandistischen Einwirkung auf die Öffentlichkeit in der Dritten und der Freien Welt drei Ziele anzusteuern:

Erstens will er Zeit für den eigenen Flottenaufbau gewinnen und zugleich eine Verlangsamung bzw. Beschränkung des Ausbaues der US-Navy erreichen.

Zweitens will er dazu beitragen, durch Beseitigung der US-Basen und -Flottenpräsenz in eurasischen Küstenräumen die Verbündeten zu trennen und einen neuen amerikanischen Isolationismus zu fördern bzw. wenigstens die ozeanischen Brücken zu schwächen.

Drittens will er sich temporär eine Entlastung des eigenen militärischen Engagements in Ländern der Dritten Welt verschaffen.

Im Interesse der Erhaltung der ohnehin schrumpfenden „Freiheit der Meere" ist nur zu hoffen, daß Gromykos Verhandlungsangebot westeuropäische Gleichgewichts-Ideologen nicht dazu verführt, dem sowjetischen Bären Schwimmwesten zu verschaffen. In den KVAE-Verhandlungen zu „vertrauensbildenden Maßnahmen" in Stockholm sind bereits „an Europa angrenzende ozeanische Gebiete" im strittigen Gespräch. Die NATO- und US-Stützpunkte in diesen Gebieten liegen übrigens schon heute in der Reichweite sowjetischer SS-20-Raketen.

Papst besucht Flüchtlinge in Thailand

dpa, Bangkok

Stellvertretend für die Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene in aller Welt werden 18 000 Indochina-Flüchtlinge aus Vietnam, Kambodscha und Laos am 11. Mai in Thailand den Segen von Papst Johannes Paul II. empfangen. Ein Besuch im Durchgangslager Phanat Nikhom etwa 100 Kilometer südöstlich von Bangkok wird der Höhepunkt des zweitägigen Papst-Besuchs im alten buddhistischen Königreich Siam sein. „Der Besuch wird die Aufmerksamkeit der Welt auf die Flüchtlingsnot richten", hieß es aus kirchlichen Kreisen in Bangkok.

Nur knapp 100 Kilometer von dem in Kambodscha beginnenden Herrschaftsbereich Vietnam entfernt wird der Papst auch der hinter dem Bambusvorhang liegenden unterdrückten Diaspora in Indochina gedenken. Er dürfte nach Ansicht kirchlicher Kreise die Gelegenheit dazu benutzen, an die westlichen Machthaber in Hanoi zu appellieren, den christlichen Minderheiten gegenüber größere Toleranz zu üben. Die offiziellen Kontakte zwischen dem Vatikan und den rund 3,5 Millionen Katholiken in Vietnam sind seit der Eroberung Saigons im Jahre 1975 abgebrochen.

Belgrad läßt Verhaftete frei

rtr, Belgrad

Die letzten beiden der 28 am Freitag festgenommenen jugoslawischen Intellektuellen sind nach Angaben des prominenten Regierungskritikers Milovan Djilas wieder freigelassen worden. Es handle sich dabei um den Besitzer der Wohnung, in der sie festgenommen worden waren, den Rundfunkassistenten Dragomir Olujic und den Schriftsteller Miodrag Ilic. Weder gegen sie noch gegen andere sei Anklage erhoben worden.

Sie alle waren bei einer informellen Zusammenkunft festgenommen worden, bei der der 72jährige Djilas einen Vortrag über das Nationalitäten-Problem gehalten hatte.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Warum gab Langemann Vertrauliches weiter?

Heute beginnt Prozeß gegen ehemaligen Staatsschutzchef

PETER SCHMALZ, München

Für Franz Josef Strauß ist er der „Herr mit dem Dachschaden"; Gerold Tandler, damals bayerischer Innenminister, sah in ihm einen „Ganoven oder Spinner". Von heute an ist Bayerns einstiger Staatsschutzchef Hans Langemann schlicht der „Herr Angeklagte": Der 59jährige Geheimdienstexperte muß sich vor dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts wegen des Verdachts verantworten, in einem besonders schweren Fall Staatsgeheimnisse offenbart sowie fortgesetzt Dienstgeheimnisse verletzt zu haben.

Der Prozeß, der wegen Langemanns angegriffener Gesundheit täglich nur zwei Stunden geführt werden kann und deshalb voraussichtlich bis Oktober dauern wird, soll klären, was zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bisher nur mangelhaft gelungen ist. Von ihm wird eine Antwort auf die Frage erwartet, weshalb der wohlbestallte Ministerialdirigent im Münchner Innenministerium seinem Freund Frank Heide, einem bei deutschen Illustrierten geachteten Nachrichtenhändler, Internes seiner Staatsschutzabteilung I F berichtet und diese Erzählungen mit zahlreichen Fotokopien belegt hatte.

War es Geltungssucht?

Geld scheint nicht die treibende Kraft gewesen zu sein, obwohl Langemann bei den bisherigen Ermittlungen zugeben mußte, unter falschem Namen Tarnkonten geführt und darauf Staatsgelder überwiesen zu haben. Geltungssucht scheint eher ein begründbares Motiv zu liefern: Einen Geheimdienstler, der einen Kurienprälaten als Agenten im Vatikan sitzen hat, der den Plan hegt, für fünf bis sieben Millionen Mark einen Schlag gegen den internationalen Terrorismus zu führen und der im Auftrag eines deutschen Konzerns einen Khomeini-Gegner aus Iran schmuggeln wollte, drückte die Pflicht der Verschwiegenheit bis ins Unerträgliche; er suchte sich Ventile.

Eines war literarischer Art. Langemann, der sich seinen Schreibtischjob mit Dienstreisen rund um die Welt versüßte, schrieb ein Romanmanuskript, dem er den umständlichen Titel „Abraham Lincoln Katzenschlossers jr.von A–Z erlogenes geheimes Tagebuch" gab und das nach Expertenmeinung eine „Mischung von wenig Realität und viel James Bond" war. Und er gab der südfranzösischen Nachbar-Bekanntschaft Heide Einblicke in Geheimzuhaltendes. Nach Heides Angaben stand dem Nachrichtenhändler der bayerische Geheimschrank offen wie ein Selbstbedienungsladen. Da wurde geplaudert über die Hintergründe des Oktoberfestanschlags, über die Wehrsportgruppe Hoffmann und über die angebliche Entführung des Strauß-Referenten Huber.

Ein ergiebiger Freund

Für Heide, der ebenfalls angeklagt ist und von der französischen Regierung kaum für dieses Verfahren ausgeliefert wird, war Langemann „ein Profi, der mit allen Registern spielt". „Hänschen", wie der Nachrichtenhändler den ergiebigen Freund nannte, wollte sich dagegen nach der ersten diskriminierenden Veröffentlichung seiner Geheimaktivitäten in „Konkret" distanzieren: „Ich bin einer Lumperei zum Opfer gefallen." Nachdem aber der bayerische Untersuchungsausschuß Tonbänder abgehört hatte, auf denen Langemann in Heides Haus Geheimnisse im Dutzend ausplauderte, war das CSU-Ausschußmitglied Otto Wiesheu der Meinung, die Bänder seien „mit Wissen und Willen von Langemann aufgenommen worden".

Die Chancen stehen demnach nicht gut für den inzwischen in den Ruhestand versetzten Ministerialdirigenten, den Prozeß mit 28 Zeugen und 8 Sachverständigen ohne Verurteilung zu überstehen. Langemann hat inzwischen eine Verteidigungslinie aufgebaut, die von der SPD als „Psycho-Masche" bezeichnet wird: Er zeigt sich verzweifelt, sein Dasein „geistig und seelisch nicht in den Griff zu bekommen". Von angeblichen Selbstzweifeln gequält, diktierte er einem Reporter ins Stenogramm: „Ich hätte wahrscheinlich viel, viel früher einen Psychiater aufsuchen sollen."

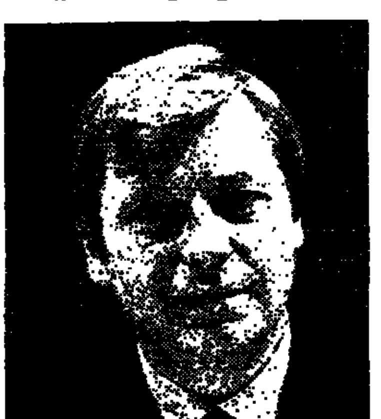
Für den Staatsschutzposten war Langemann nach Ansicht der FDP so geeignet „wie ein Callgirl für das Amt einer Mutter Oberin". Dennoch kann er aus seiner Zeit beim Bundesnachrichtendienst beste Beurteilungen vorweisen.

Diepgen hatte sich weder mit Senat noch Fraktionen abgesprochen

Äußerungen in Washington über „Bereinigung" des Besatzungsrechts stoßen auf Kritik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Ruhe an der Status-Front in Berlin ist überraschend vom neuen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen bei seiner ersten Washington-Visite durch seinen Vorschlag unterbrochen worden, das vorhandene Besatzungsrecht zu „bereinigen". Das Echo auf diese Anregungen, die am Status gewiß nicht rütteln *sollen, löste* jedoch *im Rathaus* Schöneberg auch eine gewiße Besorgnis aus. Diepgens Vorstoß war zuvor weder am Senatstisch noch mit den Fraktionschefs erörtert worden.



Eberhard Diepgen FOTO:DPA

Zeitpunkt und Ort von Diepgens Überlegungen, die er sowohl Vizepräsident George Bush als auch Außenminister George Shultz vortrug, waren ungewöhnlich: *Der Berliner* CDU-Politiker gab – offenkundig zur Verblüffung der höflichen Gastgeber – zu bedenken, ob scharf formulierte Bestimmungen über den Waffenbesitz, die unmittelbar nach Kriegsende ergingen, dem inzwischen gewachsenen Vertrauensverhältnis zwischen den Berlinern und ihren Schutzmächten noch angemessen seien.

In diesen Gesetzen – von sämtlichen vier Siegermächten, also auch von der Sowjetunion erlassen – werden der Besitz von bestimmten, gefährlichen Dolchen, Messern, Säbeln und veralteten Gewehren mit Strafe bedroht. Sie sind zwar formal noch in Kraft, werden jedoch von den drei Schutzmächten mit großer Gelassenheit gehandhabt.

Diepgen ergänzte in Washington seine Vorstellungen über eine „Bereinigung" dieser Vorschriften noch durch den Hinweis, ob es nicht an der Zeit sei, ebenfalls unter Strafe gestellte „abfällige Bemerkungen" gegen*über den Besatzungsmächten anders* als bisher zu behandeln.

Im Rathaus Schöneberg wird kein Hehl daraus gemacht, daß Diepgens Bemerkungen schwerlich ohne die Tatsache denkbar wären, daß in Berlin das Vor-Wahljahr begonnen hat. Die Union will offenbar – nach Verstößen in der Sozial- und Frauenpolitik – nun weitere Felder, bis weit in den verschwommen „alternativen" Bereich hinein, besetzen.

Wie bei dem bereits registrierten Versuch, in der Deutschland-Politik auch auf Berliner Seite „etwas größere Schritte" in Richtung „DDR" zu unternehmen, möchte Diepgen offenbar Verständnis für ein gewachsenes Souveränitäts-Bewußtsein der Berliner signalisieren. Langwierige und komplizierte Gerichtsverfahren von Anwohnern, mit politischen Vorwürfen „unterfüttert", trugen juristische Auseinandersetzungen mit den Alliierten bis nach Washington und London: Dabei ging es um die Bebauung einer Landschaftsschutzzone mit Wohnungen für amerikanische Offiziere und Soldaten, sowie die Anlage eines für das Armee-Training notwendigen Schießplatzes der Briten.

War schon nicht recht plausibel, was eine „Bereinigung" so gut wie nie und mit zahlreichen Ausnahmen beispielsweise für Sportschützen und Fechter versehene Waffen-Gesetzgebung an politischen Vorteilen einbringen sollte, verwunderte manchen ein anderer Hinweis von Diepgen: *Ausgerechnet eine Anfrage des sonst* politisch zu Recht nicht ernstgenommenen Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann (AL) führte Diepgen als Argument für die Zweckmäßigkeit an, über Strafverfahren wegen kritischer Vorwürfe gegen die Alliierten nachzudenken.

Nachdem Diepgen den Stein ins Status-Wasser geworfen hat, sollen sich nun die Westalliierten äußern. Der amtierende Senatssprecher Joerg Henschel (FDP) sagt dazu: „Die Initiative des Regierenden Bürgermeisters ist nach Erfahrungen in der Vergangenheit politisch sehr sinnvoll. Nunmehr sind die Alliierten aufgerufen, sich dieses Themas anzunehmen."

Tatsächlich mußte sich Diepgen jetzt in einem Brief der SPD-Fraktion – vom früheren Status-Experten von Klaus Schütz und Dietrich Stobbe, Professor Dieter Schröder, formuliert – deutlich sagen lassen: Eine „Bereinigung" von Kontrollratsgesetzen – die alle vier Mächte erließen – sei schon deshalb ausgeschlossen, weil sie zum gewachsenen Status der Stadt gehörten und während der Verhandlungen um das Berlin-Abkommen von 1971 eine Rolle spielten. Dies gilt beispielsweise für die Waffenverbots-Bestimmungen im Kontrollratsgesetz Nr. 43 vom 20. Dezember 1946, die Diepgen anschei*nend im Auge hatte.*

Wörtlich heißt es deshalb in dem SPD-Schreiben: „Ich darf daran erinnern, daß die Fortgeltung des Kontrollratsgesetzes Nr. 43 in Berlin als Gegenstand der Vier-Mächte-Gespräche in den Jahren 1970 und 1971 war. Dieses Gesetz, das die Grundlage der waffenrechtlichen Bestimmungen bildet, ist ein wesentlicher Bestandteil des Status von Berlin."

Wie wichtig dieser Zusammenhang ist, lehrt ein Blick in die Präambel des Viermächte-Abkommens über Gesamt-Berlin. Darin heißt es über die vier Vertragspartner: „... handelnd auf der Grundlage ihrer Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht berührt werden."

Während die SPD Diepgen auf negative Status-Diskussionsfolgen für *die „Investitionsbereitschaft der* Wirtschaft" hinwies, bremste auch Diepgens FDP-Partner. Justizsenator Hermann Oxfort bat in einer Senatssitzung „dringend" darum, sein Haus an etwaigen Vorhaben in dieser Richtung beizeiten zu beteiligen.

Schon 1979 hatte übrigens einer seine Vorgänger, Jürgen Baumann (FDP), das „Bereinigungs"-Thema entdeckt und den „Regierenden" Stobbe um weitere Vorstöße gebeten. Stobbe, ein mit dem Berlin-Status höchst vertrauter Politiker, verfolgte die Sache jedoch nicht weiter – offenbar aus guten und einsichtigen Gründen.

Ratzinger: Es gibt keine perfekte Welt

Kongreß über Zukunft des Christentums in Europa

GEORG BAUER, München

Vor einer Gefährdung der Demo*kratie in der westlichen Welt hat* Josef Kardinal Ratzinger, der Präfekt der römischen Kongregation für die Glaubenslehre, auf dem Kongreß „Das europäische Erbe und seine christliche Zukunft" in München gewarnt. In der Eröffnungsansprache des gemeinsam von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und dem päpstlichen Rat für Kultur organisierten Symposiums erklärte der Theologe: „Selbst wenn die Demokratie einigermaßen gut gehandhabt wird, bringt sie nicht automatisch die Überzeugung hervor, daß sie in aller Unzulänglichkeit das beste Staatswesen sei. Nicht nur wirtschaftliche Krisen können sie zum Einsturz bringen, sondern auch geistige Wellenschläge können ihr den Boden fortspülen".

Als eine der Gefahrenquellen nannte der ehemalige Erzbischof von München und Freising den Glauben, eine perfekte Welt schaffen zu können. Die ständige Erwartung, sie „so zielhaft perfekt" bauen zu können, sei die ernsteste Gefährdung unserer Politik und unserer Gesellschaft, weil daraus die anarchische Schwärmerei hervorgehe. Um den Fortbestand der pluralistischen Demokratie und die Entwicklung menschenmöglicher Gerechtigkeit zu garantieren, sei es geboten, den Mut zur Unvollkommenheit und die Erkenntnis der stetigen Gefährdung der menschlichen Dinge wieder zu erlernen.

Flucht aus der Moral

Den politischen Parteien, aber auch den anderen Gruppierungen, hielt der Kardinal vor Augen, daß nur die politischen Programme moralisch seien, die diesen Mut wecken könnten. Gleichzeitig rief Ratzinger kirchliche und kirchennahe Moralprediger zur Gewissensforschung auf, da ihre überanstrengten Forderungen und Hoffnungen die Flucht aus der Moral in die Utopie förderten.

Eine zweite Gefahrenquelle für die Demokratie ist nach Meinung von Ratzinger die Einseitigkeit des neuzeitlichen Vernunftbegriffes. Im Zuge der Technologisierung zähle nur noch die Vernunft der Berechnung und des Experiments. Die klassische Moral falle damit aber weg, da sie in in naturwissenschaftlich exakter Form, nicht faßbar ist. Man versuche zwar, die Moral „exakt" darzustellen. doch handele es sich hierbei nur um die Berechnung des Verhältnisses von günstigen und ungünstigen Wirkungen einer Tat. Damit aber sei das Moralische als solches abgedankt, denn das in sich Gute und das in sich Böse gebe es nicht mehr, sondern nur noch die Aufrechnung von Vor- und Nachteilen.

Ratzinger warnte davor, daß bei dieser fortschreitenden Entwicklung das auf der klassischen Moral beruhende Recht den Boden unter den Füßen verlieren wird. Als Beispiel verwies er auf zwei Klagen wegen Religionsbeschimpfung in München hin, die mit der Begründung abgewiesen worden waren, der öffentliche Friede sei durch die Beschimpfung nicht gefährdet worden.

Flucht in die Utopie

Dies ist nach Meinung des Kardinals als ein Aufruf zum Faustrecht zu verstehen, da in Zukunft nur noch der vor Gericht Gehör finden wird, der für seine Sache auf die Straße geht und öffentliche Unruhe auslöst. Die Moral als schutzwürdiges Rechtsgut bleibe damit auf der Strecke. Der Kirchenfürst forderte daher: „Deshalb ist die Frage nach der Wiederherstellung eines moralischen Grundkonsenses in unserer Gesellschaft zugleich eine Überlebensfrage der Gesellschaft und des Staates".

Als dritte Gefahr machte Ratzinger den Verlust der Transzendenz aus, die zu einer Flucht in die Utopie führe. Hierzu erklärte der Kardinal: „Marx hat einst gelehrt, man müsse die Transzendenz wegnehmen, damit der Mensch endlich von falschen Tröstungen geheilt, die vollkommene Welt baue. Heute wissen wir, daß der Mensch die Transzendenz braucht, damit er seine immer unvollkommenere Welt so gestalten kann, daß in ihr menschenwürdig zu leben ist".

Um diese Welt zu schaffen, sei das Christentum in der Moderne aber unverzichtbar. Zum einen habe es von Anfang an die Annahme der Unvollkommenheit gelehrt und ermöglicht, und zum anderen erwecke das Christentum das Gewissen und begründe den Ethos. Ratzinger forderte außerdem dazu auf, im Ensemble der „gesellschaftlichen Kräfte" den Wahrheitsanspruch nicht aufzugeben, der ein Öffentlichkeitsanspruch sei.

Die Partei mit dem Januskopf

Eine Studie über die Rolle des Zentrums im wilhelminischen Deutschland

„Verdammt heterogene Elemente" hätten sich im katholischen Zentrum zusammengefunden, seufzte Peter Reichensperger, einer seiner Führer. Das brachte Nachteile für die Führung, doch Vorteile für die Rolle der Partei im Deutschen Kaiserreich – wie ein politischer Gegner, der Sozialliberale Friedrich Naumann klagte: „Es kann mit dem Zentrum nach rechts hin gearbeitet werden, *auch mit dem Zentrum* nach links hin, auch mit dem Zentrum und der liberalen Mitte."

Die erste Volkspartei der deutschen Parteiengeschichte war ein Konglomerat von verschiedenen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die durch den Kulturkampf zusammengeführt und durch die katholische Konfession zusammengehalten wurden. „Politischer Katholizismus", definiert Wilfried Loth, Verfasser der neuesten Untersuchung über das Zentrum, „wäre demnach eine Koalition von im Wandel begriffenen Sozialmilieus, die sich aufgrund gemeinsamer Werte und/oder Interessen gegen den auf den staatlichen Bereich übergreifenden Säkularisationsprozeß mobilisieren ließ."

Vier Hauptgruppen sieht Loth in seiner Studie im Zentrum eingebunden: Die Konservativen (Aristokratie und katholische Hierarchie), „die populistischen Kräfte des traditionellen ‚Mittelstandes'", die Arbeiter und „die bürgerlichen Kräfte".

Schon diese Klassifizierung zeigt, daß es sich bei der als Band 75 der „Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" im Droste Verlag erschienenen Habilitationsschrift um eine primär sozialgeschichtliche Studie handelt. Gerade deshalb verdient sie besondere *Aufmerksamkeit*. Denn die Geschichte des Zentrums ist bisher mehr unter ideologischen als soziologischen Aspekten behandelt worden. Hier werden nun, wenn nicht unbedingt neue, so doch erweiterte und vertiefte Einsichten und Erkenntnisse vermittelt. Man muß sie allerdings, was selbstverständlich bei einer weltanschaulich geprägten Partei ist, im Zusammenhang mit der in dieser Arbeit nicht im Blickfeld stehenden Geistesgeschichte des deutschen Katholizismus sehen.

Loth charakterisiert seine Arbeit als „eine Studie, die ziemlich deutlich unterscheidbar zwei Geschichten zugleich erzählt: zum einen die Geschichte der Wandlungen, die der politische Katholizismus in Deutschland im Zuge des Durchbruchs zur ‚modernen' Industriegesellschaft erfuhr; zum anderen, insofern *der politische* Katholizismus in jener Zeit aus einer Reihe von Zufällen heraus mit im Zentrum der politischen Entscheidungen auf Reichsebene stand, zugleich eine fragmentarische Geschichte der Entwicklung der Machtstrukturen und der Verfassungsrealität des kaiserlichen Deutschlands nach dem Abgang Bismarcks".

Wilfried Loth:
Katholiken im Kaiserreich
Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland. Droste Verlag, Düsseldorf. 446 S., 78 Mark.

In dieser Verbindung von Zentrumsgeschichte und Reichsgeschichte, stets mit dem Schwerpunkt auf der Sozialgechichte, liegt das neuartige und Bemerkenswerte dieser Arbeit. Sie ist auf eine breite Materialbasis fundiert. Der Verfasser hat nicht nur die Literatur, darunter auch jüngst erschienene Dissertationen, ausgewertet, sondern ebenfalls neue Quellen erschlossen, vor allem die Nachlässe namhafter Zentrumspolitiker.

Profil gewinnt der Januskopf des Zentrums, dieser Mischung aus konservativen und progressiven Kräften, deren eines Gesicht in die Vergangenheit und deren anderes in die Zukunft schaute. Vom katholischen Hause aus mit Sinn für Hierarchie und Hang zur Autorität begabt, war das Zentrum zur Stelle, wenn es galt, die alten Gewalten gegen evolutionäre oder gar revolutionäre *Bewegungen abzuschirmen.* Andererseits half das Zentrum mit, die Reichsverfassung zu liberalisieren und zu parlamentarisieren, die sozialen Verhältnisse zu verbessern, einen Teil der Arbeiterschaft für einen Reformkurs zu gewinnen.

Das Offensein nach beiden Seiten machte das Zentrum als Koalitionspartner begehrt, verhalf ihm zu einer politischen Schlüsselrolle im wilhelminischen Reich. So konnte es sich mit Bismarck und Bülow ebenso zusammentun wie mit Linksliberalen und Sozialdemokraten. Schließlich verband es sich, noch in der Endphase des Kaiserreichs, mit den linken Kräften zur „Weimarer Koalition".

Die Problematik wird von Loth gesehen und herausgestellt: „Das Zurückschrecken der bürgerlichen Kräfte vor den Konsequenzen eines Bündnisses, das sie doch selbst, wenigstens zum Teil, für unvermeidlich hielten, erklärt nicht nur, warum die Revolution, gegen die schon Vorkehrungen getroffen worden waren, schließlich doch noch ausbrach; es macht auch deutlich, warum es der parlamentarischen Demokratie, die aus dieser Revolution hervorging, von Anfang an an einer stabilen gesellschaftlichen Grundlage mangelte."

Freilich – und das ist das Manko dieser Monographie – lassen sich Wesen und Verhalten des Zentrums nicht allein sozialgeschichtlich und parlamentshistorisch erklären. *Eine Partei, die aus geistlichen und* geistigen Beweggründen entstanden war und deren heterogene Elemente durch das religiöse Bekenntnis und die gemeinsame Weltanschauung zusammengehalten wurden, muß umfassender gesehen werden.

Sicherlich, diejenigen machten es sich zu einfach, die in der Zentrumsgeschichte einen Beweis dafür erblickten, daß es der Geist sei, der die Geschichte mache – oder die gar in dem an ein Wunder grenzenden Zusammenhalt des bunt zusammengewürfelten Haufens das Walten des heiligen Geistes zu erkennen glaubten. Aber die Beschränkung auf die Sozialgeschichte ist erst recht nicht das einzig Wahre: Mit einem Berg von Informationen wird der Blick auf das Wesentliche verstellt.

Doch *Bausteine werden geliefert*, die früher nicht oder nicht in hinreichender Anzahl produziert worden sind. Wilfried Loth hat viele und wichtige davon bereitgestellt. Hier liegt das Verdienst seiner Studie. Vielleicht findet sich bald ein Historiker, der diese Einzelteile und die anderen, die unerläßlich sind, zu einem Werk zusammenbaut, das den Titel „Katholiken im Kaiserreich" voll verdient.

FRANZ HERRE



Auch nach dem Kaiserreich aktiv: Wahlpropaganda für den 3. Reichstag FOTO: ULLSTEIN

In großer Uniform: Dragoner der französischen Kaisergarde

Halali für den bunten Rock

Das Uniformwerk von L. und F. Funcken jetzt komplett

Der „bunte Rock" ist heute nur noch eine altertümliche, kaum noch verstandene Redefigur – schon längst ist die Uniform des Soldaten, von einigen winzigen Farbtupfern und von wenigen Gardetruppen abgesehen, von unauffälliger Mono*tonie. Höhepunkt und Ausgang jener Zeit,* als Soldaten noch in malerischer Buntheit uniformiert waren, schildern in Bild und Wort Liliane und Fred Funcken: **„Historische Uniformen"** (19. Jahrhundert Teil zwei. Mosaik Verlag, München. 157 S., mit mehr als 900 farbigen Detailzeichnungen. 44 Mark).

Hier leben noch einmal im Zeitraum 1850 bis 1900 die Truppen Frankreichs und Großbritanniens, der deutschen Staaten und des späteren Deutschen Reichs, Österreich-Ungarns und Rußlands auf, wird die durch den Krimkrieg 1854/56, den deutschen Bruderkrieg 1866 und den deutsch-französischen Krieg 1870/71 gekennzeichnete Zeit noch einmal lebendig. Aber schon zeigt sich bei den Briten in Indien das erste Khaki, welches das traditionelle leuchtende Rot ablöst (und im Burenkrieg bereits allgemein Verwendung findet).

Rauchfreies Pulver machte bunte Uniformen zur Unterscheidung von Freund und Feind unnötig, weitreichende Feuerwaffen machten unauffällige Farben zwingend. Um die Jahrhundertwende hatten die meisten europäischen Mächte schon für den Felddienst die schlichte feldgraue, hechtgraue oder khakifarbene Uniform eingeführt, mit der die Soldaten dann auch 1914 ausmarschierten.

Das jetzt vorliegende Buch, mit dem die sechsbändige Enzyklopädie der Uniformen des 18. und 19. Jahrhunderts vollständig vorliegt, ist mit seinen 78 Farbtafeln, seinen Detailzeichnungen und einem informativen Text wieder eine preiswerte Fundgrube für jeden an Uniformen und Geschichte Interessierten und hält selbst für ausgepichte Fachleute das eine oder andere ihnen unbekannte Detail parat.

ohn

Laser kontra Raketen

Die Militarisierung des Alls ist nicht aufzuhalten

Seit die Nukleare Planungsgruppe der NATO jüngst in der Türkei tagte, ist das Thema endgültig einer breiteren Öffentlichkeit bewußt geworden: *Unter dem* Stichwort „Krieg der Sterne" hat es Fuß gefaßt und erregte in der Türkei deshalb erneut publizistisches Aufsehen, weil die europäischen Verbündeten der USA während der NATO-Tagung dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger gegenüber gegen Pläne zur Militarisierung des Weltraums starke Bedenken geltend gemacht hatten. Westeuropa will nicht, daß der Anstoß dazu von den Vereinigten Staaten ausgeht.

Das ist aber ein kaum mehr realisierbarer Wunsch: *Diese Militarisierung* schreitet längst voran. Das wird klar, wenn man nachliest, was seit dem Start des sowjetischen Sputnik am 4. Oktober 1957 inzwischen in der Nutzung der kosmischen Regionen außerhalb der Erdatmosphäre geschah. Das jüngste Buch der drei Autoren Wolf, Hoose und Dauses gibt dazu einen gleichzeitig gedrängten und dennoch umfassenden Überblick.

Dieter O. A. Wolf / Hubertus M. Hoose / Manfred A. Dauses:
Die Militarisierung des Weltraums
Verlag Bernard & Graefe, Koblenz. 219 S., 28,50 Mark.

Wer geglaubt haben mochte, der Weltraum sei aus den Rüstungsbestrebungen der großen Mächte herauszuhalten, wird durch die Lektüre eines Besseren belehrt. Die Eroberung des Kosmos auch für militärische Zwecke wird kaum jemand mehr aufhalten können. Und wer in Europa meint, die USA vor neuen Rüstungsanstößen warnen zu müssen, verhält sich unrealistisch. Es bedeutete nämlich den Versuch, eine harte Wirklichkeit durch beschwörende Reden zu negieren.

Heute steht die Menschheit vor einem Meilenstein, an dem sich entscheidet, ob das zur Instabilität neigende Gleichgewicht der gegenseitigen atomaren Bedrohung durch die Supermächte USA und Sowjetunion mit dem Schritt in die kosmische Dimension und ein dort zu installierendes völlig neues Sicherheitssystem abgelöst werden kann.

Der amerikanische Präsident Reagan hat diese Vision. Mit seiner „strategischen Verteidigungsinitiative", einer Kombination aus Stationen im Weltraum, die in der Lage sein *sollen, angreifende nukleare Interkontinen*talraketen der Sowjetunion schnell zu entdecken und mit Hilfe von Strahlenkanonen ebenso schnell zu vernichten, will er der Menschheit einen neuen Frieden bescheren



Noch Phantasiemodell, *bald Realität:* Laser-Flugzeug im Weltraum FOTO: DIE WELT

– nicht einen Frieden als Ergebnis der „gegenseitig gesicherten Zerstörung" (englisch abgekürzt MAD), sondern als Ergebnis des „gegenseitig gesicherten Überlebens" (englisch abgekürzt MAS).

Die technischen, strategischen und sicherheitspolitischen *Implikationen einer derarti*gen Initiative werden von den drei Autoren,soweit das schmale Buch es zuläßt, verständlich beleuchtet. Besonders deutlich wird dabei, daß alle bisher von den Weltmächten getroffenen Vorkehrungen, die Rüstung im All durch Begrenzungsverträge zu zügeln, nicht sonderlich erfolgreich sind. Diplomatie und Verhandlungen bestimmen nicht die Gangart bei der Militarisierung des Weltraums; treibend wirkt vor allem das beiderseitige Mißtrauen, die eine Weltmacht könnte der anderen gegenüber ins Hintertreffen geraten.

Das Buch *gibt tiefe Einblicke* in diesen Mechanismus, den wir Wettrüsten zu nennen pflegen. Der Weltraum wird von den Supermächten im politischen Kraftfeld ihrer Rivalität keineswegs ausgespart; das gilt bei der zivilen Nutzung nicht minder als bei der militärischen. Um so entschiedener bemühen sich die Autoren am Schluß ihrer Gemeinschaftsarbeit darum, Verständnis zu wecken für die Aufgaben kommender Generationen, was die Erhaltung und Gestaltung des „begrenzten Systems" Erde betrifft. Aus der politischen Rivalität von Nationalstaaten oder Blöcken drohen kriegerische Katastrophen zu entstehen, die unseren blauen Planeten als Heimstatt des Lebens zerstören könnten.

Das Buch ist somit gleichermaßen eine informative Quelle für die fast drei Jahrzehnte lange Geschichte der menschlichen Eroberung des Alls wie auch eine Mahnung – eine Aufforderung zur Besinnung und zur Suche nach Wegen, die aus der die Erde gefährenden Konfrontation herausführen.

RÜDIGER MONIAC

Nach dem Anschluß kam der Katzenjammer

General im Zwielicht: Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau

Der zweite Band der nachgelassenen Memoiren des österreichischen Generals, Politikers und Militärpublizisten (Bd. I s. die WELT v. 8. 8. 80) ist ein Schlüsselwerk zum Verständnis der deutsch-österreichischen Problematik der Zeit vor und unter dem Nationalsozialismus. Glaise selber spricht von der „Zwiespältigkeit", die ihn besonders *nach 1938* erfüllt und die ihm, wie er 1943 niederschreibt, zur „seelischen Qual" geworden ist. Er, der als „Nationaler" (im deutschen Sinne) im Kabinett Schuschnigg faktisch den Anschluß von 1938 offen und insgeheim mit vorbereitet hatte, muß bereits während des Zweiten Weltkrieges erkennen, „einer verlorenen und, was noch ärger ist, einer unrichtigen *Sache gedient zu haben*".

Ohne selber Nationalsozialist zu sein, fühlte sich Glaise als österreichischer Großdeutscher. Als solcher machte er Front gegen die „Separatisten" und geriet unwillkürlich in den Bannkreis Hitlers, von dem er teils fasziniert und teils entsetzt war. Beeindruckt schildert er, wie Hitler auf dem KdF-Dampfer „Robert Ley" von der Unterwer*fung der Rest-Tschechei* und ihres herzkranken Präsidenten Hacha im kleinen Kreise erzählt. Eine „suggestive", ja „hypnotisierende Kraft" gehe von diesem Manne aus. Wörtlich: „Vor seinem Blick würden sich ... auch Raubtiere verkriechen."

Dann wieder zeigt sich Glaise entsetzt darüber, daß Hitler, ohne mit der Wimper zu zucken, das deutsche Südtirol den italienischen Faschisten zur Entnationalisierung und Italianisierung überläßt. Ein solcher Mann könne kein Österreicher sein – wie überhaupt der Österreicher Glaise-Horstenau ständig von der Frage geplagt wird, warum der *Österreicher Adolf Hitler* so wenig Verständnis und Rücksicht für Österreich aufbringe.

Dem ersten in Wien von Hitler eingesetzten Gauleiter und Reichskommissar Bürckel sagte Glaise offen ins Gesicht, Österreich fühle sich nach dem Anschluß „wie eine eroberte Kolonie". Die österreichischen Nazis sind ihm fremd; einen von ihnen, den später als KZ-Kommandanten berüchtigten Odilo Globocnik, bezeichnet Glaise schlichtweg als „*Gangster*". *Er spricht von einer* „Unifizierungs- und Zentralisierungsmaschine preußischer Prägung", die sich nach 1938 über Österreich gewälzt habe, und stellt angesichts der neuen, ebenso dynamischen wie verständnislosen reichsdeutschen „Zugereisten" die Überlegung an: „Der Gedanke, daß man selbst mit einem politischen Gegner auf gesellschaftlichem Boden freundschaftlich verkehren könnte, war dieser neuzeitlichen Dynamik völlig unverständlich ... Dabei ist nichts langweiliger, als fortwährend mit Gleichgesinnten zu sprechen – besonders wenn ihre Gesinnung nicht der Ausfluß eigener Erkenntnis, sondern eingedrillt ist."

Peter Broucek (Hrsg.):
Ein General im Zwielicht
Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. II: Minister im Ständestaat und General im OKW. Verlag Hermann *Böhlaus Nachf., Wien/Köln.* 710 S., 148 Mark.

Als der Zweite Weltkrieg ausbricht und Glaise in deutscher Uniform im besetzten Polen erscheint, schreibt er 1939 in Lodz die Zeilen nieder: „Ist nicht all das, was Europa seit spätestens Frühjahr 1939 erlebt, eine große Sühne für den größten Sündenfall der neueren Geschichte, für die leichtfertige und *verbrecherische Zertrümmerung* der Habsburgermonarchie durch blindwütige Kräfte, die sich von innen und außen her die Hand reichten?" Als Rächer aber sei ein Österreicher aufgestanden – einer, der seinem Vaterland mit Haß im Herzen den Rücken gekehrt habe.

Als Kriegsgräber-General kommt Glaise zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts in die Sowjetunion und in die von den Sowjets besetzten polnischen Gebiete, um die Rückführung der *Leichname* deutscher *Gefallener* zu erreichen. Seine Schilderungen des stalinistischen Rußland zeugen von politischem Instinkt und Beobachtungsgabe.

Zugleich entdeckt Glaise auf seinen Reisen als deutscher General durch das vom Dritten Reich beherrschte Gebiet überall die Anhänglichkeit an das alte Österreich. So läßt ihm ein Hoteldirektor im sowjetisch *besetzten, ehemals* österreichischen Lemberg von den Restaurant-Musikanten Wiener Walzer aufspielen, als er hört, der deutsche General sei in Wirklichkeit Österreicher. Und ein tschechischer Bahnbeamter im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" sagt zu ihm: „Unsere Augen, Herr General, sind nur nach Wien gerichtet." Bei einer Diskussion mit „Reichsdeutschen", die sich über die österreichische „Schlamperei" mokieren, erklärte Glaise, diese Schlamperei sei nichts anderes als „der Kompromiß zwischen dem Buchstaben der Gesetze und einer so bunten Wirklichkeit, wie sie sich, *hundertfältig abgestuft,* von Bregenz bis Czernowitz ergeben" habe.

„Es ist in der Tat so", stellt der enttäuschte großdeutsche Österreicher fest, „wir glauben, Außenpolitik ebenso machen zu können, wie Innenpolitik in Deutschland." Das allerdings ist ein Satz, der einem auch heute noch aktuell vorkommt. – Glaise endete, nachdem er von 1941 bis 1944 deutscher General in Kroatien war, 1945 durch Selbstmord in amerikanischer Gefangenschaft.

CARL GUSTAF STRÖHM

Am Wendekreis des Krebses

Der Südatlantik – das Machtvakuum unserer Tage

Die Konflikte in der Karibik und auf der mittelamerikanischen Landbrücke (Nicaragua, Salvador, Grenada), ebenso der Falkland-Konflikt vor zwei Jahren, haben die Aufmerksamkeit auch hierzulande zeitweilig auf diese Weltgegenden gelenkt. Das ändert jedoch anscheinend nichts daran, daß die Deutschen bis heute ein wenig weltläufiges, kaum politisch global denkendes Volk geblieben sind. Heute dokumentiert sich ihre Neigung zu nationaler, bestenfalls europäischer Nabelschau vor al*lem in der Sehnsucht nach einer „geteilten* Entspannung".

In den letzten Jahrzehnten gehörte Wolfgang Höpker zu der kleinen Schar politischer Publizisten, die immer wieder versuchten, den Horizont der introvertierten Westdeutschen weltpolitisch zu weiten. Man hat Höpker den Publizisten der sieben Weltmeere genannt. Er hat sie und ihre Anrainer-Staaten nicht nur wiederholt in Augenschein genommen (was immer noch das beste Mittel ist, die Welt zu kennen, wie sie ist, und den vorgefertigten ideologischen Brillen auszuweichen), er hat auch in einer Serie wichtiger Bücher darüber berichtet („Die Ostsee – ein rotes Binnenmeer?", „Das Mittelmeer", „Weltmacht zur See – Die Sowjetunion auf allen Meeren", „Stoßrichtung Atlantik", „Wetterzone der Weltpolitik – Der Indische Ozean im Kräftespiel der Mächte", „Aktionsfeld Pazifik").

Den Abschluß dieser Serie bildet nun die Studie über den Südatlantik, der treffend als eines der Machtvakuen der heutigen Weltpolitik charakterisiert wird. Höpker stellt faktenreich, nüchtern und abgewogen die Einzelprobleme dar: die Rote Flotte des Admirals Gorschkow, des sowjetischen Tirpitz; das US-Dispositiv von Pol zu Pol; die mittelamerikanisch-karibische Krisenzone; die atlantische Komponente Lateinamerikas von Brasilien bis zur Antarktis; den west*afrikanischen Raum von Marokko bis* Togo und Nigeria und von da bis Angola, eigentümlich dem Ozean verschlossen und gerade so ein Machtvakuum darstellend; das kubanisch-angolanische Zusammenspiel für Rechnung der Sowjetunion, das die Vakuum-These bestätigt; schließlich den südafrikanischen Wirtschaftsriesen des Kontinents mit seiner Schlüsselposition zwischen zwei Ozeanen, diesen „einsamen Wächter am Kap", dessen Position gerade auch im westeuropäischen Interesse nur wenige begreifen – jedenfalls in der ideologisierten und *apolitischen veröffentlichten* Meinung der Bundesrepublik.

Höpkers Fazit des „Machtvakuums" im Südatlantik *hat nicht zuletzt* Auswirkungen auf die NATO, die sich, d. h. besonders die Europäer, seit ihrer Gründung vor 35 Jahren konstant weigert, das Bündnisgebiet über den in diesem Zusammenhang vielberufenen Wendekreis des Krebses hinaus auszudehnen, obwohl heute eigentlich niemand mit gesundem politischen Verstand mehr daran zweifeln sollte, daß die mittelbare Bedrohung der wirtschaftlichen Lebensadern Westeuropas eher größer ist als die unmittelbare in Europa selbst. Es sollte daher in *unserem Land mit Ernst zur Kenntnis* genommen werden, daß nicht rosarote Dritte-Welt-Illusionen einer bequemen, wohlstandsversessenen westeuropäischen Industrie- und Erwerbsgesellschaft die Probleme, die hier auf uns zukommen, zu lösen vermögen, sondern nur eine entschiedene Vertretung unserer Interessen – nicht in militärischer Konfrontation, was Höpker absolut mißzuverstehen hieße, wohl aber in beiden Seiten förderlicher Kooperation.

Wolfgang Höpker:
Südatlantik – Machtvakuum der Weltpolitik
Verlag E. S. Mittler, Herford/Bonn. 104 S., 19,80 Mark.

Höpker untersucht abschließend sowohl die Notwendigkeiten einer Ausdehnung der NATO-Verpflichtungen auf den Raum südlich des Wendekreises des Krebses wie eines Südatlantikpakts der beiderseitigen Anrainer-Staaten. Letzteres Konzept ist durch den Falkland-Konflikt und den Sturz der Militärherrschaft in Argentinien freilich in die Ferne gerückt; in Buenos Aires möchte man sich heute eher der Dritten Welt und den Blockfreien zuwenden, ein Datum, das allerdings nicht zu bleiben braucht und durch eine realistische Ausgleichspolitik zwischen Großbritannien und Argentinien korrigiert werden kann.

Besonders hervorzuheben sind noch die zahlreichen einfachen, aber hochinformativen Karten, die dem Band beigegeben sind, sowie eine kleine Bibliographie weiterführender Literatur. Man möchte das Buch daher etwa für gymnasiale Leistungskurse in Geographie empfehlen oder für universitäre Einführungsseminare zur internationalen Politik. Man wünscht sich darüber hinaus besonders auch Politiker als Leser, die über den Kirchturm hinausschauen wollen, und *Publizisten, die sich mit ideologisch einseiti*ger Broschürenliteratur zum Thema nicht begnügen.

KLAUS HORNUNG

Vom Fortbestand der deutschen Nation

Der vom Ministerium für Kultus und Sport des Landes Baden-Württemberg herausgegebene Band **„Deutschland – die geteilte Nation"** (R. v. *Decker's Verlag, G. Schenck, Heidelberg,* 232 S., 18 Mark) wendet sich vornehmlich an Lehrer und möchte einen Beitrag zur Behandlung des fächerübergreifenden Themas „Die deutsche Frage im Unterricht" leisten. Mit Recht betont Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder in seinem Vorwort, im Schulunterricht müsse das Bewußtsein um die Gemeinsamkeit in Geschichte, Sprache und Kultur ebenso verdeutlicht werden wie die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Teilung Deutschlands.

Angesichts des hohen Anspruchs (der Sammelband möchte die Entwicklung der „deutschen Frage" von 1848 bis in die Gegenwart verdeutlichen) werden an den Leser erhebliche Anforderungen gestellt. Hinzu kommt, daß die behandelten Teilaspekte jeweils nur durch Ausschnitte aus einer Vielzahl von Büchern oder Aufsätzen „belegt" werden. Abrupte Übergänge waren dabei nicht zu vermeiden.

Seltsamerweise werden die staats- und völkerrechtlichen Beiträge über die Rechtslage Deutschlands mit der Überschrift „Rechtlicher Fortbestand der deutschen Nation" versehen, obwohl *sich* keiner der Autoren zu dieser Frage äußert, da die Nation für den juristischen Deutschland-Begriff keine Rolle spielt. Bedauerlich *ist, daß die* in beiden Staaten Deutschlands unterschiedlich beantwortete Frage nach der Fortexistenz der deutschen Nation hier nur von Golo Mann aus der historischen Perspektive heraus angesprochen wird.

Golo Mann ist der einzige Autor, der dem Sammelband einen Originalbeitrag beigesteuert hat. Seine „Gedanken zur Nation der Deutschen" sind vor allem deshalb so instruktiv, da er wichtige Aspekte der „deutschen Frage" seit 1848/49 bis in die Gegenwart auf knappem Raum behandelt und klar herausgearbeitet hat, daß eine Nation nichts von der Natur vorgeschriebenes, sondern ein Produkt der Geschichte ist. Das 1870 geschaffene Bismarck-Reich habe den Rahmen geboten, „innerhalb dessen die deutsche Zivilisation mit den westeuropäischen Nationen gleichziehen, in dem sie modern werden konnte, und zwar den einzig damals möglichen".

Mit Recht betont Golo Mann, daß das *1944/45 von den Hauptalliierten in vier mili*tärisch besetzte Zonen aufgeteilte Deutschland ein einziges Gebiet mit der Hauptstadt Berlin bleiben sollte, zunächst unter vier Militärgouverneuren, irgendwann später unter einer deutschen Regierung: „Dazu kam es niemals. Denn die Russen trieben in ihrer 'Zone', was sie wollten, und die drei anderen Okkupationsmächte reagierten, unvermeidlicherweise."

JENS HACKER

Andreotti redet von einer neuen, „flexiblen" Haltung Moskaus

Optimismus, aber auch viel Skepsis in Rom nach der Reise des Außenministers

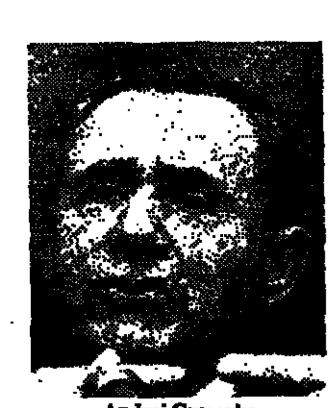
FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach zweitägigen Gesprächen in Moskau ist der italienische Außenminister Giulio *Andreotti* mit „einigen neuen Ideen" der Sowjets zur Wiederaufnahme der Ost-West-Verhandlungen nach *Rom* zurückgekehrt. Der Christdemokratische Politiker, der als erster Regierungsvertreter eines NATO-Landes mit bereits *stationierten* Mittelstreckenraketen von Staats- und Parteichef Tschernenko empfangen wurde, bewertet das Ergebnis seiner Reise als positiv. Über sein einstündiges Gespräch mit dem Kreml-Chef sagte er, es sei „eine Stunde mit Inhalt, nicht mit Höflichkeit" gewesen. Zu dem von Tschernenko vorgebrachten „neuen Ideen„ wollte er sich nicht näher äußern. Sie müssten zunächst analysiert werden, und man müsse darüber nachdenken, sagte er. „*Wenn es Rosen sind*, werden sie blühen."

Nach italienischer Darstellung gab sich Sowjetaußenminister Gromyko in den Gesprächen mit Andreotti flexibler als auf der Konferenz von *Stockholm, wo er offensichtlich* noch die harte Andropow-Linie vertreten habe. Tschernenko wiederum habe noch flexibler als *Gromyko gewirkt*. Er habe unter anderem gesagt, daß man im Kreml mit Interesse die in Washington angeschlagenen neuen Töne registriere, wenn auch in den zur Diskussion stehenden Themen sachlich kein Fortschritt erzielt worden sei. Er habe Wert darauf gelegt, die im Westen verbreitete Auffassung zu korrigieren, daß Moskau zunächst einmal die amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten wolle. Die Beziehungen zu den USA, so habe er versichert, hingen nicht davon ab, wer in Washington regiere.

Bei der Diskussion über die Raketenfrage wies Andreotti, wie er anschließend selbst vor der italienischen Presse berichtete, den Sowjetführer darauf hin, daß der Grundsatz der militärstrategischen Gleichberechtigung für alle Gültigkeit haben müsse. Tschernenko habe geantwortet, daß Moskau seine Augen nicht vor den *auf Sizilien* installierten Cruise-Raketen verschließen könne. Darauf Andreotti: „Italien als ein *Land, das dem Atomsperrvertrag* beigetreten ist, hat das Recht und die Pflicht, angemessene Maßnahmen zu treffen, wenn *Raketen potentiell* gegen sein Territorium gerichtet sind."

Daß der Minister während seines


Andrej Gromyko

Moskau-Aufenthaltes stets eine derartige *Festigkeit an den Tag gelegt* hat, wird freilich von einem Teil der italienischen Öffentlichkeit stark bezweifelt. Auf Kritik ist sein Schweigen zu einer drohenden Äußerung Gromykos gestoßen, der auf einem Bankett erklärt hatte: „Noch heute erinnern sich die Völker des Endes von Pompeji, das vor 2000 Jahren vom Vesuv in Asche gelegt wurde. Wieviele Vesuve enthält wohl eine Wasserstoffbombe?"

Schon vor seiner *Moskau-Reise* war Andreotti wegen seiner Außenpolitik, die von zahlreichen Politikern auch des Regierungslagers als allzu geschmeidig und ambivalent empfunden wird, schweren Angriffen ausgesetzt gewesen. Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale hatten ihm vorgeworfen, auf einer Tagung der interparlamentarischen Union in Genf seine Unterschrift unter eine scharf anti-israelische und anti-amerikanische Entschließung gesetzt zu haben. In dieser vom Irak eingebrachten Resolution wird *Israel* des „Terrorismus" und des „Mordes" beschuldigt; der Zionismus wird mit Rassismus *gleichgesetzt; und die USA* werden beschuldigt, die israelische „Aggression" zu ermutigen. Das Dokument war außer von Andreotti auch von dem kommunistischen Senator Buffalini unterzeichnet worden.

Der stellvertretende sozialdemokratische Parteisekretär Puletti forderte nach der Rückkehr Andreottis aus Moskau ein Koalitionsgespräch und äußerte den Verdacht, daß der Außenminister sein Amt dazu mißbrauche, im Blick auf die 1985 anstehende *Staatspräsidentenneuwahl* bei den Kommunisten Stimmung für seine Kandidatur zu machen.

DW. Bonn

Die in Rom geäußerte Skepsis über eine mögliche erhöhte Verhandlungsbereitschaft wird untermauert von den Worten Gromykos, die die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass gestern verbreitete. Gromyko sagte am Montag bei einem Essen zu Ehren Andreottis: „Wenn jemand ge*hofft hat, die Sowjetunion* vor vollendete Tatsachen stellen zu können, dann war das Ausdruck von Verant*wortungslosigkeit, da die Regierun*gen der NATO-Länder gewußt haben, welche Folgen dies haben werde. Unsere Gegenmaßnahmen sind der gewachsenen Gefahr, so aus Richtungen, wo die neuen amerikanischen Raketen stationiert sind, strikt adäquat." Und weiter: „Eine Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen kann und muß Gegenstand von Verhandlungen werden. Dazu ist es erforderlich, daß die Hindernisse beseitigt werden, die sie zur Fruchtlosigkeit verdammt haben."

Seite 2: Gromyko räumt auf

Genscher verurteilt die Angriffe Vietnams

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher haben sich gestern scharf gegen Übergriffe vietnamesischer Truppen auf *thailändisches Gebiet* gewandt. Beide forderten in Gesprächen mit dem thailändischen Mini*sterpräsidenten, General* Prem Tinsulanonda, ein freies und von Vietnam unabhängiges Kambodscha.

Kohl hatte gestern seinen Urlaub in Vorarlberg unterbrochen, um in Bad Schachen am Bodensee mit Prem zusammenzutreffen. Dabei rühmte er die seit 120 Jahren bestehende deutsch-thailändische Freundschaft und sprach sich für verstärkte deutsche Investitionen in dem südostasiatischen Staat aus.

Prem, der morgens nach einem 18stündigen Besuch in Berlin nach Bayern geflogen war, traf abends zur Fortsetzung seiner Regierungsgespräche wieder in Bonn ein. Dort kam er zunächst mit den Bundesministern Manfred Wörner (Verteidigung) und Jürgen Warnke (Entwicklungshilfe) zusammen.

Abends gab Außenminister Genscher ein Essen für Prem in der Godesberger Redoute. Dabei verurteilte er, ebenso wie am Tage zuvor Bundespräsident Karl Carstens, „die erneute Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität Thailands" *durch* vietnamesische Truppen. „*Die* Bundesregierung fordert die Verantwortlichen auf, weitere Kampfhand*lungen zu unterlassen und die huma*nitären Rechte der Flüchtlinge und die Souveränität Thailands zu achten", erklärte Genscher.

Generell stellte der Bundesaußenminister fest: „Gemeinsam mit unseren *Asean-Freunden fordern wir* eine friedliche Lösung für das gepeinigte kambodschanische Volk. Seine na*tionale Unabhängigkeit muß* frei von vietnamesischer Okkupation wiederhergestellt werden."

Der Reformeifer Mahathirs stört Malaysias traditionelle Herrscher

Heute wird ein neugewählter König inthronisiert / Rolle der Sultane umstritten

Von M. WEIDENHILLER

Sie verkörpern Tradition und mehr noch: Malaysias Identität. Sie nehmen eher repräsentative Aufgaben wahr, üben aber dennoch politischen Einfluß aus: die neun Sultane, die alle fünf Jahre einen Yang di Pertuan-Agung, einen König, aus ihrer Mitte wählen. Für gewöhnlich gleicht dieser Wechsel an der Spitze des einzigen Wahlkönigtums der Welt einem Ritual, begleitet von 21 Böllerschüssen und würdigenden Artikeln in der lokalen Presse.

Als diesmal im Februar die „Königsmacher" ein neues Staatsoberhaupt kürten, das heute sein Amt übernimmt, war die Situation alles andere *als „normal"*. Vorausgegangen war eine „Königsschlacht", bei der eine Verfassungskrise gerade noch abgewendet werden konnte. Entschlossen, das Schwellenland Malaysia zu modernisieren und „feudalistischen Ballast" abzuwerfen, hatte Premier Mahathir die Fürsten ins Visier genommen. Eine Verfassungsänderung sollte klarstellen, daß der König keinen eigenen „konstitutionellen Willen" hat, daß seine Macht symbolisch, nicht real ist. Dem König bleibt das Privileg, den nationalen Notstand auszurufen, allerdings auf eine entsprechende Empfehlung des Premiers. In anderer Hinsicht wird die Rolle des Monarchen ironischerweise eher aufgewertet: Denn er kann ein Gesetz bis zu 60 Tage verzögern. Er hat 30 Tage Zeit, eine Vorlage zu unterzeichnen oder sie – und das ist neu – *mit ausführlicher Begründung an* das Parlament zurückzuverweisen. Sprechen sich nach einer weiteren Debatte zwei Drittel der Abgeordneten für das Gesetz aus, tritt es nach 30 Tagen auch ohne das königliche Plazet in Kraft. Entsprechendes gilt für die Sultane auf Länderebene.

Das zeitliche Limit beugt einer Verschleppungstaktik vor. Nicht *nur* einmal kam es in der Vergangenheit vor, daß ein Sultan Gesetzen seine Zustimmung so lange verweigerte, bis ein ihm nicht genehmer Chief Minister (Ministerpräsident) seines Amtes enthoben wurde. Das Regieren wurde dadurch nicht leichter.

Mahathir mußte bei der Königsfrage Federn lassen. Es heißt, die beiden traditionell eingestellten Sultane von Johore und Perak hätten den Kompromiß erzwungen. Sie sind die einzigen der neun Sultane, die die Königswürde noch nicht innehatten. Der


Mahmud Iskander

Sultan von Perak hatte die größeren Chancen, diesmal gewählt zu werden. Aber er starb kurz vor der Wahl. Mahmud Iskander von Johore gilt als *Gegner der Reformpolitik Mahathirs.* Mit ihm als neuen König ist es durchaus möglich, daß der Widerstand der Traditionalisten gegen Mahathir zunimmt. Schwerwiegender ist, daß der Königsstreit voll auf Mahathirs Partei (Umno) durchschlug und die Spannungen sich noch verschärfen können. Aufschluß wird der Parteitag im Mai geben. Diese Tatsachen zeigen, daß die Debatte nicht etwa nur eine momentane Stimmung widerspiegelte. Sie könnte zu einem Konflikt der zwischen Loyalität zur Regierung und zu ihren Fürsten schwankenden malaiischen Bevölkerung werden.

Die Malaien machen im Vielvölkerstaat noch nicht einmal die Hälfte der 15 Millionen Einwohner aus. Vor allem für sie haben die Sultane nicht aufgehört, Symbole malaiischer Identität, Wahrer malaiischer Kultur und des Islams zu sein. Sich gegen sie zu wenden, hieße für viele noch heute, eine „göttliche" Strafe provozieren. Diese nicht in Frage zu stellende Loyalität, die sich mit der hinduisti*schen Vorstellung der Göttlichkeit* der Herrscher verbindet, wurzelt tief in der malaiischen Gesellschaft und übt in ihr einen nachhaltigen Einfluß vor allem bei der älteren Generation und bei der ländlichen Bevölkerung aus. Da aber die traditionelle Fürsten-Elite immer mehr von einer neuen – politischen – Elite, die der Umno, ersetzt wird, sind die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten offensichtlich.

Im politischen Leben haben sich die Malaien seit der Unabhängigkeit eine dominierende Rolle erobert, so*zusagen als Ausgleich gegenüber* den die Wirtschaft beherrschenden Chinesen. Das gibt den Malaien Sicherheit. Somit, so könnte man folgern, bedürfen sie auch nicht mehr so sehr des Schutzes der traditionellen Herrscher. Spürbar ist dieses neue Selbstbewußtsein vor allem bei der rasch wachsenden Mittelschicht in den Städten. Hier regen sich am ehesten auch Zweifel daran, ob die Politiker und die Sultane noch dieselbe Sprache sprechen, ihre Interessen sich decken.

Auch die Haltung der Nicht-*Malaien gegenüber der Monarchie* hat sich geändert, aber in eher umgekehrtem Sinne. Zu Zeiten der britischen *Kolonialherrschaft war es weder nö*tig noch opportun für einen chinesischen oder indischen Einwanderer, sich mit den Sultanen zu identifizieren. Chinesen, die sich heute als Malaysier fühlen, ohne dies als Verleugnung ihres Chinesentums *zu* werten, empfinden es als Ehre, wenn ein Sultan sie ehrt oder auszeichnet.

Neue Postgeschäfte mit Peking

China zeigt großes Interesse für deutsche Fernmeldetechnologie

CHRISTEL PILZ, Peking

In einem Gespräch mit Postminister *Schwarz-Schilling* erklärte der chinesische Vizepremier, Li Peng, die grundsätzliche Bereitschaft Chinas, *auf dem Gebiet des Post- und Fern*meldewesens mit der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten. Schwarz-Schilling ist der erste deutsche Postminister, der offiziell die Volksrepublik China besucht. In Begleitung *von acht führenden* Vertretern der deutschen Wirtschaft war er am 21. April in Peking eingetroffen. Er folgte *einer Einladung des chinesischen* Postministers, Wen Minsheng.

Wie Vizepremier Li Peng betonte, habe der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur höchste Priorität. Sie sei eine der Voraussetzungen dafür, daß China den Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft und der Industrie bis zum Jahr Zweitausend vervierfachen könne. *Li wies darauf* hin, daß China auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik auch mit anderen *Ländern verhandelte und* erst vor kurzem einen Vertrag über Import und Produktion von Fernsprechvermittlungstechnik des Systems 1240 mit der belgischen ITT-Tochter BTM abgeschlossen hat. Auf Grund des unterentwickelten Standes des chinesischen Post- und Fernmeldewesens biete sich jedoch gerade der deutschen Wirtschaft eine gute Chance, mit China zusammenzuarbeiten.

Zur Zeit entfallen auf mehr als eine Milliarde Menschen nur fünf Millionen Fernsprecher. In diesem Zusammenhang ermutigte Li die deutsche Wirtschaft, verstärkt in China zu investieren.

Li Peng, der als einer der führenden Wirtschaftstechnokraten in der chinesischen Führung gilt, wird am sechsten *Mai als Gast von Außenmi*nister Genscher in Bonn erwartet. Während seines Aufenthaltes in der *Bundesrepublik wird Li Peng* das deutsch-chinesische Abkommen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnen. Die Bundesrepublik wird damit das erste Land, das ein solches Abkommen mit China hat.

Besonders gute Chancen sieht Schwarz-Schilling in einer engen Kooperation auf dem Gebiet der Satelli*tentechnik*. Der chinesische Raumfahrtminister, Zhong Yun, der Anfang März in Bonn das bilaterale Abkommen zur friedlichen Nutzung der Weltraumfahrt unterzeichnet hat, versicherte Schwarz-Schilling des großen Interesses, das China an dem direktstrahlenden Fernsehsatelliten der Bundesrepublik habe. China will einen solchen Satelliten in erster Linie zur flächendeckenden Einführung des Bildungsfernsehens nutzen. Verhandlungen mit Eurosatellit/München sind im Gang.

Als konkrete Geste zum Auftakt bilateraler Kooperation hat Schwarz-Schilling die Entsendung von zwei Sachverständigen angekündigt, die im Fernmeldewesen Projektansätze definieren und eine grundsätzliche Netzplanung für zwei bis drei Provinzen durchführen sollen.

„Alle sollen Beziehungen zu den USA fördern"

Jahresbericht des Koordinators für Austausch über den Atlantik: 101 Millionen Mark für Zusammenarbeit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Aussage: „Wir haben allen Grund, optimistisch zu sein" hat der Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Berndt von Staden, am Mittwoch in Bonn den Jahresbericht über seine Tätigkeit der Öffentlichkeit übergeben. Die Mittel für „zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit" sind nach seinen Worten von rund 79 Millionen Mark im Jahre 1982 auf 101 Millionen Mark in diesem Jahr angewachsen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher weist im Vorwort des Berichts, der erstmals in Form einer Broschüre verfügbar ist, darauf hin, daß die „Koordinatoren" auf deutscher wie auf amerikanischer Seite für die Zusammenarbeit die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte, die Initiativen einzelner Bürger und Vereinigungen zur Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen „durch Rat, Ermutigung und Anregung" fördern sollen.

Ziel der Initiative ist es, das Bewußtsein für die in Generationen entwickelten gemeinsamen Wertvorstellungen zu schärfen, die Kenntnis des jeweils anderen Landes und seiner Menschen zu verbessern, „und da, wo es historische, geographische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Unterschiede gibt, die ja niemand leugnen kann, das Verständnis und den Respekt für den anderen zu stärken". Da eine vollständige Erfassung des unübersehbar großen Feldes nicht möglich sei, habe das Auswärtige Amt erstmals ein „Adressbuch der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit" veröffentlicht, in dem auf 60 Seiten alle staatlichen und privaten Institutionen mit diesem Ziel aufgezählt sind.

In der Einsicht, daß wirkliche Breitenwirkung in einem Land von der Größe der USA nur möglich ist, wenn die Medien im großen Stil „einsteigen", wird von der privaten Organisation „Atlantik-Brücke e.V." ein Jornalistenprogramm durchgeführt, wobei als Zielgruppe der Deutschen jüngere *Kommentatoren und Redakteu*re von US-Medien sind, die zu 14-Tage-Aufenthalten in die Bundesre*publik eingeladen* werden. Dazu heißt es im Jahresbericht: „Europa und die Bundesrepublik Deutschland finden in den amerikanischen Massenmedien abseits der Ostküste praktisch nicht statt, eine kontinuierliche Berichterstattung existiert nicht, Krisenfälle ausgenommen." Da vielfach von ausländischen Regierungen bezahlte Reisen von US-Journalisten von deren Chefredakteuren nicht genehmigt würden, habe man für solche Fälle jetzt einen privaten Einlader.

Eine „ansehnlich steigende Tendenz" weise der Schüleraustausch auf. 1982 seien Schulklassen mit insgesamt 3 300 Schülern ausgetauscht worden, 1983 schon 4 500, fast 40 Prozent mehr.entspreche. Die Zahl der beteiligten amerikanischen Schulen erhöhte sich im Berichtszeitraum von *150 auf 250. Doch warten noch 200* deutsche Schulen auf eine US-Partnerschule. Dafür gibt es jetzt eine *neue Werbekampagne.*

Was die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere auch ihre Familien betrifft, so hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände eine Erklärung veröffentlicht, die Städten, Gemeinden und Landkreisen konkrete Anregungen gibt, wie den US-Familien das Einleben und der Alltag erleichtert werden können. Dazu gehören auch spezielle Sprachkurse an Volkshochschulen. Die vom US-Verteidigungsministerium in Deutschland unterhaltenen Schulen haben die Zahl der Deutschlehrer von bisher 80 auf 270 erhöht. Das Programm „Meet the Americans" der American Host Foundation, mit dem 1983 Drei-Wochen-Aufenthalte in amerikanischen Familien angeboten wurden, fand auf deutscher Seite begeisterte Aufnahme.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Menschenrechte

„Viel über 1789 und wenig über den 17. Juni 1953"; WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bericht gibt Äußerungen des früheren Bundestagsvizepräsidenten und Vorstandsmitgliedes der Deutschen Sektion der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung, Dr. Richard Jäger, bei einer Veranstaltung der Deutschen Sektion in Bonn, unzutreffend wieder.

Zunächst einmal war Dr. Jäger nicht als Referent bei der Veranstaltung anwesend (diesen Eindruck vermittelte der Bericht); er hörte sich vielmehr den Vortrag des Menschenrechtskämpfers Rainer Bäurich an. Danach stellte er in der Diskussion die Frage an Bäurich, ob in den DDR-Haftanstalten gefoltert werde, nachdem es in Genf heiße, die DDR sei auf diesem Gebiet eine positive Ausnahme im Ostblock.

Er erhielt von Bäurich die Antwort, es gebe keine Folter durch direkte körperliche Einwirkung wie Schlagen und dergleichen; dagegen gebe es vielfältige andere Formen der Folter wie Schlafentzug, Dunkelhaft, Isolierungshaft, Zusammensperren mit Schwerst-Kriminellen oder mit geistig schwer Erkrankten.

Dr. Jäger verließ die Diskussion mit Rainer Bäurich vorzeitig, um noch einen anderen Termin wahrnehmen zu können. Bei den Veranstaltern ist nicht der Eindruck entstanden, daß er sich irgendwelchen Fragen entziehen wollte.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Jäger, MdB, CDU,
Vorsitzender der Deutschen Sektion der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Steigerungsrate

„Leserbrief: Steuerpoker"; WELT vom 16. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen meinen Dank für die Veröffentlichung des obigen Leserbriefes übermitteln.

Leider ist ein entscheidender Satz sinnentstellend wiedergegeben worden. Richtig muß er lauten: „Der öffentliche Dienst verbrauchte 1970 an Personal- und Sachausgaben 93 Milliarden DM. 1982 waren es bereits 263 Milliarden DM; eine Steigerung um 282 Prozent.

Mit freundlichen Grüßen
H. Behrendt,
Bendestorf

Wort des Tages

„Ein Mensch ohne Geschichte ist ein Mensch ohne Gedächtnis; weder kennt er seine Herkunft, noch vermag er seine Zukunft zu antizipieren."

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1788 – 1860)

Unverständlich

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Ihnen gratulieren, daß es Ihnen möglich war, am Freitag dem 13. die WELT als Notausgabe herauszubringen.

Als Bürokaufmann, langjährige Praxis in Personalwesen und Lohn-/Gehaltsabrechnung und seit über zwei Jahren arbeitslos, ist mir die Haltung der Gewerkschafter unverständlich.

Mir ist – nicht nur aus eigener Lage – bekannt, daß mindestens zwei Millionen Erwerbsfähige froh wären, wenn sie 40 Wochenstunden arbeiten dürften.

Außerdem fällt auf, daß bei jeder Tarifauseinandersetzung immer sofort; oft sogar zuerst, der Axel Springer Verlag betroffen ist. Soweit ich richtig informiert bin, zahlt der Axel Springer Verlag seinen Beschäftigten gute Löhne und Gehälter sowie überdurchschnittliche Sozialleistungen.

Es liegt da doch wohl der Verdacht nahe, daß das Haus Springer eher aus politischen Gründen stets zuerst bestreikt wird.

Mit freundlichen Grüßen
E. Koll,
Köln 51

Personalien

ERNENNUNGEN

Neue Generalkonsuln nehmen in der Bundesrepublik ihre Arbeit auf. Japanischer Generalkonsul in Frankfurt wird **Tadakiyo Nomura**. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Hessen. Als Generalkonsul für Österreich geht Dr. **Wolfgang Seifert** nach Hamburg. Zu seinem Konsularbezirk gehören die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Republik Irland erhält in Hamburg ein Honorargeneralkonsulat. Als Honorargeneralkonsul erhielt Dr. **Frank Maria Fisser** von der Bundesregierung das Exequatur erteilt. Konsularbezirk sind die Länder Hamburg und Niedersachsen.

*

Bruder **Thomas Bischop**, Erzieher am Bischöflichen Gymnasium Collegium Augustinianum „Gaesdonck" in Goch, Niederrhein, wurde für sechs Jahre zum Leiter der Brüdergemeinschafft der Canisianer gewählt. Er ist Nachfolger von Bruder **Paul Dückers**. Die 60 Brüder des vor 130 Jahren im Marienwallfahrtsort Kevelaer gegründeten Ordens sind in den Bistümern Münster, Köln, Hildesheim und Tula, Mexiko, in sozialen und pastoralen Berufen tätig.

EHRUNGEN

Annemarie Griesinger bisher Ministerin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte Baden-Württembergs in Bonn, wurde mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Schulterband und Stern ausgezeichnet. Den Orden überreichte vor seinem Abflug nach Japan Ministerpräsident **Lothar Späth** in Annemarie Griesingers Heimat in Markgröningen. Die CDU-Politikerin kam 1964 in den Bundestag. 1969 nahm sie nach einer harten Wahlschlacht der SPD den Wahlkreis Ludwigsburg ab. 1972 wurde sie erste Frau in einer südwestdeutschen Landesregierung, wo sie als Minister das Ressort Arbeit und Gesundheit übernahm. 1980 kam sie als Bevollmächtigte nach Bonn. Ihr politisches Amt als Bevollmächtigte gibt sie jetzt auf.

*

Liselotte Funcke, Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, wurde von der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftlichen Fakultät der türkischen Universität Bursa in Anatolien mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Die Universität würdigt das Wirken von Frau Funcke um die Integration türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

*

Karl Kunrath, Präsident des Europaverbandes der Selbständigen und Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Saarlands Wirtschaftsminister Dr. **Horst Rehberger** würdigte bei der Überreichung der Auszeichnung den Einsatz Kunraths für den Mittelstand und die zahlreichen Impulse, die der Mittelständler für die Selbständigenpolitik in der Bundesrepublik gegeben hat. Seit 20 Jahren gibt Karl Kunrath auch die Zeitschrift für Selbständige, den „Gewerbe-Report", heraus.

ABSCHIED

Otto Greve, Präsident des Koblenzer Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, wurde gestern aus seinem Amt verabschiedet. Der Jurist Greve hatte achteinhalb Jahre lang als Präsident die Koblenzer Behörde geleitet, die rund 18 500 Bedienstete hat. Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung ist zuständig für den Bedarf der Streitkräfte in der Bundeswehr, angefangen von der Ausrüstung der Soldaten bis zu sämtlichen Waffen und Munitonsarten. Es besitzt Außendienststellen unter anderem in Kiel, Wilhelmshaven, Munster, Trier, Manching und München. Außerdem gibt es Dienststellen in Washington, Paris, London und Rom. Über einen Nachfolger von Otto Greve wurde im Bundesverteidigungsministerium in Bonn noch nicht entschieden.

Auf leisen Sohlen: Der Satiriker Hans Scheibner

Klabund ist ihm heilig

Er hat mal über einen gewissen „Hannes Wacker" geschrieben, der zornig die Gitarre schlägt und den Arbeitern an der Drehbank gute Ratschläge erteilt: „Nach dem Gesang fährt Hans nach Haus und ruht sich in seiner Mühle aus, die er mit den Arbeiterliedern ersungen und zusammengespart hat, und morgen singt er weiter vom Elend der Arbeiter." Der Hamburger Satiriker Hans Scheibner hatte damit den vom „Neuen Deutschland" gefeierten friesischen Barden Hannes Wader gemeint, und derlei Schmähungen sind in der deutschen Kleinkunst- und Song-Szene allemal nicht einerlei. Denn beim unheiligen Venske: Wo kämen wir denn hin, wenn Gebrauchssatiriker auch noch Satiren über Kollegen anfertigten – ja, wohin?

Hans Scheibner kommt auf ganz leisen poetischen Sohlen, was nichts mit Leisetreterei zu tun hat, sondern zwangsläufige Folge schreiberischer Knochenarbeit ist. „Es geht nicht um die tagespolitischen Dinge. Ich will auch der Sprache etwas abgewinnen. Es soll nicht so sehr Wegwerfware sein." Vielleicht dies dazu als Fußnote: Vor einiger Zeit fand sich im Hamburger Telefonbuch die Eintragung „Hans Scheibner, Textfabrik". Modische Koketterie mit der Maloche? „Eher ein bißchen angelehnt an Kästner."

Geschichten aus der Heimat – ARD, 21.30 Uhr

Was als Stichwort für den Satiriker Hans Scheibner zu gelten hat: Klabund ist ihm heilig und „Heine immer noch das größte Vorbild". So gibt er denn auch Abende, wo eigener Text rar ist – den großen Vorbildern zuliebe. Aber so etwas ist Kabarettisten-Maloche, wie auch die Auftritte mit eigenen Erzeugnissen. „Vier Wochen Tournee, jeden Tag ein anderes Hotel. Und nebenher soll dir auch noch etwas für ein neues Programm einfallen, nebenher sollst du ja auch noch kreativ sein. Aber stattdessen gehst du nach der Vorstellung lieber ein Bier trinken. Und am anderen Tag geht alles wieder von vorne los."

Was nichts daran ändert: Der Mann ist ein Arbeitstier. Heute gibt's in der ARD das Fernsehspiel „Die fröhlichen Witwen" von ihm. Das Thema? „Der Pastor hat mir erzählt, daß zu seinen Beerdigungen immer dieselben Stammgäste kommen. Rentnerinnen zum Beispiel, die sich kein Begräbnis entgehen lassen." Ja, wenn man so etwas dem Scheibner auch noch brühwarm erzählt ...

Man muß ihm freilich mitunter gar nichts erzählen, weil die Gegebenheiten schon Text und Szenerie ergeben. Da gab es zum Beispiel mal in seiner ARD-Kabarettsendung „scheibnerweise" die Geschichte eines Paares, das den Jubiläumstag seines Zusammenlebens mit befreundeten Paaren feiern wollte. Am Ende feierte das Paar allein, weil es mit jeder Einladung ins Fettnäpfchen trat: Die einen hatten ständig Knies, die anderen lebten längst nicht mehr zusammen, andere wieder mochten nicht andere treffen, weil andere darüber reden könnten etc. War das noch Satire, oder war das nicht eher eine fatalrealistische Bestandsaufnahme, die schon alle Elemente einer guten Satire in sich barg? „Also ehrlich ..." Er lacht.

Hanns-Dieter Hüsch hat mal erzählt, er habe am Niederrhein in den Wohnküchen gehockt und nichts anderes getan als zugehört: Kabarettistenschule. „Ja, Hüsch", sagt Scheibner. Da schwingt Bewunderung mit, wohl sogar Ehrfurcht,



Der Hamburger Satiriker Hans Scheibner FOTO: FELICITAS TIMPE

Freundschaft allemal – Kauz zu Kauz, mit den Worten spielen, anspielen, zuspielen. Einen ganzen Abend lang – aus dem Bauch heraus und mit dem Gehirn. Die Tagespolitik muß dabei auf der Strecke bleiben. Für den Bauch ist sie allemal ungesund ...

Scheibner, scheibnerweise: Gelernter Verlagskaufmann, als Journalist volontiert, „durch alle Gerichtssäle geschrieben", um dann festzustellen: „Ich wollte doch gern mal ein Gedicht schreiben." Inzwischen lebt er davon, und dem Journalismus ist der mittlerweile 47jährige auch nicht ganz abhandengekommen. Er produziert auch weiterhin fürs „Hamburger Abendblatt". Auch für den „Spiegel" hat er einmal eine längere Abhandlung geschrieben: „Das anspruchsvolle Lied in Deutschland". Es war ein gar garstig Lied, was er da über die Kollegen Barden sang. Frei nach der Einschätzung seines Freundes Hans-Dieter Hüsch: „Reinhard Mey, dieser Heino fürs Dritte Programm."

KLAUS BLUME

KRITIK

Giftkapseln zum Wohle der Karriere

Was als historisches Kriminalspiel, als Dokumentation zeitgeschichtlicher Vorgänge anhub, geriet von Einstellung zu Einstellung in den Sog psychologischer, genauer und schlichter gesagt: menschlicher Qualitäten. Der Oberleutnant Dorfrichter, der bei der Berufung zum k. u. k. Generalstab 1909 übergangen wurde, versuchte, sich in der Rangliste hochzuzwingen, indem er an die vor ihm plazierten Offizierskameraden Giftkapseln verschickte: **Der Leutnant und sein Richter** (ZDF).

Der Fall, historisch belegt, wird zum Skandal der Armee; der Thronfolger, ja sogar der Kaiser befassen sich mit ihm. Der untersuchende Auditor, Hauptmann Kunze, gerät im Laufe der langen Gespräche mit dem Angeklagten (im Zwiespalt zwischen dem Haß auf den beharrlich leugnenden Täter und einer fast homoerotisch anmutenden Neigung zu ihm) in ein Wirrsal der Empfindungen. Kunze sträubt sich dagegen und verklemmt sich in bösen Gegenpositionen, die wiederum andere Menschen ins Verderben reißen.

Das ist die eigentliche Story. Daß sie im alten Wien der Vorkriegszeit spielt, verliert damit das ursprüngliche Gewicht. Die Wiener Ambience ist ohnehin unterbelichtet, der Film ist zwar in Wien synchronisiert worden, aber die Mixtur aus deutschen, englischen, französischen und italienischen Darstellern taucht jede Szene in das künstliche Licht einer Kulissenstimmung, auch wenn echte Wiener Schlösser als Versatzstücke benutzt wurden.

Das Ganze wirkt eher wie ein, freilich perfekter, synthetischer Versuch. Doch wäre mir ein unvollkommener, aber lebendiger, unmittelbarer, österreichischer Film lieber gewesen. Wo, bitte sehr, war da das Österreichische Fernsehen? Es hätte die Verlegung Wiens an die Themse verhindern können.

VALENTIN POLCUCH

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Fußball-Europapokal
11.05 Wundersame Tiere Kaliforniens
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Show ohne Schuh'
Mit Bill Ramsey und Don Paulin
16.55 Kernbeißer
Das tosende Paradies
Westlich von Pellworm liegt die nur acht Hektar große Hallig Norderoog. Schon die Fahrt dorthin ist ein Abenteuer, denn Schiffe können die Hallig nicht erreichen – man muß immer noch ein Stück durchs Watt zu Fuß laufen.
17.40 Tele-Lexikon
Der Fußball
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.18 Arme Welt - Reiche Welt
*Fünfteilige Reihe zur Nord-Süd-*Problematik
Alt sein
Beobachtungen in Kenia und Deutschland
Von Hans Josef Dreckmann
21.00 Wer dreimal lügt
Quiz mit Wolfgang Spier
21.30 Geschichten aus der Heimat
Regie: Rainer Erler
Zwei ältere Damen aus Hamburg, die ihre karge Rente durch den Besuch von Beerdigungsfeiern *aufbessern*, ein ehemaliger Aufnahmeleiter der Ufa, der in einem Altenheim in Schwierigkeiten gerät, als er seine enge Freundschaft zu einem berühmten Filmstar beweisen soll, und „Schorsch Wagner", der seinen Stammtisch aufgeben muß, da er in seinen alten Tagen in eine der großen Wohnsiedlungen hat umziehen müssen, das sind die Hauptpersonen der zweiten Ausgabe von „Geschichten aus der Heimat".
22.30 Tagesthemen
23.00 Tauwetter
Film von Werner Tahl und Peter Adam
00.35 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Mütter, unsere Väter
Letzter Teil: Zerstörtes Vaterbild
Von Recha Jungmann
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Wolfgang de Benki
anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
19.00 heute
19.30 Lustige Musikanten
Ein volkstümliches Konzert
Ballett H. F. Schubert
Regie: Ferry Olsen
21.00 Aus Forschung und Technik
Der Griff ins Unbekannte
Die Welt des Traums
Mit Marcella Binz
Leitung: Joachim Bublath
Die Erforschung des Gehirns steht im Mittelpunkt dieser Sendung. Welche Methoden gibt es überhaupt dafür? Seit einiger Zeit stehen Wissenschaftlern Geräte zur Verfügung, die einen Blick auch in das menschliche Gehirn erlauben. Die Hoffnung ist, mit diesen Methoden mehr über die Abläufe im Gehirn zu erfahren. Wo zum Beispiel wird der Schlaf ausgelöst? Kann der Schlaf beeinflußt werden? Welche neuen Ergebnisse liefert die Schlafforschung? Eng mit dem Schlafen verbunden ist das Träumen. Auch hier hat das Gehirn eine wichtige Funktion. Was weiß man wissenschaftlich gesichert über das Träumen? Welche Experimente werden dazu international durchgeführt?
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Der Mai ist gekommen, die Bäume sterben aus
anschl. heute



Die beiden Witwen (Bruni Löbel, links, und Christa Siems) lassen keine Beerdigung aus (Geschichten aus der Heimat – ARD, 21.30 Uhr). FOTO: ARD

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Blutige Hände
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Regie: Budd Boetticher
21.25 Demnächst ...
21.45 Zwischen Mangel und Überfluß
22.15 Köpfe der Geschichte
Süleyman der Prächtige
23.15 Laterna Magica
Eine Kindheit um 1900
00.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.45 Ikonen in Deutschland (4)
19.15 Malanggan Totenfeiern auf Neuirland
20.00 Tagesschau
20.15 Meuterei am Schlangenfluß
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Regie: Anthony Mann
21.45 Kultur aktuell:
Architektur
22.30 Andor Foldes spielt Bela Bartok
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen
19.00 Minirock und Kronjuwelen
Englischer Spielfilm (1966)
20.30 Filmmagazin
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Sherlock Holmes (5):
Die Kralle

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Adieu, langsame Reisen
20.30 Der Sternenweg
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Baden-Baden O'53
Eine Fahrt mit dem Orient-Expreß heute
Nur für Rheinland Pfalz:
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.45 Bach + Jazz – Musikkontraste?

BAYERN
18.15 Wegweiser
18.45 Rundschau
19.00 Die Rache
Fernsehspiel von Theodor Schübel
Nach einer Erzählung von Anton Tschechow
20.00 Formel Eins
20.45 Die Zukunft ist 1400 Jahre jung
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Hafen im Nebel
Französischer Spielfilm (1938)
Regie: Marcel Carné
23.15 Rundschau



2. Liga

Nervosität in Schalke

sid, Düsseldorf

Rudi Assauer, Manager des Fußball-Zweitligaklubs Schalke 04, hatte jede Zurückhaltung abgelegt: „Die Spieler bringen sich und den Verein um Kopf und Kragen. Das war eine Bankrotterklärung, der Aufstieg ist in Gefahr." Was Assauer so in Rage brachte, war dies: Schalke 04, schon als Bundesliga-Aufsteiger fest programmiert, wird in der Endphase der Meisterschaft immer schwächer, jetzt gab es in Freiburg eine 0:1-Niederlage. Während der Karlsruher SC, 2:0-Sieger über Hessen Kassel, „zuversichtlich der Bundesliga entgegenblicken kann" (Trainer Olk), ist Schalkes Vorsprung gegenüber dem MSV Duisburg auf vier Punkte zusammengeschmolzen.

„Die Schalker haben die Hosen voll", vermutet Duisburgs Trainer Luis Zacarias. In der Tat sind die Schalker nervös geworden. Bereits acht Stunden nach der Rückkehr aus Freiburg hatte Trainer Diethelm Ferner wieder ein Training angesetzt. Manager Assauer war immer noch nicht zu beruhigen: „Das war die schlechteste Vorstellung unserer Mannschaft in diesem Jahr. Wenn sie so spielt, hat sie in der Bundesliga nichts zu suchen." Bereits am Sonntag folgt für Schalke die größte Bewährungsprobe, das Spiel im eigenen Stadion gegen den Karlsruher SC.

Am Tabellenende verspielte Lüttringhausen bei der 0:2-Niederlage gegen Fortuna Köln seine letzte Chance im Kampf gegen den Abstieg. Selbst 10:0 Punkte aus den letzten fünf Spielen könnten die Mannschaft von Trainer Siggi Held nicht mehr retten.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Freiburg – Schalke	1:0	(0:0)
Wattenscheid – Saarbrück.	1:2	(1:2)
Karlsruhe – Kassel	2:0	(2:0)
Hannover – Solingen	4:5	(1:3)
Köln – Lüttringhausen	2:0	(0:0)
Aachen – Oberhausen	0:0	:
Essen – Stuttgart	1:1	(1:0)
Duisburg – Ulm	2:0	(0:0)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Karlsruhe	33	22	6	5	79:39	50:16
2.Schalke 04	33	19	8	6	80:40	46:20
3.Duisburg	33	16	10	7	58:35	42:24
4.Aachen	33	16	9	8	46:32	41:25
5.Kassel	33	17	6	10	58:36	40:26
6.Solingen	33	15	9	9	63:50	39:27
7.Köln	33	14	9	10	64:55	37:29
8.Hertha BSC	33	13	9	11	63:50	35:31
9.Freiburg	33	10	15	8	42:46	35:31
10.Stuttgart	33	11	11	11	45:43	33:33
11.Saarbrücken	33	12	8	13	52:56	32:34
12.Ulm	33	10	10	13	54:53	30:36
13.Wattenscheid	33	11	8	14	52:61	30:36
14.Darmstadt	33	10	10	13	41:66	30:36
15.Hannover	33	9	9	15	46:63	27:39
16.Essen	33	7	12	14	42:54	26:40
17.SCC Berlin	33	8	9	16	35:58	25:41
18.Osnabrück	33	9	6	18	37:55	24:42
19.Oberhausen	33	7	9	17	40:59	23:43
20.Lüttringh.	33	5	5	23	30:76	15:51

DIE VORSCHAU

Freitag: Osnabrück – Hannover, Oberhausen – Köln. – **Samstag:** Lüttringhausen – Essen, Saarbrücken – Aachen, Stuttgart – SCC Berlin, Kassel – Wattenscheid, Hertha BSC – Darmstadt. – **Sonntag:** Ulm – Freiburg, Solingen – Duisburg, Schalke – Karlsruhe.

FUSSBALL / Mexikos Schwierigkeiten mit den Stadien für die WM 1986

Privatleute wollen nicht auf ihre festen Tribünenplätze verzichten

M. NEUBER, Mexiko-Stadt

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko stehen die beiden größten Stadien des Landes nicht zur Verfügung, weil sich die Besitzer von Dauerplätzen bisher weigern, für die Dauer der Titelkämpfe ihre Vorrechte an den Weltfußballverband (FIFA) abzutreten. Von dem möglichen Boykott sind das Azteken-Stadion in der Hauptstadt und das Jalisco-Stadion in Guadalajara, der zweitgrößten Stadt Mexikos, betroffen.

Das Azteken-Stadion (110 000 Sitzplätze) war für die Olympischen Sommerspiele 1968 gebaut worden, in ihm fand das Finale der Fußball-Weltmeisterschaft 1970 statt. Für die Mexikaner gilt das Jalisco-Stadion (altes Fassungsvermögen: 72 000 Zuschauer) als die zweitwichtigste Hochburg ihres Fußballs. Ein Ausfall beider Arenen müßte die Kalkulationen der Veranstalter für die WM '86 über den Haufen werfen.

Ursache der Schwierigkeiten ist die Tatsache, daß Privatleute den Bau dieser Stadien mitfinanziert und dafür auf 99 Jahre für alle Veranstaltungen feste Tribünen- und Logenplätze erworben haben. Aus diesen Verträgen kommen die Stadien-Gesellschaften nicht heraus, auch wenn der mexikanische Fußballverband darauf dringt, um die Auflagen der FIFA erfüllen zu können. Der Weltverband besteht nämlich auf dem alleinigen Hausrecht in WM-Stadien.

Als Mexiko bis Mitte März noch nicht die erforderlichen zwölf Austragungsorte melden konnte, gingen alarmierende Schlagzeilen durch die Weltpresse. Würde das Land passen müssen, nachdem Kolumbien aus Kostengründen auf die WM-Endrunde 1986 verzichtet hatte und Mexiko die Titelkämpfe erst im zweiten Zuschlag erhielt? Davon könne überhaupt keine Rede sein, so wurde beim mexikanischen Fußballverband der WELT versichert.

Zur Zeit ist der FIFA-Vizepräsident und Chef des Organisationskomitees, Hermann Neuberger, auf Inspektionstour durch Mexiko. Ihm sollen die benötigten zwölf Stadien genannt werden. Ohne das Azteken- und das Jalisco-Stadion, räumt Mexikos Verbandspräsident Rafael de Castillo ein, müsse man sich freilich mit weniger grandiosen Arenen begnügen. Die FIFA gewährte dem Land eine Verlängerung der Meldefrist bis heute. Der wichtigste Grund für die Reise von Hermann Neuberger.

Bisher stehen sechs Stadien in Provinzstädten auf der Liste, die zu einer Kapazität von 50 000 Besuchern ausgebaut werden. Für das Endspiel könnte ersatzweise das noch im Bau befindliche Stadion in Querétaro, zwei Fahrtstunden außerhalb von Mexiko-Stadt, vorgesehen werden. Sonst gibt es im Bundesdistrikt noch die 78 000 Zuschauer fassende Sportarena der Autonomen Nationaluniversität von Mexiko.

Wesentliche Verbesserungen werden in den alten Stadien bei den Mannschaftskabinen (neu: separate Räume für die Doping-Kontrolle), bei den Pressezentren und den Ehrenlogen vorgenommen, wie der Pressechef des mexikanischen Fußballverbandes erklärt. Statt 16 Endrunden-Teilnehmern (wie 1970) wird auch Mexiko wie schon Spanien (1980) 24 Nationen beherbergen. Bis zum Anpfiff 1986 soll ein zweiter Nachrichten-Satellit für störungsfreie Fernseh-Übertragungen aus Mexiko gestartet werden.

„Pique" mit Ball und Sombrero

Mexiko hat gestern sein Maskottchen für die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 vorgestellt: ein kleines Männchen mit hochgezogenem Schnurrbart, das sich auf einen Ball stützt und einen Sombrero aus einer Pfefferschote trägt. Es heißt „Pique". Das Wort kann übersetzt auch „stechen", „brennen" oder „beißen" bedeuten. Mexikanische Fußballfans sagen zum Beispiel „welch ein ‚Pique'", wenn sie den erfolgreichen Sturmlauf eines Spielers auf das Tor des Gegners bewundern. Der Entwurf wurde in einem Wettbewerb, bei dem 6825 Vorschläge eingesandt worden waren, mit umgerechnet 15 000 Mark prämiert.

HANDBALL / Pokalschreck LTV Wuppertal

Torwart gibt während des Spiels Autogramme

KLAUS GÖNTZSCHE, Wuppertal

Einziger drittklassiger Verein in der dritten Hauptrunde des Hallenhandball-Vereinspokals ist der LTV Wuppertal, Tabellendritter der Regionalliga West. Nach Siegen über Bayer Leverkusen (2. Liga) und den Bundesliga-Verein TV Hüttenberg (22:16) in der größten Wuppertaler Sporthalle in Heckinghausen (nur 1000 Plätze) spielt der LTV jetzt gegen die Reinikkendorfer Füchse aus Berlin. Wieder ein Gegner aus der Bundesliga.

Das „L" im Vereinsnamen steht für Langerfeld. Das ist der östlichste Stadtteil der bergischen Metropole. In diesem Vorort erkannten weitsichtige Männer schon vor Jahren als erste in Wuppertal, daß die Zeit des Feldhandballs endgültig vorbei ist. Allerdings: Trotz vieler Versuche ist der Aufstieg in die zweite Bundesliga noch nicht gelungen.

Im Spiel gegen Hüttenberg verblüfften vor allem drei Spieler aus der Regionalligatruppe: Torhüter Manfred „Atze" Steude (31), Ulrich „Ole" Hölzel, der elf Tore erzielte, und Kreisläufer Conny Gierens, ein Mann, der bei Bayer Leverkusen schon Bundesliga-Erfahrung sammelte.

Torwart Steude hat sich in den letzten Jahren in der kleinen Heckinghauser Sporthalle (mit dem für viele Gegner ungewohnten Parkettboden) zu einer Art Kultfigur entwickelt. Weil er beim wichtigsten Sponsor, Jochen Eisenberg, Schwiegersohn des kürzlich verstorbenen ehemaligen WSV-Präsidenten Rolf Schnakenberg, angestellt ist, sieht man ihn vor großen Spielen auch die Plakate für die Bandenwerbung an der Hallenwand anbringen. Steude ist vielseitig. Als Boxer brachte er es beim ASV Wuppertal immerhin zur Junioren-Niederrhein-Meisterschaft. Seine hervorstechenden äußeren Merkmale: Plattfüße, Schuhgröße 47 und ein oft provozierendes Phlegma. Er hat – kein Scherz – während eines Spiels auch schon Autogramme geschrieben. Wenn er wieder einmal einen scharfen Wurf gehalten hat, verschränkt er lässig die Arme und grinst zufrieden die Zuschauer an. Besonders in dem Tor, daß unter der seitlichen, kleinen Zuschauertribüne steht, hat er seine größten Momente. Dort sitzen seine Fans, die blonde Edelgard vorneweg.

Im letzten Meisterschaftsspiel vor einigen Wochen gegen Hamborn 07 führte er einem Siebenmeterschützen des Gegners sogar einen Steptanz vor. Der Schütze war total verwirrt und verschoß – Steude grinste. Seine Trainer haben allerdings auch längst bemerkt, daß er bei Spielen, die am Sonntagvormittag stattfinden, nicht immer in bester Verfassung antritt. Dann war am Abend zuvor eins von den letzten Bierchen vielleicht schlecht...

Linkshänder Hölzel, 1,95 m groß, stammt aus dem Sportverein des Carl-Duisberg-Gymnasiums in Wuppertal-Barmen. Dieser Schulverein ist eine ewig sprudelnde Talentquelle. Hölzels früherer Mannschaftskamerad Frank Gersch ist inzwischen Junioren-Nationalspieler und spielt seit Beginn der letzten Saison mit immer größerem Erfolg beim Meisterschafts-Anwärter TuSEM Essen.

Kreisläufer Gierens schließlich beherrscht wohl alle Tricks, die man zur Abwehr eines lästigen gegnerischen Stürmers anwenden kann – aber nicht immer darf.

Trainer des Pokalschrecks aus Wuppertal ist seit einigen Monaten der Jugoslawe Toni Turkaly. Er führte einst die SG Dietzenbach in die Bundesliga. Hauptberuflich ist er Hausmeister an einer Solinger Schule.

In einer Wuppertaler Anwaltskanzlei war der Chef in den letzten Tagen nicht nur mit juristischen Problemen beschäftigt: Rechtsanwalt Theodor Sturm ist Vorsitzender des LTV-Förderkreises, aber auch Redakteur der zu jedem Heimspiel erscheinenden Handball-Nachrichten „LTV-Aktuell".

Ein kleiner Verein, der jetzt den Großen das Fürchten lehrt.

NACHRICHTEN

Strafe für Matthäus

Mönchengladbach (sid) – Fußball-Nationalspieler Lothar Matthäus muß mit einer Geldstrafe durch seinen Verein Borussia Mönchengladbach rechnen. Matthäus flog ohne Genehmigung des Klubs zur Unterzeichnung eines Drei-Jahres-Vertrags zum FC Bayern München. Reisen über 200 Kilometer müssen jedoch von Trainer Jupp Heynckes genehmigt werden. Die Ablösesumme für Matthäus ist weiter strittig: Gladbach fordert 2,5 Millionen, München will nur 2,2 Millionen Mark zahlen.

Weller boxt wieder

Berlin (sid) – Box-Europameister René Weller steigt morgen in Berlin zum vierten Mal innerhalb von 49 Tagen in den Ring. Der Leichtgewichtsmeister, der seinen Titel nicht aufs Spiel setzt, boxt gegen den Österreicher Jürgen Himmler. Erst am 26. Mai verteidigt Weller seinen Titel in Düsseldorf gegen den Franzosen Daniel Londas.

Tormo verunglückt

Madrid (dpa) – Ricardo Tormo, spanischer Motorrad-Weltmeister in der 50-ccm-Klasse, ist schwer verunglückt und schwebt nach Angaben der Ärzte noch in Lebensgefahr. Tormo war auf einem für den Verkehr gesperrten Industriegelände in Martorellas bei Barcelona gegen einen aus unerklärlichen Gründen auf der Strecke befindlichen Privatwagen geprallt. Er erlitt mehrere Brüche, Prellungen und einen Schock.

Handball: Neuer Plan

Dortmund (sid) – Die Einführung einer eingleisigen Handball-Bundesliga der Frauen mit zehn Vereinen ist ab der Saison 1985/86 geplant. Diesen Antrag hat das Präsidium des Deutschen Handball-Bundes (DHB) für den Bundestag am 12. Mai in Mainz eingebracht.

Tor von Hellström

Kaiserslautern (sid) – 34 000 Zuschauer sahen das Abschiedsspiel für Torwart Ronnie Hellström zwischen dem 1. FC Kaiserslautern und einer internationalen Auswahl (7:4). Der 35 Jahre alte Hellström, der 77 Länderspiele für Schweden bestritt und seit zehn Jahren in Kaiserslautern spielt, erzielte einen Treffer mit einem Elfmeter.

STAND●PUNKT / *Der HSV und der Belgier, der einen Sieg gekauft hat*

Es gibt oft sehr gute Gründe dafür, Entscheidungen mißtrauisch zu betrachten, die der Deutsche Fußball-Bund trifft. Jetzt aber erregt sich einer über etwas, das noch gar nicht entschieden ist. Und käme es zu einem Spruch in dieser Sache, so wäre er durchaus ehrenwert. Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, ist jedenfalls schon einmal vorab wütend: „Es ist nicht gerechtfertigt, daß sich hier übergeordnete Stellen einschalten."

Um was geht es? Der deutsche Meister, wer wollte das nicht, will seine Mannschaft verstärken. Und da kommt es ihm gerade recht, daß der Belgier Gerard Plessers so gerne wieder mit Trainer Ernst Happel zusammenarbeiten möchte, daß er zur Zeit zu haben und sogar preiswert ist (etwa 800 000 Mark Ablöse). Das klingt alles blauäugig lieb, hat aber einen Hintergrund, über den diskutiert werden muß. Plessers gehört zu der Mannschaft von Standard Lüttich, die sich in der Saison 1981/82 einen 3:1-Sieg über Waterschei und damit die belgische Meisterschaft erkauft hat. Dafür ist er für ein Jahr gesperrt worden. Deshalb ist er jetzt frei für Mannschaften wie den HSV, dessen Präsident zornig auf „übergeordnete Stellen" ist.

Der Deutsche Fußball-Bund, eine dieser Stellen, überlegt, ob er den geplanten Transfer verbieten soll. Der internationale Verband, die andere, noch übergeordnetere Stelle, will die Sperren, die die Belgier in diesem Falle für 22 Spieler ausgesprochen haben, weltweit ausdehnen. Eine Entscheidung soll am 19. Mai in Zürich fallen.

Fast scheint es, als sei Kleins heftige Vorab-Reaktion nichts weiter als die verbale Umsetzung seines schlechten Gewissens. Ein Bestecher in der Mannschaft der ehrenwerten Hansestadt? Wie gut muß der eigentlich spielen können, damit alle Augen zugedrückt werden können? Es ist bestimmt richtig, daß sich Verbände nicht immer und überall einzumischen haben. Aber was sollen sie denn tun, wenn ihre Vereine ganz andere übergeordnete Institutionen nicht achten? Die der Fairneß zum Beispiel, die des Anstandes und der guten Sitten.

Gerade die Bundesliga, die ihren großen Bestechungsskandal um Schalke 04 und Arminia Bielefeld schon hinter sich hat, sollte empfindlicher auf das reagieren, was in Belgien jetzt enthüllt und verurteilt wurde. Vielleicht so wie der AC Mailand, der Erik Gerrets nach nur einem Jahr aus seinem Drei-Jahres-Vertrag entließ, als bekannt wurde, daß er der Lütticher Geldbriefträger war.

Der Profisport kämpft allgemein um sein Ansehen, nicht nur der Fußball, nicht nur in Deutschland. Er kann nur überleben, wenn alles an ihm ehrlich ist. In diesem Sinne sollte auch der Hamburger SV die belgische Sperre für einen Mann respektieren, der nicht nur gegen die Gesetze des Sports verstoßen hat. Traurig genug, daß hier Verbände darüber nachdenken müssen, wie sie Vereine dazu zwingen können, sportlichen Anstand zu wahren.

FRANK QUEDNAU

ZAHLEN

TENNIS

WCT-Weltmeisterschaft in Dallas, Qualifikation zum Viertelfinale: Mayotte (USA) – Smid (CSSR) 6:2, 4:6, 7:6, 6:3, Teltscher (USA) – Sundström (Schweden) 6:2, 6:1, 4:6, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 858 219,60 Mark, 2: 126 696,70, 3: 1823,30, 4: 124,40, 5: 8,80. – **Toto**, Elferwette: 1: 58,70, 2: 6,50, 3: entfällt. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 1 031 123,15, 2: 172 945,90, 3: 6195,60, 4: 84,80, 5: 7,20. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 110,60, 2: 26,70. – Rennen B: 1: 612,50, 2: 75,30. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 18 376 Mark. (ohne Gewähr)

IG Metall: Urabstimmungen zunächst in zwei Gebieten

■ Fortsetzung von Seite 1

führer Manfred Beltz-Rübelmann erklärte in einem Fernschreiben an die IG Druck und Papier: „Nach wie vor sind wir verhandlungsbereit, und zwar ausnahmslos über alle anstehenden Tarifmaterien." Der Verhandlungsführer fasste noch einmal das Gesamtangebot zusammen:

– Lohn- und Gehaltserhöhung um drei Prozent,

– verbesserte Lohnstruktur mit Höhergruppierung zahlreicher Tätigkeiten und voller Einkommensgarantie für alle Beschäftigten der Druckindustrie,

– Verbesserungen des Rationalisierungsschutzabkommens mit Verlängerung der Kündigungsfristen und Anhebung von Abfindungen,

– 20 Prozent mehr Ausbildungsplätze in der Druckindustrie.

Der in diesem Jahr zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum werde mit diesem Angebot weit überschritten. „Mit Sicherheit können durch Streiks keine weiteren Erhöhungen erzwungen werden."

Der Bundesverband wies die „Vorbedingung" der Gewerkschaft nach genereller Einführung der 35-Stunden-Woche und zusätzlich drastisch erweiterter Mitbestimmung zurück, wiederholte aber den Vorschlag, über „betrieblich kostenneutrale" Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen.

„DDR"-Besucher der Ständigen Vertretung Bonns verurteilt

hey, Bonn

Die Bundesregierung hat offiziell bestätigt, daß „DDR"-Bewohner im Zusammenhang mit Besuchen der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin zu Haftstrafen verurteilt worden sind. Regierungssprecher Peter Boenisch betonte, die Bundesregierung nehme diese Vorgänge „mit Betroffenheit zur Kenntnis" und „sehr ernst". Sie sei deshalb bereits auf dem „offiziellen Weg und in offizieller Form" bei den zuständigen Ost-Berliner Stellen vorstellig geworden. Allerdings stehe eine Antwort noch aus.

Boenisch meinte, daß es sich offensichtlich nicht um einen „Einzelfall" gehandelt habe. Konkrete Angaben über die Zahl von Verhaftungen und Verurteilungen von „DDR"-Bewohnern nach deren Aufenthalt in der Ständigen Vertretung Bonns machte er nicht. Man müsse „zumindest" davon ausgehen, daß mit derartigen Schritten die „DDR"-Führung die Absicht verfolge, eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Die jetzt bekanntgewordenen Verurteilungen stellen nach seinen Worten eine „Belastung und Beeinträchtigung" der Beziehungen zu Ost-Berlin dar. Sie seien auch ein Verstoß gegen die KSZE-Vereinbarungen und die internationalen Gepflogenheiten, nach denen zu Botschaften und Vertretungen ein freier Zugang möglich sein soll.

Will Ost-Berlin den Austausch von Jugendlichen stoppen?

„Neues Deutschland" wirft Bonn Observierung der „DDR"-Reisegruppen und Schikanen vor

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ost-Berlin versucht offenbar nicht nur, die Ausreisewelle einzudämmen, sondern auch den eben erst in Gang gekommenen Jugendaustausch zwischen Ost und West zu stoppen. Klaus Eichler, Chef des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist" und enger Freund des vermutlichen Honecker-Nachfolgers Egon Krenz, warf Bonn vor, „DDR"-Jugendgruppen zu „observieren" und kündigte an, das Ost-West-Reiseprogramm einzuschränken. 1983 waren 6000 westdeutsche und rund 1200 mitteldeutsche Jugendliche – fast ausschließlich FDJler – im Rahmen dieses 1982 vereinbarten Programms unterwegs.

Der Ostberliner Schritt läuft Erich Honeckers Ankündigung zuwider, nach den beiderseitigen Stationierungsschritten „den Schaden begrenzen", zu wollen; er droht den Jugendreiseverkehr zum Erliegen zu bringen. Er war im September 1982 durch eine Vereinbarung zwischen dem Bundesjugendring und dem damals noch als FDJ-Chef fungierenden heutigen Politbüro-Sekretär Egon Krenz ermöglicht worden. Seither waren bis Ende 1983 rund 840 Jugendgruppen mit 22 000 Teilnehmern nach drüben gereist, während sich 37 „DDR"-Gruppen mit etwa 1220 Teilnehmern ein eigenes Bild vom Leben des Klassenfeindes machen konnten.

Programm gefährdet

Jetzt sieht Eichler dieses hoffnungsvolle Programm plötzlich gefährdet: „Neues Deutschland" plazierte die Begründung des Reisebürochefs für Abstriche am Westreise-Programm durch angebliche Aktivitäten von „BRD-Geheimdiensten" auf der Titelseite. Eichler stößt sich dabei an einer Feststellung im jüngsten Verfassungsschutzbericht. Darin heißt es im Kapitel „‚Westarbeit' anderer DDR-Institutionen":

„Die FDJ setzte ihre Bemühungen, auch den innerdeutschen Jugendaustausch für ihre politische Agitation auszunutzen, fort. ‚Touristengruppen' aus der DDR, die in das Bundesgebiet reisten, wurden von besonders geschulten FDJ-Funktionären angeführt; bei den Teilnehmern handelte es sich nahezu ausnahmslos um FDJ-Mitglieder." Die Formulierung „subversive Aktivitäten", die Eichler in diesem Zusammenhang dem Bericht unterstellt, ist nicht zu entdekken.

Bei dem noch von der früheren Bundesregierung angeregten, vom Bundesjugendring eingefädelten und von der neuen Bonner Koalition 1984 mit knapp 10 Millionen Mark besonders forcierten Jugendprogramm handelt es sich nicht um Zielgruppen-Begegnungen. Die neue Bundesregierung legte bisher keinen Wert auf dieses quasi „nichtstaatliche" Programm und sah in ihm günstige Ansätze, um das Thema „Reiseerleichterungen" auch für ältere „DDR"-Bürger fördern zu können. Zumal die andere Seite keinen Grund vorweisen konnte, wegen geflüchteter Jugendlicher das Programm auf „DDR"-Seite zu beschneiden: Von den 1200 eingereisten Jugendlichen blieb bisher nur ein einziger in der Bundesrepublik zurück.

Ob es politisch sinnvoll war, den mühsam ins Rollen gebrachten Jugendaustausch im Verfassungsschutzbericht unter „Westarbeit" von Ostberliner Einrichtungen einzuordnen, wäre zu fragen. Dennoch kann die zitierte Formulierung allenfalls einen willkommenen Anlaß bieten, das Programm einzuschränken. Der Bundesregierung kam es in den vergangenen Monaten stets darauf an, die Reiseangebote in die Bundesrepublik auch über den Kreis der FDJ-Mitglieder hinaus anderen „DDR"-Jugendlichen zugänglich zu machen. Möglicherweise steht die Reaktion des „Jugendtourist"-Chefs auch im Zusammenhang mit Problemen, die Reisebewerbungen politisch wenig aktiver oder „linientreuer" Jugendlicher zu berücksichtigen.

Schon zu Anfang diesen Jahres gab das FDJ-Reisebüro zu erkennen, wie sensibel die „DDR" auf angebliche Zwischenfälle in diesem deutsch-deutschen Programm reagiert: Als der Grenzschutz auf dem Hamburger Hauptbahnhof die „DDR"-Pässe von zwei der 32 Mitglieder einer Reisegruppe von drüben überprüfte und zugleich ein Telefonat mit der „DDR"-Vertretung in Bonn anbot, reagierte Ost-Berlin völlig unangemessen: „Von 'Jugendtourist' wird erwogen, angesichts dieser Schikanen, die sich immer wieder wiederholen, die Entsendung von Jugendtourist-Gruppen in die BRD einzustellen", meldete ADN schon am 19. Januar 1984. Schon beim Abschluß der begrüßenswerten Abmachung im September 1982 hatte Egon Krenz das Anerkennungs-Syndrom der Ostberliner Seite beim Namen genannt. Der Jugendtourismus setze „Rechtssicherheit" voraus, sagte er und erläuterte, selbstverständlich müsse respektiert werden, daß die Jugendlichen „Staatsbürger der DDR" seien.

Keine Observationen

Was der Verfassungsschutzbericht im übrigen beschreibt, ist weder neu noch sensationell und entspringt auch nicht „Observationen". Auch das innerdeutsche Ministerium machte bei den jungen Gästen von drüben bisher überwiegend „verdiente" und der „DDR" loyal verbundene FDJler im Alter zwischen 22 und 30 Jahren aus.

Wie weit Ost-Berlin das vereinbarte Programm jetzt erfüllt oder kürzt, kann als Testfall für den weiteren Fortgang der innerdeutschen Beziehungen betrachtet werden. Im Mai steht – als nächste Eintragung im deutsch-deutschen Kalender – die dritte Verhandlungsrunde über ein Kulturabkommen bevor.

71 Prozent der Amerikaner: Wir mögen die Deutschen

DW. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland steht bei der Bevölkerung der USA, Frankreichs und Englands relativ hoch im Kurs. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Illustrierten „Stern" ergab, daß in den Vereinigten Staaten 71 Prozent der Befragten, in Frankreich 44 Prozent und in Großbritannien 42 Prozent die Deutschen in der Bundesrepublik mögen. In Frankreich gibt es allerdings je nach Alter deutliche Unterschiede in der Einschätzung. Dort sagten beispielsweise 56 Prozent der Befragten unter 30: Ich mag die Westdeutschen; bei den über 60jährigen waren nur 26 Prozent dieser Meinung.

In den USA halten 55 Prozent die Bundesrepublik Deutschland für einen verläßlichen Partner in der NATO, in Großbritannien 50 Prozent und in Frankreich 38 Prozent.

Sehr positiv ist in den genannten drei Ländern die Einstellung zur Wiedervereinigung: 54 Prozent der Befragten in den USA, 51 Prozent in Großbritannien und 43 Prozent in Frankreich halten die Wiedervereinigung für wünschenswert, weil sie dem Frieden in der Welt diene.

Die Umfrage war im Auftrage des „Stern" vom Institut für Demoskopie in Allensbach in Zusammenarbeit mit namhaften ausländischen Umfrage-Instituten organisiert worden.

London schiebt Anführer der libyschen Studenten ab

● Fortsetzung von Seite 1

gen attackierten, daß sie zu lange mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen gezögert habe, daß ein derartiger Entschluß sehr schwerwiegend sei und von britischen Regierungen höchst selten angewandt werde. So habe Großbritannien nach dem Kriege bisher nur mit drei Nationen die Beziehungen abgebrochen, mit Albanien, Uganda und Argentinien.

Zugleich dementierte Brittan Gerüchte, daß der britischen Regierung bereits vor der Schießerei am St. James's Square Warnungen über gewaltsame Zusammenstöße vorgelegen hätten. Er kündigte jedoch an, daß seine Regierung von nun an die Aktivitäten libyscher Staatsbürger in Großbritannien sehr scharf beobachten werde. „Wir dulden es nicht, daß unser Land zum Kampfplatz befeindeter libyscher Gruppen wird."

Im übrigen legten sich die Oppositionspolitiker in dieser Diskussion spürbare Zurückhaltung auf. Sie kündigten jedoch scharfe Fragen und Attacken an, sobald die Krise um die libysche Botschaft beendet ist.

Unbestätigt bleiben Meldungen, wonach Großbritannien bis Sonntag um Mitternacht etwa 200 Libyer abschieben wolle, darunter die rund 40 Personen aus der belagerten Botschaft.

FDP über Vorschläge Würzbachs verärgert

Frauen in Bundeswehr als Thema des nächsten Dreiertreffens

S. HEYDECK/R. MONIAC, Bonn

Die Frage der künftigen personellen Stärke der Bundeswehr wird offensichtlich zu einem neuen Streitthema zwischen den Bonner Koalitonspartnern. Die FDP-Führung reagierte gestern mit „großer Verärgerung" auf Vorschläge des Parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, nach denen schon 1985 Frauen als Freiwillige in die Bundeswehr eintreten können und für sie 15 000 neue Plätze geschaffen werden sollten. Regierungssprecher Peter Boenisch versuchte, die Kontroverse um den Würzbach-Vorstoß herunterzuspielen. Diese Denkmodelle seien noch im Auftrag des früheren Verteidigungsministers Hans Apel (SPD) von der Langzeitkommission der Bundeswehr erarbeitet worden, weil 1995 den Streitkräften 104 000 Soldaten fehlen würden.

Dagegen wurde in der FDP-Spitze das „Vorpreschen" von Würzbach scharf kritisiert. Es erschwere eine sachliche Diskussion über die Lösung der anstehenden Probleme. Das Personalthema solle jetzt wegen seiner innen- und außenpolitischen Bedeutung im Mittelpunkt des nächsten Spitzentreffens der Vorsitzenden der Koalitionsparteien Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Hans-Dietrich Genscher stehen.

Dem Parlamentarischen Staatssekretär wurde vorgeworfen, er versuche den Eindruck zu erwecken, als spreche er im Namen der Bundesregierung. Dabei sei darüber bisher weder im Kabinett noch im Bundessicherheitsrat beraten worden. Dagegen meinte Boenisch, daß bereits auf einer Kabinettsklausur am 1. Februar auf der Hardthöhe über die Personalproblematik gesprochen worden sei. Außerdem sei am 31. März ein Prüfungsauftrag mit dem Ziel erteilt worden, wie die zu erwartenden personellen Lücken geschlossen werden können. Die Ergebnisse sollen laut Boenisch im Sommer vorliegen.

Insgesamt seien die Vorschläge, so der Regierungssprecher, „keine neue Osterüberraschung". Würzbach habe jedoch möglicherweise versäumt, von vornherein den „zeitlichen Zusammenhang klar zu machen". Dagegen hieß es bei der FDP, dieses Thema eigne sich wegen seiner Bedeutung nicht für eine „Osterloch-Diskussion". So hätten sich bisher auch die FDP-Verteidigungsexperten Helmut Schäfer und Uwe Ronneburger öffentlich zurückgehalten.

Nahost: Frieden „eingefroren"

AP, Kuwait

Den Zustand der ägyptisch-israelischen Beziehungen hat der ägyptische Außenminister Kamal Hassan Ali am Mittwoch als „eingefrorenen Frieden" bezeichnet. In einem Gespräch mit der kuwaitischen Zeitung „Al Kabas" sagte er, seine Regierung sei bereit, sich an jedem gemeinsamen arabischen Vorgehen wegen der israelischen Besetzung Libanons zu beteiligen. Ali bedauerte, daß die Araber zu der israelischen Politik tatenlos schwiegen. Ägypten werde seinen Botschafter erst nach einem Rückzug der israelischen Armee aus Libanon wieder nach Tel Aviv schicken. Die eine Lösung der Palästinafrage betreffende zweite Phase der Verwirklichung des Abkommens von Camp David sei nie begonnen worden.

SPD: Grenzen für Gentechnologie

DW. Bonn

Die Sozialdemokraten wollen vor einer breiten Anwendung der vielfältigen gentechnologischen Möglichkeiten klare moralische, ethische und rechtliche Grenzen gezogen wissen, damit Horrorvisionen von Menschen aus der Retorte nicht Wirklichkeit werden. Die SPD-Abgeordneten Ulrich Steger und Wolf-Michael Catenhusen verwiesen am Mittwoch in Bonn auf die Erfahrungen mit der Kernenergie, wo eine breite öffentliche Diskussion erst eingesetzt habe, als die ersten großen Reaktoren bereits gebaut wurden. Um einer ähnlichen Entwicklung vorzubeugen, habe die SPD-Fraktion die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gentechnologie" gefordert, erklärten die Politiker, um deren Chancen zu erkennen.

Sozialausschüsse: Gegenvorschlag

DW. Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse haben einen Gegenvorschlag zu den Steuerplänen von Finanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegt. Der Entwurf setzt den Schwerpunkt auf die Entlastung für Familien und geht von einem Volumen von 23,5 Milliarden Mark aus; das sind eineinhalb Milliarden weniger als von Stoltenberg vorgesehen.

Eine Reform des Steuertarifs mit einer Entlastung von mindestens zehn Milliarden Mark und zusätzliche familienpolitische Maßnahmen zum 1. Januar 1986 verlangte ebenfalls gestern die CSU. Die FDP machte erneut deutlich, daß sie zwar ebenfalls für eine familienpolitische Komponente eintrete, daß der Schwerpunkt einer Reform für sie aber bei der Tarifsenkung liegen müsse.

Früherer „DDR"-Offizier in Selbstmord getrieben?

Nach Flucht in den Westen ging Rauschenbach zurück

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Oberstleutnant der „DDR"-Grenztruppen, Klaus-Dieter Rauschenbach, soll Selbstmord begangen haben. Rauschenbach war am 2. Juni 1981 bei Tann in der Rhön in die Bundesrepublik geflohen. Zwei Tage später war er in die „DDR" zurückgekehrt.

Jetzt meldete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt, der frühere Offizier sei nach seiner Rückkehr „regelrecht zum Selbstmord getrieben" worden. Die IGFM berief sich dabei auf einen ungenannt bleiben wollenden Informanten in Ost-Berlin. Nähere Einzelheiten über die Umstände seien jedoch nicht bekannt.

Rauschenbach war nach seinem Wechsel in die Bundesrepublik Deutschland zunächst nach München gefahren worden. Dort war es auf Bitten Ost-Berlins zu einer Unterredung zwischen ihm und seiner angereisten Frau sowie einem Vertreter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn gekommen. Vorher waren der damalige Staatsminister im Bundeskanzleramt, Gunter Huonker und der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der auch bei Häftlingsfreikäufen aus der „DDR" engagiert wird, als Vermittler eingeschaltet worden.

Bei der Unterredung war Rauschenbach von der „DDR"-Seite Straffreiheit für den Fall zugesichert worden, daß er sich zur Rückkehr entschließen würde. Dazu hatte er sich dann nach einer Bedenkzeit innerhalb von rund 24 Stunden entschlossen. „DDR"-Soldaten kann bei einer Flucht die Todesstrafe drohen.

Um das korrekte Einhalten der damals getroffenen Vereinbarungen unter Beweis zu stellen, genehmigte Ost-Berlin geraume Zeit nach der Rückkehr des Offiziers einem Fernsehteam aus der Bundesrepublik Deutschland ein Interview. Dabei wurde bekannt, daß er als Regimentskommandeur aus der Nationalen Volksarmee entlassen worden war und in einer kleinen Kommunalverwaltung beschäftigt worden war.

Der spektakuläre Vorgang führte dazu, daß auf Drängen der damaligen CDU/CSU-Opposition am 9. Oktober 1981 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde. Er sollte die Umstände aufhellen, die Rauschenbach zu seiner Rückkehr bewegt hatten und nach möglichen Pannen und Versäumnissen bundesdeutscher Stellen suchen.

Dollingers Entschluß

Mk. – Daß die Entscheidung von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger, die Abteilung Seeverkehr seines Hauses von Hamburg weg nach Bonn zu verlagern, in der Hansestadt und auch an der Küste nicht auf Begeisterung, sondern auf Kritik gestoßen ist, kann nicht überraschen. Wer verzichtet in einer ohnehin prekären Situation ohne zu klagen schon gern auf nahezu 100 Staatsbediensteten?

Bei allem, was jetzt auch von den unmittelbar Betroffenen gegen den Ortswechsel vorgebracht wird, muß auch berücksichtigt werden, daß er in der Luft lag. Seit Jahren wurde darüber diskutiert, aber nicht endgültig entschieden. Dollinger war jetzt gegenüber seinen Vorgängern in einer anderen Situation: Wer ein neues Haus bauen läßt, muß festlegen, wer einziehen soll. Daß ein Minister *am liebsten alle Abteilungen* unter einem Dach haben möchte, ist verständlich und muß noch nicht einmal mit Effizienz und einem besseren Ablauf im Ministerium begründet werden.

Bei Reedern ist Dollinger auf Verständnis, teilweise sogar auf Wohlwollen gestoßen. Auch dies liegt auf der Hand. Die Seeschiffahrt gerät immer mehr ins Fahrwasser der Politik – von Subventionen bis hin zu internationalen Vereinbarungen über die Ladungsaufteilung. Entschieden wird darüber aber in Bonn. Eine bessere Präsenz vor Ort dürfte sich auf Dauer für alle Beteiligten auszahlen, auch wenn mancher Verbandsvertreter nun häufiger von Hamburg nach Bonn reisen muß.

Preisvergleiche

Py. – Zwei gegensätzliche Urteile über die Rechtmäßigkeit meist für zehn Jahre abgeschlossener Unfall-, Hausrat-, Privathaftpflicht und Rechtsschutzversicherungen werden demnächst das Bundesverfassungsgericht beschäftigen. In beiden Fällen hatten Versicherte nach längerer Vertragslaufzeit festgestellt, daß es den gleichen Versicherungsschutz bei einer anderen Gesellschaft billiger gibt und wollten kündigen. Die Versicherer dagegen bestanden auf Vertragserfüllung, denn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen – danach sind Verträge von mehr als zweijähriger Dauer unwirksam – nehmen Versicherungsverträge aus. Es ist sicher ärgerlich, wenn man für die gleiche Ware unterschiedliche Preise bezahlt, das gibt es im Handel auch. Das Problem läßt sich durch Preisvergleiche vor Vertragsabschluß lösen, zumal Versicherungsprämien keinen großen Schwankungen unterliegen. Doch preiswerte, weil meist außendienstlose Versicherer, können ihm Schadenfall Nachteile haben. Einjährige Verträge sind teurer. Hier verteilen sich die Kosten auf mehrere Jahre. Langläufer bieten zudem Sicherheit bei Bedingungsänderungen.

AGRARPOLITIK / „Programm zur Durchführung der EG-Marktpolitik"

Die Bonner Pläne stoßen auf heftige Kritik bei Verbraucherverbänden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Das „Programm zur Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirtschaft und zur Durchführung der EG-Marktpolitik", das Montag vom Bundeskabinett abgesegnet werden soll, ist bei den Verbrauchern auf heftige Kritik gestoßen. Bemängelt werden vor allem die „neuen Milliarden-Belastungen für die Steuerzahler". Für den Bauernverband ist das Programm ein „erster Lichtblick" für die Landwirte.

Die Agrarpolitik werde für die deutschen Steuerzahler in den nächsten Jahren erheblich teurer, schreibt jetzt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV). Zu den 15 Milliarden Mark, die jährlich für die EG, für nationale Subventionen und Steuerverzichte aufgebracht werden müßten, kämen jetzt noch mindestens 3,5 Milliarden Mark pro Jahr hinzu. Das entspräche einer Steigerung von mehr als 20 Prozent und koste jeden Erwerbstätigen in der Bundesrepublik jährlich weitere 140 Mark.

So soll die Mehrwertsteuerabführung an Brüssel von 1986 an von 1,0 auf 1,4 Prozent und von 1988 an auf 1,6 Prozent aufgestockt werden, was für die Bundesrepublik eine Belastung von vier beziehungsweise sechs Milliarden Mark jährlich bedeute. Diese Zahlungen seien umsatzgebunden und damit dynamisiert. Für den Verbraucherverband ist es sicher, daß diese Summen voll verbraucht werden. Da die Ausgabenverpflichtungen der EG bereits in diesem Jahr um fünf bis sechs Milliarden Mark über den Einnahmen lägen, müßte die Bundesrepublik – in welcher Form auch immer – bereits 1984 und 1985 zwischen 1,5 und 1,8 Milliarden Mark nachschießen. Zusätzlich würden von September an nationale Agrarsubventionen in Form einer weiteren Mehrwertsteuervergünstigung gezahlt, die in den nächsten Jahren weit über zwei Milliarden Mark jährlich ansteigen würden. Denn die Bundesregierung will den Landwirten für die Preissenkung von fünf Prozent, die am 1. Januar 1985 durch den Abbau des Währungsausgleichs in Kraft tritt, einen Einkommensausgleich gewähren. Und zwar soll die Vorsteuerpauschale von acht auf elf Prozent erhöht werden, die von den Landwirten ihren Abnehmern in Rechnung gestellt, aber nicht ans Finanzamt abgeführt wird. Diese Regelung soll bereits zum 1. September in Kraft gesetzt werden, damit die Beihilfe bereits für den größten Teil der diesjährigen Ernte in Anspruch genommen werden kann.

Nach Angaben des Ernährungsministeriums kostet der erhöhte Mehrwertsteuerabzug 1,6 bis 1,8 Milliarden Mark an Steuermindereinnahmen im Jahr. 1984 wird die Summe auf 0,6 bis 0,8 Milliarden veranschlagt, wovon die Länder ein Drittel tragen müssen.

Die Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung werden für 1985 gegenüber 1984 um 43 Prozent auf 400 Millionen Mark angehoben. In der mittelfristigen Finanzplanung war nur noch ein Betrag von 120 Millionen Mark vorgesehen. Diese Hilfe sollte ursprünglich im Jahre 1987 auslaufen. Jetzt ist vorgesehen, sie auf 400 Millionen Mark im Jahr *festzuschreiben.*

Die neue „Milchrente" von jährlich 100 Millionen Mark erscheint dem Verbraucherverband „fast als gering". Erzeuger, die ihre Milchproduktion aufgeben, sollen eine Prämie von 1000 Mark je 100 Kilogramm Milchanlieferung aus Bundesmitteln erhalten, die in zehn Jahresraten ausgezahlt wird. Ein Betrieb, der 60 000 Kilogramm Milcherzeugung aufgibt, erhält also eine Milchrente von 6000 Mark. Anträge können solange gestellt werden, bis vier Prozent der deutschen Garantiemenge von 23,3 Millionen Tonnen, dies sind 6,7 Prozent weniger als die Milchproduktion von 1983, erreicht sind. Mit dieser Menge sollen Härtefälle ausgeglichen werden, zum Beispiel soll einem Betrieb, der mit staatlichen Mitteln in die Erweiterung investiert hat, die Produktion ermöglicht werden. Bei der Festlegung der einzelbetrieblichen Referenzmenge wird generell die Milchanlieferung 1983 um vier Prozent gekürzt. Wer seit 1981 die Produktion erhöht hat, muß jetzt für jedes Prozent Zuwachs einen Abzug von einem drittel Prozent hinnehmen.

INTERNATIONALER ÖLMARKT

Anhaltende Stabilität hat Versorgungslage entspannt

JAN BRECH, Hamburg

Störungen in der Ölversorgung sind auch künftig nicht auszuschließen, doch läßt die anhaltende Stabilität auf den internationalen Ölmärkten die Erwartung zu, daß unvorhergesehene Situationen ohne große Schwierigkeiten gemeistert werden können. Wie die Hamburger Shell-Gruppe in einer Untersuchung unter dem Titel „neue Aspekte der Ölversorgung" schreibt, hätten die Regierungen der Verbraucherländer, die Ölindustrie und auch die Konsumenten aus den Ereignissen der siebziger Jahre ihre Lektion gelernt. Die Rolle des Öls als politische Waffe sei gegenwärtig nicht mehr gegeben.

Die beiden Ölkrisen in den siebziger Jahren haben vor allem dazu geführt, daß auf der einen Seite der Verbrauch reduziert, zum anderen die Such- und Fördertätigkeit der Länder außerhalb der Opec erheblich intensiviert worden ist. Nach Angaben der Shell ist der Anteil der Opec bei der Deckung des Ölbedarfs in der westlichen Welt von nahezu zwei Drittel im Jahr 1973 auf inzwischen 44 Prozent gesunken. Besonders die Länder Mexiko sowie die Nordseeanrainer Großbritannien und Norwegen haben die Förderung erheblich ausgebaut.

Die Opec, die noch vor wenigen Jahren den Markt fest im Griff hatte, ist zu einem „swing producer" geworden, der in erster Linie den weltweiten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführt. In Folge der seit 1979 weltweit um 15 Prozent gesunkenen Nachfrage und der höheren Förderleistung der Nicht-Opec-Staaten ist mehr als ein Drittel der technisch möglichen Ölförderung der Opec in Höhe von 1,5 Mrd. Tonnen pro Jahr heute unverkäuflich. Das Förderpotential der Nicht-Opec-Staaten liegt zur Zeit bei rund 1,2 Mrd. Tonnen. Dieser Gesamtkapazität von 2,7 Mrd. Tonnen steht ein voraussichtlicher Weltbedarf für 1984 von 2,25 Mrd. Tonnen gegenüber.

Veränderungen in der Struktur der Ölversorgung hat es nicht nur auf seiten der Förderländer gegeben, sondern auch bei der Ölindustrie selbst. Während die sieben größten internationalen Ölkonzerne – zu den sogenannten sieben Schwestern gehören Exxon, Texaco, Standard Oil of California (Chevron), Mobil, Gulf, BP und Shell – vor zehn Jahren noch 55 Prozent des Weltabsatzes in ihrer Hand hatten, sind es heute nur noch 40 Prozent. Noch stärker ist ihr unmittelbarer Zugang zum Rohöl gesunken. Dieser Anteil beträgt heute etwa 20 Prozent, nachdem er vor zehn Jahren noch bei 60 Prozent gelegen hatte. Die Regierungen der Förderländer haben demgegenüber ihr Eigentum an den Ölvorkommen der Welt von knapp zehn auf 55 Prozent erhöht.

Nach Angaben der Shell hat das Überangebot an Öl ferner erhebliche Auswirkungen auf die Lagerhaltung gehabt. So sind die weltweiten Bestände von 750 Mill. Tonnen im Jahr 1981 auf 600 Mill. Tonnen zu Beginn dieses Jahres geschrumpft.

Wachstum und Risiken

Von PETER WEERTZ

Was vor einem Jahr noch als umstritten galt, ist jetzt erreicht: Die Wirtschaft wächst wieder. Nach der Stagnation seit 1980 ist der Motor der Konjunktur wieder angesprungen. Die konjunkturelle Belebung sei in einen „selbsttragenden Aufschwung" übergegangen, sagen die Konjunkturforscher. Noch in ihrem Herbstgutachten über die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik hegten sie Zweifel, ob es zu einem dauerhaften konjunkturellen Aufschwung kommen werde.

In ihrem Frühjahrs-Gutachten bestätigen die Konjunkturforscher jetzt, daß infolge der Zunahme von Aufträgen aus dem In- und Ausland und der Produktion die Auslastung der Produktionskapazitäten spürbar gewachsen ist. Als Folge der wirtschaftlichen Belebung wird auch wieder mehr investiert. Gesunken ist außerdem die Zahl der Arbeitslosen, die der Kurzarbeiter hat sich halbiert. Für dieses Jahr wird ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 200 000 erwartet. Eine Entwicklung, die seit 1980 immer wieder wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch angestrebt, aber nicht erreicht wurde. Statt dessen stiegen die Arbeitslosenzahlen von 800 000 auf über 2 Millionen.

Für 1984 wird eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von „gut drei Prozent" erwartet. Was jedoch sind die Gründe für diese Trendwende? Die expandierenden Exporte profitieren zunächst vom konjunkturellen Auftrieb in der Weltwirtschaft, aber auch von den günstigen Wechselkursen. Gestiegen sind darüber hinaus nicht nur die Zuversicht in der Wirtschaft, sondern zugleich die Erträge und die Gewinnerwartungen. Zugenommen haben schließlich die Wohnbautätigkeit und die Kaufneigung der privaten Haushalte. Hinzu kommen die Erfolge in der Finanzpolitik, die zu einem Abbau der hohen Haushaltsdefizite bei Bund, Ländern und Gemeinden führten. Die Finanzpolitik hat trotz der notwendigen restriktiven Maßnahmen an Vertrauen und Solidarität gewonnen. Das Defizit im Haushalt der Gebietskörperschaften, das 1982 noch 55,2 Mrd. Mark betrug, soll 1984 auf 25 Milliarden Mark zurückgehen.

Wichtig ist vor allem, daß der konjunkturelle Aufschwung das Ergebnis weitgehend der wirtschaftlichen Eigendynamik und Initiative der Unternehmen ist. In diser Situation funktionieren marktwirtschaftliche Instrumente wieder; sie sind nach wie vor die Voraussetzung für ungestörte Wachstumsbedingungen. Wirtschaftliches Wachstum ist unverändert ausschlaggebend für eine dynamische Entwicklung, die den wirtschaftspolitischen Zielen gerecht wird.

Freilich steht der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik erst am Anfang dieser Entwicklung. Viele Fragen sind noch ungelöst, Probleme, die zum Teil sogar den derzeitigen Aufschwung gefährden. In der Bundesrepublik hat lange Zeit die günstige Konjunktur die Folgen des strukturellen Wandels überdeckt. Mit Recht kritisieren daher die Konjunkturforscher, daß die Bundesregierung bislang – entgegen den Ankündigungen – Subventionen nicht gekürzt, sondern eher noch erhöht hat.

Gefahren für Wachstum, Beschäftigung und Einkommen drohen außerdem durch die Auseinandersetzung der Tarifpartner über Streiks und Arbeitszeitverkürzung, zumal die Arbeitszeiten in der Bundesrepublik ohnedies im internationalen Vergleich kaum Spielraum gewähren.

Nicht weniger Zündstoff liegt in der geplanten Steuerreform, die die steuerliche Belastung senken soll. Es wächst die Besorgnis, obschon noch keine Entscheidungen gefallen sind, daß hier die Chance nicht ausreichend genutzt wird, um zur grundlegenden Verbesserung der Wachstumsbedingungen beizutragen.

Einmal ist es notwendig, das wirtschaftliche Wachstum über 1985 hinaus zu sichern. Denn nur ein stetiges Wachstum ist in der Lage, die hohe Arbeitslosigkeit, die nach wie vor die soziale und wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik belastet, weiter abzubauen. Daß dies ein Wachstum über einen längeren Zeitraum erfordert, ist offensichtlich. Daher liegt hier – auch sozialpolitisch – der Schwerpunkt. Zum anderen gibt es Gründe dafür, auch die Familien steuerlich zu entlasten. Ob dies gleichzeitig möglich ist, hängt aber weitgehend von dem Spielraum ab, den die Finanzpolitik ausschöpfen kann.

Hier ist der Vorschlag der Konjunkturforscher, die sonstige Steuererhöhungen ablehnen, notfalls zur Finanzierung der Reform eine höhere Staatsverschuldung in Kauf zu nehmen, zwar möglich, aber nicht ohne Risiko. Was sich andeutet, sind Zielkonflikte, die unsere Situation ohnehin belasten. Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung diese Konflikte sachgerecht lösen wird.

AUF EIN WORT



„Bei fast allen Arbeitskämpfen der Vergangenheit haben wir im Nachhinein feststellen können, daß das erkämpfte Ergebnis eigentlich auch am Verhandlungstisch hätte errungen werden können."

Birgit Breuel, niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr.
FOTO: SCHULZE-VORBERG

Mehr Autos zugelassen

AP, Flensburg

Einen „normalen Saisonverlauf" bei der Neuzulassung von Kraftfahrzeugen im Bundesgebiet hat das Kraftfahrtbundesamt registriert. Wie die Behörde in Flensburg mitteilte, wurden im März 1984 insgesamt 345 689 Kraftfahrzeuge und 13 149 Anhänger neu angemeldet. Gegenüber dem Februar sei die Zahl der Neuzulassungen damit um 49 Prozent für Autos und 67,3 Prozent für Anhänger gestiegen, im Vergleich zum März 1983 jedoch um 10,9 und 15,3 Prozent gefallen. Lediglich im Vergleich zu den überdurchschnittlichen Neuzulassungszahlen des März 1983 wertete das Amt die Ergebnisse des „Durchschnittsmärz" negativ. Im ersten Quartal 1984 seien insgesamt 778 895 Kraftfahrzeuge neu in den Verkehr gebracht worden, eine Zunahme von 1,3 Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr 1983.

KAUFKRAFTVERGLEICH

DIW: Der Binnenwert der „DDR"-Mark ist gestiegen

AP, Berlin

Waren des Grundbedarfs sind in der „DDR" nach wie vor günstiger erhältlich, Genußmittel und Waren des gehobenen Lebensbedarfs dagegen weiterhin „sehr viel teurer" als in der Bundesrepublik. Nach Berechnungen des Berliner Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), deren Ergebnisse im jüngsten DIW-Wochenbericht veröffentlicht wurden, liegen beispielsweise die Preise für Rundfunkgeräte, Fotoapparate und Filmerzeugnisse in der „DDR" fast fünfmal über den vergleichbaren Preisen in der Bundesrepublik. Fahrten mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln in Ost-Berlin oder Leipzig belasten dagegen den Geldbeutel eines „DDR"-Bürgers nur mit 20 Prozent des Betrages, den ein Fahrgast in München, Bonn oder Stuttgart aufzuwenden hat.

Mit der Untersuchung unternahm das DIW erstmals seit 1981 wieder einen Preis- und Kaufkraftvergleich zwischen den beiden Währungen. In diesem Zeitraum sei die Kaufkraft der „DDR"-Mark im eigenen Land in fast allen Gebieten um rund zehn Prozent gestiegen. Gemessen an der Verbrauchsstruktur der „DDR" sei der Wert der „DDR"-Mark bei Arbeitnehmerhaushalten um 25 Prozent, bei Rentnerhaushalten sogar um 43 Prozent höher als der Wert der Mark in der Bundesrepublik. Doch bezogen auf die Verbrauchsstruktur der Bundesrepublik ergibt sich dem DIW zufolge ein anderes Bild.

Die Zahlen erlauben laut DIW aber keine Rückschlüsse auf ein etwa entsprechendes Lebenshaltungsniveau. Dies sei in der Bundesrepublik weitaus höher als im anderen deutschen Staat. In der „DDR" seien „Lücken in der Versorgung immer noch unübersehbar", außerdem liege das Einkommensniveau weit unter dem der Bundesrepublik.

WIRTSCHAFTSLAGE

Bundesregierung rechnet mit höherem Wachstum

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auch die Bundesregierung rechnet jetzt mit einem realen Anstieg des Bruttosozialprodukts von etwas mehr als drei Prozent für den Fall, daß es nicht zu längeranhaltenden Konflikten um die Arbeitszeitverkürzung kommt. Wie die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die den Übergang von einem konjunkturellen Erholungsprozeß zu einem selbsttragenden Aufschwung konstatiert haben, so hat auch die *Bundesregierung ihre Prognose* nach oben korrigiert. Im Jahreswirtschaftsbericht Ende Januar war sie noch von einem Plus von 2,5 Prozent ausgegangen.

Um eine nachhaltige Wachstumsdynamik zu sichern, beabsichtigt die Bundesregierung, „marktwirtschaftliche Prinzipien konsequenter durchzusetzen, die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen fortzuführen und die Lohn- und Einkommensbesteuerung wachstumsfreundlicher zu gestalten". Im jüngsten Lagebericht weist das Bundeswirtschaftsministerium darauf hin, daß sich die Nachfrage der privaten Haushalte spürbar belebt habe. So habe der Einzelhandel im Januar und Februar real um 3,5 Prozent mehr umgesetzt als in den beiden letzten Monaten 1983. Er habe damit wieder an die ausgesprochen günstigen Umsatzergebnisse des ersten Halbjahres 1983 angeknüpft.

Der Export habe in den ersten beiden Monaten dieses Jahres saisonbereinigt sogar um sechs Prozent über dem Stand von Ende 1983 gelegen. Nachdem die Warenlieferungen ins Ausland bis zum Sommer 1983 noch in ausgesprochen ruhigen Bahnen verlaufen waren, seien sie seitdem, auf Jahresraten hochgerechnet, um nicht weniger als ein Viertel expandiert. Im Januar/Februar lagen die Ausfuhren um 18,5 und die Einfuhren um 20 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Porsche-Aktien vergriffen

Stuttgart (AP) – Die erstmals in der Firmengeschichte von Porsche aufgelegten 420 000 Aktien waren gestern wenige Stunden nach Beginn der *offiziellen Zeichnungsfrist* vergriffen. Wie ein Sprecher der Landesgirokasse, einer der drei mit der Emission beauftragten Banken, in Stuttgart mitteilte, sind die Aktien seit geraumer Zeit mehrfach überzeichnet. In Stuttgart sei die Emission bereits zu Mittag abgeschlossen gewesen. Die Porsche-Aktien, die zum Preis von 780 Mark pro Stück angeboten wurden und dem Unternehmen 330 Millionen Mark einbringen sollen, werden am 4. Mai erstmals an der Börse notiert.

Fünf Prozent Zuwachs

Brüssel (AP) – Die Industrieproduktion in den zehn EG-Staaten ist nach einer in Brüssel veröffentlichten Statistik im vorigen Jahr um durchschnittlich fünf Prozent gestiegen. Den größten Zuwachs mit 32,3 Prozent verzeichnete Luxemburg, gefolgt von Belgien mit 7,1 Prozent und der Bundesrepublik mit 6,9 Prozent. Lediglich Italien und Griechenland mußten den Angaben zufolge im Berichtszeitraum Einbußen hinnehmen.

Zahlungsfrist erbeten

Caracas (AFP) – Venezuela wird für die Tilgung seiner 1983/84 fällig werdenden Schulden in Höhe von 14,274 Mrd. Dollar die internationalen Gläubigerbanken um eine Zahlungsfrist von zehn Jahren mit einer Karenzzeit von fünf Jahren bitten. Wie in Caracas verlautete, wird die venezolanische Regierung Anfang Mai den betroffenen 450 Banken entsprechende Vorschläge unterbreiten. Venezuela ist zur Zeit gegenüber dem Ausland mit insgesamt 25,642 Milliarden Dollar verschuldet.

Mehr Energie verbraucht

Essen (AP) – Der Verbrauch an Primärenergie in der Bundesrepublik hat nach Berechnungen des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlebergbaus im ersten Quartal 1984 um vier Prozent zugenommen. Wie der Verband in Essen weiter mitteilte, bestätigt sich damit ein Trend des Wiederanstiegs im Energieverbrauch, der bereits in der zweiten Hälfte 1983 registriert worden sei. Mit 15 Prozent habe die Kernenergie beim Verbrauch den relativ stärksten Anstieg aller Energieträger verzeichnet. Bei Erdgas habe der Verbrauch um neun, bei Steinkohle um sechs und bei Braunkohle um zehn Prozent zugenommen. Der Mineralölverbrauch sei nur noch geringfügig zurückgegangen.

Geldspritze für den IWF

Washington (AP) – Zwanzig Mitglieder des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben sich unter Führung Saudi-Arabiens bereiterklärt, 6,3 Mrd. Dollar für neue Kredite zur Verfügung zu stellen. Ein Gewährsmann in Washington teilte am Rande einer Sitzung des IWF-Vorstands mit, Saudi-Arabien, bei dem der Währungsfonds ohnehin schon mit zehn Mrd. Dollar in der Kreide steht, stelle die Hälfte der Summe zur Verfügung. Das restliche Geld stamme aus Japan und Westeuropa.

Bayern-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Der Freistaat Bayern begibt eine achtprozentige 600-Mill.-DM-Anleihe mit zehnjähriger Laufzeit zum Kurs von 99,75 Prozent. Davon werden ab heute 500 Mill. DM über ein Konsortium unter Federführung der Bayerischen Landesbank zum öffentlichen Verkauf gestellt.

Autoproduktion gestiegen

Tokio (dpa/VWD) – Japans Autoproduktion ist im Finanzjahr 1983 (31. März) gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent auf 11,21 Millionen Fahrzeuge gestiegen. Dies war der erste Anstieg in drei Jahren. Die Zahl der Personenwagen erhöhte sich um drei Prozent auf 7,15 Millionen, die der Last- und Lieferwagen um 5,9 Prozent auf knapp vier Millionen.

Höherer Überschuß

Hamburg (dpa/VWD) – Brasilien hat im ersten Quartal 1984 bei Exporten von 5,63 Mrd. Dollar und Importen von 3,19 Mrd. einen Handelsbilanzüberschuß von 2,44 Mrd. Dollar erzielt. Im vergangenen Zwölfmonatszeitraum ergibt sich nach Mitteilung der Deutsch-Südamerikanischen Bank AG, Hamburg, bereits ein Überschuß von acht Mrd. Dollar. Gegenüber dem ersten Quartal 1983 stieg der Export um 24 Prozent, während sich die Importe nochmals, und zwar um 15 Prozent, verringerten.

GROSSBRITANNIEN / Niederlage für Gewerkschaft

Streikaufruf kaum befolgt

WILHELM FURLER, London

Der linksradikale Führer der britischen Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, muß eine empfindliche Teil-Niederlage hinnehmen. Nach den Osterfeiertagen ist die Mehrheit der Bergleute in den gemäßigten Revieren von Nottinghamshire, Nord-Derbyshire, Lancashire und Staffordshire trotz aller Aufrufe ihrer regionalen Gewerkschaftsführung, sich den Streikaktionen in den meisten Zechen Großbritanniens anzuschließen, erneut zur Arbeit erschienen. Auch durch große Aufgebote „fliegender" Streikposten aus militanten Revieren ließen sie sich nicht nicht hindern.

Entsprechend wurde gestern in 23 der 25 Zechen von Nottingshamshire normal gearbeitet. Scargill ist damit seinem erklärten Ziel, unter Umgehung einer landesweiten Urabstimmung einen Totalstreik im britischen Kohlebergbau herbeiführen zu können, nicht nähergekommmen. Die Mehrheit der Bergleute in den gemäßigten Kohlerevieren besteht unverändet auf dem Standpunkt, daß nur eine landesweite Urabstimmung, bei der sich mehr als 50 Prozent der britischen Bergleute für einen Totalstreik aussprechen, ihre Haltung ändern würde.

Inzwischen hat der Chairman der staatlichen Kohlegesellschaft National Coal Board, Ian MacGregor, erklärt, daß durchaus Bereitschaft bestehe, den Zeitplan für die angekündigten Zechenstillegungen zu verlängern. Ursprünglich hatte es geheißen, daß etwa 20 Zechen mit einer Förderkapazität von vier Millionen Tonnen pro Jahr innerhalb von zwölf Monaten geschlossen werden sollten. Dies dürfte den Verlust von rund 20 000 Arbeitsplätzen bedeuten, wobei der Coal Board wiederholt versichert hat, daß es nicht zu Zwangsentlassungen kommen würde und daß freiwillig ausscheidende und frühzeitig pensionierte Bergleute höhere Abfindungszahlungen erhielten als sonst üblich.

Gewerkschaftschef Scargill weigert sich, mit dem Coal Board über eine Verlängerung des Stillegungszeitraums über die avisierten zwölf Monate hinaus zu reden. Denn eine Ausweitung der Schließungsphase würde den Unmut über das Rationalisierungs-Programm bei vielen Bergleuten abbauen.

FRANKREICH / Paribas-Prozeß endete mit verhältnismäßig milden Verurteilungen

Ehemaliger Bankchef freigesprochen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Justiz widerstand der Versuchung, im Strafprozeß gegen Devisenvergehen von Kunden und Angestellten der Banque de Paris et des Pays-Bas (Paribas) ein politisches Exempel zu statuieren. Nach 31 Verhandlungstagen wurden jetzt von der 11. Pariser Strafkammer Urteile gefällt, die sich im Rahmen des Üblichen halten. Die Delikte waren ausnahmslos vor der sozialistischen Machtergreifung begangen und Ende 1980 entdeckt worden.

Bereits vor Prozeßbeginn hatten sich eine Reihe von Paribas-Kunden, die etwa 70 Mill. Franc Kapital illegal in die Schweiz geschafft hatten, einer Strafverfolgung dadurch entziehen können, daß sie sich mit der allmächtigen französischen Zollbehörde über geheimgehaltene Bußgelder einigten. Die Angeklagten dagegen waren dem im hiesigen Devisenrecht kodifizierten Prinzip der Beweislastumkehr ausgesetzt, welches sie zwingt, ihre Unschuld zu beweisen. Dies ist zwölf von ihnen gelungen. Sie wurden freigesprochen.

Weitere 19 Paribas-Kunden sind – obwohl sie sich nicht voll exkulpieren konnten – von der Bestrafung freigestellt worden. Verurteilt wurden schließlich 16 Kunden zu zwei bis sieben Jahren Gefängnis mit Bewährung. Zwei flüchtige Angeklagte und der wegen eines illegalen Goldtransfers von 28 Mill. Franc verurteilte Latecoere fallen nicht unter diese Vergünstigung. Der Wert der abgeurteilten Devisenvergehen (ohne Gold) beläuft sich auf 90 Mill. Franc. Auch die daran beteiligten zwei Bankangestellten (ein weiterer hatte Selbstmord verübt) müssen ihre Gefängnisstrafen absitzen.

Die nicht freigesprochenen Angeklagten haben allerdings Geldbußen zu zahlen, die durchschnittlich das 2,6fache der illegal transferierten Beträge erreichen. Nach den Devisenvorschriften können Bußen bis zum Fünffachen verhängt werden. Hartnäckige Angeklagte wurden darüber hinaus zu Geldstrafen von nochmals dem 2,6fachen Betrag der verschobenen Devisen verurteilt.

Von politischer wie außenwirtschaftlicher Bedeutung ist, daß der ehemalige Paribas-Präsident Pierre Moussa freigesprochen worden ist. Die Staatsanwaltschaft hatte ihn wegen angeblicher Verletzung seiner Aufsichtspflicht angeklagt. Jedoch gelang der Verteidigung der Nachweis, daß er rein zeitlich die Abteilung „Privatkundschaft", die die Transaktionen abwickelte, nicht persönlich überwachen konnte.

Tatsächlich aber wollten gewisse Kreise des Regierungslagers Moussa dafür zur Rechenschaft ziehen, das er die Schweizer Paribas-Tochter kurz vor der Verstaatlichung ihrer Pariser Mutter unter ausländische Kontrolle gebracht hat. Mit dieser Transaktion habe Moussa gegen das nationale Interesse verstoßen, hieß es nicht ganz zu Unrecht. Andererseits aber – und darauf kommt es an – war sie völlig legal, da die Verstaatlichungsgesetze noch nicht in Kraft getreten waren.

Inzwischen hat die Paribas ihr Auslandsgeschäft wieder ausgebaut, und verschiedene ausländische Minderheitsbeteiligungen – einschließlich der Schweizer Paribas – sind im Begriff, wieder unter Pariser Kontrolle zu geraten. Die Mehrkosten dafür lassen sich aber noch nicht abschätzen.

ARBEITSLOSIGKEIT / Analyse der Bundesanstalt

Risiko wird im Alter größer

GISELA REINERS, Bonn

Die Bundesanstalt für Arbeit hat in einer Strukturanalyse zur Arbeitslosigkeit vom September 1983 festgestellt, daß mit zunehmendem Alter das Risiko steigt, lange arbeitslos zu bleiben, wenn man einmal den Job verloren hat. Ist man darüberhinaus in seiner Leistungsfähigkeit eingeschränkt, wird es noch schwieriger. Sehr junge Menschen sind dem Risiko, arbeitslos zu werden, zwar auch verstärkt ausgesetzt, finden aber schneller wieder einen Arbeitsplatz; allerdings werden die Aussichten schlechter, wenn weder Hauptschulabschluß noch Berufsausbildung vorhanden sind.

Zwei Drittel derjenigen, die sich im Mai/Juni 1983 arbeitslos meldeten, waren unter 35 Jahre alt. Der Anteil der Altersgruppe 20 bis 25 an den Arbeitslosmeldungen nahm in den vergangenen merklich zu - demographisch bedingt. Mit 13 Prozent relativ stabil blieb der Anteil der Gruppe der unter 20jährigen. Bei den 55 bis 60jährigen nahm der Anteil zu ebenso wie in der Altersgruppe 60 bis 65. Im Durchschnitt finden 69 Prozent der erwerblos Gemeldeten wieder eine Beschäftigung. Bei den 55 bis 60jährigen sind es nur noch 53, bei den 60 bis 65jährigen sogar nur 13 Prozent, die sich in der Weise aus der Arbeitslosigkeit abmelden.

In der Altersgruppe unter 20 Jahren stieg die Arbeitslosigkeit nur noch leicht (plus 4 Prozent). Dabei sank die Zahl der männlichen Bewerber um 2 Prozent, während die der weiblichen um 11 Prozent stieg. 63 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 hatten im September 1983 keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Zahl der Arbeitsuchenden unter 20, die bis dahin noch nicht erwerbstätig gewesen waren, nahm gegenüber September 1982 um 20 Prozent zu. Davon hatten 47 Prozent keinen Schulabschluß (plus 20 Prozent gegenüber 1982).

Wenn schon viele Gesunde und auch Ausgebildete keinen Arbeitsplatz finden, ist es für Menschen mit bestimmten Einschränkungen noch schwerer. Die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit bei dieser Gruppe verlängerte sich gegenüber Mai/Juni 1982 um anderthalb auf zehneinhalb Monate.

CREUSOT-LOIRE / Staatshilfen fielen zu mager aus

Erneut Konkurs angedroht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die zum Empain-Schneider-Konzern gehörende Creusot-Loire ersucht den französischen Staat um weitere Hilfe. Wie vor dem erst Mitte November unterzeichneten letzten Sanierungsabkommen, zu dem der staatliche Entwicklungsfonds 600 Mill. Franc beigesteuert hatte, wird dabei erneut mit dem Konkursantrag gedroht.

Ein solcher Schritt, so heißt es bei dem Unternehmen, würde für den Staat Kosten von etwa 3 Mrd. Franc nach sich ziehen. Creusot-Loire mußte 1983 Verluste von 1,40 Milliarden Franc hinnehmen. Seitdem hat sich die Ertragslage weiter verschlechtert.

Nach Angaben der Verwaltung ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die letzte Staatshilfe erheblich hinter ihren Anträgen zurückgeblieben sei. Außerdem habe sich die Konjunktur in den wichtigsten Produktionsbereichen, insbesondere der Schwermechanik, über die Erwartungen hinaus verschlechtert. Nicht zuletzt aber leide der Konzern zu sehr unter der Stahlkrise.

Außerdem fühlt man sich bei Creusot-Loire als Opfer der von den Sozialisten an dem Atomenergieprogramm vorgenommenen Abstriche. Die bisher sehr rentabel gewesene Framatome, der einzige Atomkraftwerksbauer Frankreichs, wird in den nächsten Jahren seine Produktion erheblich drosseln müssen, sollte es nicht gelingen, den Export stark auszuweiten. An der Framatome sind Creusot-Loire und die Electricité de France je zur Hälfte beteiligt.

Der Creusot-Loire-Konzern verfügt praktisch über keine Eigenmittel mehr, ist allerdings noch nicht zahlungsunfähig. Die im letzten Jahr erfolgte Kapitalaufstockung durch den Mehrheitsaktionär Schneider SA wurde inzwischen von den Verlusten aufgezehrt. Die Bilanz zum Jahresende soll den Angaben zufolge mit einem Negativsaldo von 400 Millionen Franc abschließen.

Zeitungsverlage im Aufwärtstrend

SAD, Amsterdam

Hollands Zeitungsverlage befinden sich nach den Einbußen der letzten Jahre wieder im Aufwind, wie aus dem Bericht des Verlegerverbandes De Nederlandse Dagbladpers (NDP) für 1983 hervorgeht. Der Gesamtumsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent; der durchschnittliche Gewinn stieg von 5,2 auf 8,5 Prozent des Umsatzes.

Die Entwicklung zwischen den Blättern mit landesweiter Verbreitung und den Lokal- oder Regionalblättern war allerdings unterschiedlich: Durch die Zunahme der Stellenanzeigen erhöhten sich die Einnahmen aus diesem Bereich bei Zeitungen mit landesweiter Verbreitung, während die hauptsächlich auf Annoncen des Einzelhandels angewiesenen Lokal- oder Regionalblätter einen weiteren Rückgang hinnehmen mußten. Die Gesamtauflage der Zeitungen (14,3 Mill. Einwohner) betrug Ende vergangenen Jahres 4,5 Mill. Exemplare und lag damit um 0,7 Prozent unter der zwölf Monate zuvor.

Staatsverschuldung weiter gestiegen

rtr, Bern

Die Verschuldung der Schweiz ist der Staatsrechnung 1983 zufolge um mehr als 1,2 Mrd. auf 16,57 Mrd. Franken gestiegen. Damit setzt sich nach Auffassung der Regierung die „seit Jahren dauernde, höchst bedenkliche Entwicklung" der Finanzen fort. Die Ausgaben der Schweiz stiegen 1983 auf über 20 Mrd. Franken. Das Defizit betrug im vergangenen Jahr 855 Mill. (1982: 431 Mill.) Franken.

Bei einer gesamten öffentlichen Verschuldung von 11 500 Franken pro Kopf der Bevölkerung ist die Schweiz nach den Worten von Finanzminister Otto Stich international gesehen „kein Musterknabe". 1981 sei sie nur von den USA (11 800 Franken) übertroffen worden, während die Bundesrepublik Deutschland (7500) und Österreich (6800) deutlich darunter lagen. Im Vergleich zum Sozialprodukt hingegen werde die Schweiz mit einem Schuldenanteil von 38 Prozent nur von der Bundesrepublik und Frankreich unterboten.

London plant eine Flughafengebühr

fu, London

Jeder Passagier auf einem Inlandsflug zum oder vom Londoner Großflughafen Heathrow soll künftig mit einer Gebühr von 15 Pfund (57 Mark) belegt werden. Das jedenfalls wird gegenwärtig von der Regierung in London als wahrscheinlichste Möglichkeit erwogen, die Flugbewegungen auf Heathrow zu beschränken. Bereits jetzt nähert sich die Zahl der jährlichen Starts und Landungen der absoluten Kapazitätsgrenze von 275 000 Bewegungen. Diese Zahl soll dem Erweiterungsprogramm für Heathrow zufolge aber erst frühestens Ende 1985 erreicht werden.

Nicht nur die begrenzte Aufnahmefähigkeit von Heathrow, sondern auch der wachsende Druck der von Fluglärm und Kerosin-Rückständen geplagten Londoner zwingen die Regierung zum Handeln. Mit der geplanten Gebühr für Inlandspassagiere glaubt sie, einen Großteil der Flüge auf die Londoner Vorort-Flughäfen Gatwick, Luton und Stanstead umleiten zu können.

CIBA-GEIGY / Konzerngewinn kräftig verbessert

Wachstum in allen Sparten

VWD, Basel

Die bereits 1980 eingeleitete Strukturbereinigung habe eine Produktivitätssteigerung in allen Bereichen ermöglicht, heißt es im Geschäftsbericht der Ciba-Geigy AG, Basel für 1983. Bei einer Umsatzausweitung auf 14,741 (13,808) Mrd. sfr stieg der Konzerngewinn auf 776 (622) Mill. sfr und der Cash-flow auf 1,580 (1,458) Mrd. sfr. Die Umsatzerlöse der AG konnten um 4 Prozent auf 4,935 (4,730) Mrd. sfr gesteigert werden. Der Reingewinn der AG (ohne Vortrag) betrug 182,5 (165,2) Mill. sfr. Der Generalversammlung am 10. Mai 1984 wird für 1983 eine auf 31 (28) sfr erhöhte Dividende je Aktie und Partizipationsschein vorgeschlagen. Die Sachanlage-Investitionen betrugen 830 (868) Mill. sfr. Sie wurden vollauf durch Selbstfinanzierung gedeckt.

Vom Investitionsvolumen entfielen 469 (447) Mill. sfr auf den Produktionsbereich und 112 (132) Mill. sfr auf Forschung und Entwicklung. Der Schwerpunkt der Investitionen lag auf Europa (505 nach 575 Mill.), davon 276 Mill. sfr in der Schweiz. Deutlich höher wurde in Nordamerika mit 236 (176) Mill. sfr investiert, während die lateinamerikanischen Investitionen auf 40 nach 68 Mill. sfr zurückgenommen wurden.

Der Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung wuchs auf 1248 (1175) Mill. sfr und hielt damit den Vorjahresstand von 8,5 Prozent des Konzernumsatzes.

Mit Farbstoffen und Chemikalien setzte der Konzern im vergangenen Jahr 2,2 (2,1) Mrd, mit Pharma 4,4 (4,18) Mrd., mit Agro 3,6 (3,4) Mrd. mit Kunststoffen und Additiven 2,9 (2,6) Mrd. sfr um.

Auf die Airwick-Gruppe, die weltweit das Markenartikelgeschäft von Ciba-Geigy betreibt, entfielen 680 (679) Mill. auf die britische Ilford-Gruppe 445 (424) Mill., auf elektronische Geräte (Gretag/CX und Mettler) 483 (498) Mill. sfr. Ciba-Geigy GmbH, Wehr/Baden, überschritt erstmals die Umsatzmilliarde.

VERPACKUNGSMASCHINEN / Wichtiger US-Markt

Die Spitze klar behauptet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Wir hatten Glück. Unsere Branche war jahrelang weitgehend ungeeignet für den Einsatz der Mikroelektronik – da konnte man gar nichts verschlafen", spöttelt Werner Reinhard, stellvertretender Vorsitzender der Fachgemeinschaft Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen im VDMA.

Tatsächlich stehen die Zulieferer der Konsumgüterindustrie auch heute noch mit dem Mikroprozessor auf Kriegsfuß: „Für die blitzschnellen Bewegungsabläufe an unseren Maschinen ist die Elektronik zu langsam und auch zu teuer." Die mechanische Steuerung einzelner Bewegungen koste nach wie vor nur etwa ein Zehntel der elektronischen Lösung.

So sind die Spezialisten, vom raschen Wechsel der „Moden" bei ihren Kunden ohnehin zur Anpassungsfähigkeit erzogen, auch international keineswegs ins Hintertreffen geraten. Mit einem Exportanteil von 68 Prozent (6,2) Mrd. DM stehen sie auf dem Weltmarkt einsam an der Spitze: Ihr Anteil von 34 Prozent an den gesamten Exporten der westlichen Welt erreicht nahezu das Gesamtvolumen der nächsten drei Konkurrentenländer auf der Rangliste (USA und Italien mit je 14 Prozent, Großbritannien mit 8 Prozent).

So ganz problemlos will das Auslandsgeschäft freilich auch für die knapp 1000 Betriebe mit ihren 60 000 Mitarbeitern nicht mehr laufen. Der Rückgang der Exportquote von 76 auf 68 Prozent signalisiert fühlbare Verschiebungen. In wichtigen Märkten in Südamerika und Afrika wirkten sich die Zahlungsprobleme aus, der Nahe Osten übte Zurückhaltung, und selbst der nun nach den USA und Großbritannien drittwichtigste Auslandsmarkt Frankreich gab um ein rundes Viertel nach.

Einen gewissen Ausgleich brachten die USA, die fast ein Fünftel mehr für die Maschinen der Branche ausgaben als im Vorjahr. Allerdings: „Die Vorteile, die wir im Technologiewettbewerb noch haben, werden immer mehr durch den Preiswettbewerb gefährdet", warnt der Fachgemeinschaftsvorsitzende Otto Hänsel. Auch dieser Zweig des Maschinenbaus bekomme das hohe deutsche Kostenniveau zu spüren.

So habe er zwar mit seiner nominalen Zuwachsrate von knapp 4 Prozent im vergangenen Jahr deutlich besser abgeschnitten als die Gesamtbranche, bei Preiserhöhungen von 5 bis 7 Prozent aber real im Minus gelegen. Zudem seien die Auftragseingänge um runde 8 Prozent zurückgegangen, so daß die Unternehmen vom Auftragspolster der Vorjahre leben mußten. Mit einer Reichweite der Auftragsbestände von 5 bis 6 Monaten ist denn auch die untere Grenze des langjährigen Durchschnitts erreicht.

EISEN- UND HÜTTENWERKE / Die Montanholding von Otto Wolff berät Land bei Badische Stahlwerke AG

Stattliche Dividende auch in der Stahlflaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wurde die für 1982 um die Hälfte aufgestockte Gewinnausschüttung noch vorsichtig in 8 DM Dividende und 4 DM Bonus geteilt, so schlägt die Eisen- und Hüttenwerke AG (EHW), Köln, ihrer Hauptversammlung am 4. Juni für 1983 eine glatte Dividende von 12 DM je 100-DM-Aktie vor. Daran partizipieren bei dieser Zwischenholding für die Montaninteressen des Otto-Wolff-Konzerns etwa 4000 Streubesitzer mit knapp einem Viertel von 88 Mill. DM Aktienkapital. Der auf 12,6 (13,6) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß stärkt im übrigen die Rücklage um noch 2 (3) auf 57 Mill. DM.

Neues meldet die Holding aus den ersten Monaten von 1984. Einerseits wurde die seit langem dividendenlose Mini-Beteiligung an Luxemburgs Arbed-Stahlkonzern (2,2 Prozent) über dem Buchwert von 2,5 Mill. DM an ein Bankenkonsortium in Luxemburg verkauft. Andererseits und vor allem beteiligte sich EHW mit einem Drittel an 15 Mill. DM Stammkapital der neugegründeten Baden-Württembergische Beteiligungs-GmbH; je ein weiteres Drittel übernahmen aus der Versicherungswirtschaft die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, sowie die Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe.

Zweck der neuen Firma: Auffangen von Unternehmen, die trotz zukunftsreichen Produktprogramms ins Straucheln geraten, und sorgsame Rückführung in neue industrielle (Eigentümer-) Hände. Wahrscheinlich erstes Objekt: die Übernahme der Aktien der Badische Stahlwerke AG (BSW), die seit dem Zusammenbruch des Korf-Konzerns in Vergleich ist und deren Aktien nach Landeshilfe für BSW nun „über den Vergleichsverwalter zur Disposition des Landes stehen", wie formuliert wird.

Otto Wolff und seine EHW verstehen die eigene Rolle bei solchem BSW-Engagement nicht als Rückkehr zu verstärkten stahlindustriellen Aktivitäten, sondern als (tunlichst gewinnbringende) industrielle „Beratertätigkeit" im Dreibund der neuen Auffangholding. Großes an dauerhafter industrieller Neuanlage ihrer mit 67,4 (66,5) Mill. DM fast komplett an die Otto Wolff AG ausgeliehenen flüssigen Mittel läßt EHW seit Jahren nicht erkennen.

Man hat keine Eile. Schließlich blieben die 5,3 (9,3) Mill. DM Zinserträge aus dieser Liquiditätsanlage 1983 die eine von den beiden großen Quellen für die trotz Stahlkrise stattliche EHW-Gewinnlage. Die zweite und nun größte Quelle war ein Netto-Organschaftsertrag von 7,5 (7,3) Mill. DM aus der in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführten Halbtochter Rasselstein AG, Neuwied. Diese allein ertragbringende im Quartett der 1983er EHW-Beteiligungen steigerte ihren Weißblechabsatz (als hier größter deutscher Produzent) durch erhöhten Export auf 758 000 (718 000) t und besserte trotz „quotengedrosselter" Minderung des Feinblechabsatzes auf 353 000 (388 000) t auch den Umsatz um 4 Prozent auf 1,57 Mrd. DM.

Die gleichfalls in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführte Stahlwerke Bochum AG schaffte auch 1983 wiederum nur durch betriebsneutrale Erträge ein ausgeglichenes Ergebnis. Bei 185 000 (170 000) t Elektroblech- und 190 000 (200 000) t Feinblechabsatz sowie nur noch 5900 (8400) t Stahlformguß-Versand, ging der Umsatz um 3 Prozent auf 487 Mill. DM zurück. – Erneut negativ schloß bei branchentypisch miserablem Geschäft die Schraubenfabrik Friedr. Boesner GmbH in Neuwied ab; EHW hat ihren Anteil von 37,5 Prozent an 10,8 Mill. DM Stammkapital schon seit 1981 auf den Erinnerungswert von 1 DM abgeschrieben.

Vorerst zurückhaltend beurteilt der Holding-Vorstand bei Rasselstein und Bochum die Aussichten für das Stahlgeschäft in 1984. Eine befriedigende Nachfragebelebung zeichne sich noch nicht ab.

HAPAG-LLOYD

Zuwachs bei Geschäftsreisen

INGE ADHAM, Frankfurt

Positive Entwicklungen in der Touristik und im Geschäftsreiseverkehr macht die Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH für dieses Jahr aus: Bei den Urlaubspauschalreisen für die Wintersaison habe zwar die Tendenz zum Spätbuchen angehalten, gleichzeitig ist jedoch die Teilnehmerzahl wieder leicht gestiegen. Bei den Sommerreisen zeigen die Buchungen seit Mitte Februar wieder nach oben, der Rückgang des Durchschnitts-Reisepreises scheint zum Stillstand gekommen. Der Geschäftsreiseverkehr zeigt mit einem Umsatzplus von fast 10 Prozent seit Herbst 1983 kontinuierlichen Aufwärtstrend.

Auch im vergangenen Jahr hat sich bei Hapag-Lloyd dieser Bereich, auf den der Löwenanteil des Umsatzes aus der Vermittlung von Linienflugpassagen entfällt, als sehr stabil erwiesen mit einem Umsatzanteil von 49,8 (47,7) Prozent. Dagegen verlor Hapag-Lloyd bei der vermittelten Fremdtouristik (etwa die Hälfte davon entfällt auf TUI-Reisen) wie die Gesamtbranche Passagiere, der entsprechende Umsatzanteil schrumpfte auf 22,9 (24,7) Prozent. Daß es bei der Geschäftsführung gleichwohl zufriedene Gesichter gibt, liegt neben dem guten kommerziellen Geschäft vor allem am Erfolg der eigenveranstalteten touristischen Reisen. Mit den Kurz- und Erlebnisreisen hat man, so Geschäftsführungssprecher Wolfgang Matz, offensichtlich eine Marktlücke entdeckt; hier stieg die Teilnehmerzahl auf knapp 70 000 (67 700).

Entscheidend für das gute Abschneiden von Hapag-Lloyd mit seinen 80 Verkaufsbüros (davon 13 im Ausland), das sich in einem auf 12,6 (10,5) Mill. DM verbesserten Bilanzergebnis (vor Ertragssteuern) dokumentiert, ist die Rohertragssteigerung parallel zur Umsatzentwicklung (plus 3,4 Prozent auf 908 Mill. DM) bei leicht gesunkenem Aufwand, wozu auch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl auf 1087 (2017) beigetragen hat. Weitere Expansion will Hapag-Lloyd vor allem aus dem Ausland holen. So wurde in den USA jetzt ein sechstes Reisebüro eröffnet, ein weiteres soll im Herbst folgen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld (Leine): Nachl. d. Walter Poggenberg; **Bochum:** EXATRON-Meßtechnik GmbH; **Brilon:** Dieter Busch, Inh. d. Fa. Dieter Busch, Straßen-, Tief- und Landschaftsbau, Winterberg-Siedlinghausen; **Düren:** Nachl. d. Friedrich Valter, Kreuzau; **Esslingen:** Transit Mineralöl Handelsges. mbH, Plochingen; Grenzland Mineralöl Handelsges. mbH, Plochingen; **Heilbronn:** Nachl. d. Karl Heinz Stalla, Zaberfeld-Leonbronn; **Memmingen:** TIMA-Touristik-Immobilien-GmbH; **Nürnberg:** Nachl. d. Johann Franz Lang, Neuhaus/Pegn.; Nachl. d. Kurt Hauck, Glasbläsermeister; **Osterholz-Scharmbeck:** Pural Bauelemente GmbH; **Stuttgart:** Nachl. d. Waltraud Deißler-Ackermann geb. Barth; Nachl. d. Eugen Heinz Egon Büchele; **Wesel:** Uwe Kohlmann, Kaufmann, Schermbeck; **Westerstede:** a) Rita Petruschke geb. Laqua b) Heinz Petruschke, Schlossermeister, Inh. d. Fa. „eft Heinz Petruschke"; **Wiesbaden:** Nachl. d. Peter Sperber, Amöneburg; Karl Schmelz, Wiesbaden-Dotzheim; **Wilhelmshaven:** Nachl. d. Peter Johannes Beckers, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Wennigsen: Ursula Beck, Kauffrau, Inh. e. Einzelhandelsunternehmens f. Damenmoden, Ronnenberg.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Enka gibt Zusatzaktien

Düsseldorf (J. G.) – Die Wuppertaler Enka AG, Mehrheitstochter des holländischen Akzo-Konzerns, hat 1983 aus 2,35 (2,31) Mrd. DM Teilkonzernumsatz den AG-Jahresüberschuß auf 82,4 (47,3) Mill. DM verbessert. Bis auf 0,83 Mill. DM Ausschüttung an den Rest der Streubesitzer, die damit 6,67 (2,67) DM je Aktie als ihnen garantierte zwei Drittel des jeweiligen Akzo-Dividendensatzes erhalten, geht alles in die Rücklagen. Das Aktienkapital wird nunmehr aus Rücklagen auf 297 (223) Mill. DM erhöht, wobei die im Verhältnis 3:1 ausgegebenen Zusatzaktien ab Anfang 1984 gewinnberechtigt sind.

Wieder Ausschüttung

Bonn (DW.) – Die Aktionäre der Tonwarenindustrie Wiesloch AG, Wiesloch (Baden), erhalten für 1983 erstmals wieder 10 Prozent Dividende. Das 130 Mitarbeiter beschäftigende Unternehmen hat im vergangenen Jahr mit rund 19 Mill. DM 9 Prozent mehr umgesetzt. Nachdem kürzlich der bisherige Großaktionär, die Heidenheimer Voith-Gruppe, ihr Aktienpaket von 75 Prozent des Grundkapitals an die Hamburger Unternehmer Karl Ehlerding und Klaus Hahn verkauft hatte, plant der Vorstand des Tondachziegel-Herstellers nun eine Kapitalerhöhung um 1 Mill. DM. Die Aktionäre erhalten ein Bezugsrecht für neue Aktien im Verhältnis 3 zu 1 zum Ausgabekurs von 100 DM je 50-DM-Aktie.

Auftrag für AEG

Frankfurt (dpa/VWD) – Von der Rheinbraun AG, Köln, erhielt AEG-Telefunken einen Auftrag über die elektrische Ausrüstung einschließlich Montage für zwei Schaufelradrücklader im Braunkohle-Tagebau Garzweiler. Den Auftragswert gab AEG-Telefunken mit 10,5 Mill. DM an.

Fokker mit Gewinn

Den Haag (dpa/VWD) – Die Flugzeugwerke Fokker BV Amsterdam haben das Geschäftsjahr 1983 mit einem Nettogewinn von 18 Mill. Gulden (16,1 Mill. DM) abgeschlossen nach einem Verlust von 10 Mill. Gulden im Jahr zuvor. Der Umsatz stieg um 14 Prozent auf rund 1,5 Mrd. Gulden (1,34 Mrd. DM).

Dorma-Türtechnik wächst

Düsseldorf (Py.) – Mit einer Umsatzsteigerung von 14 Prozent auf 193 Mill. DM hat die Dorma Baubeschlag GmbH + Co. KG, Ennepetal, in ihrem 75. Gründungsjahr ihre starke Marktposition im Bereich Türtechnik ausgebaut. Nahezu 45 Prozent des Umsatzes wurde im Ausland erzielt. Auf dem Inlandsmarkt wurde ein Umsatzplus von 12 Prozent erreicht. Auch 1984 erwartet das Unternehmen mit Produktionsstätten in Ennepetal, Reamstown / USA und Singapur wieder deutliche Zuwachsraten.

BASF

Dividende auf sieben DM erhöht

dpa/VWD, Ludwigshafen

Die BASF AG, Ludwigshafen, umsatzstärkster bundesdeutscher Chemiekonzern, wird seinen rund 355 000 Aktionären für 1983 eine wieder auf sieben DM (Vorjahr fünf nach sieben DM) erhöhte Dividende je Aktie zahlen. Einen entsprechenden Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns hat der Aufsichtsrat gestern nach Unternehmensangaben zugestimmt. Die Hauptversammlung findet am 29. Juni statt.

Die Dividendensumme beträgt 309,6 (Vorjahr 205,6) Mill. DM. Gewinnberechtigt ist ein Grundkapital von 2,21 Mrd. DM. Aus dem Ergebnis 1983 sollen ferner die Rücklagen um 80 Mill. DM verstärkt werden. Im Jahr zuvor waren es 30 Mill. DM. Die BASF-Gruppe erwirtschaftete im vergangenen Jahr den Angaben zufolge ein Ergebnis nach Steuern von 517,2 (274,6) Mill. DM.

Von den beiden anderen großen Chemiekonzernen, die umsatzmäßig mit BASF fast auf gleicher Höhe liegen, zahlt die Hoechst AG, Frankfurt, für 1983 ebenfalls eine Dividende von sieben (5,50) DM je 50-DM-Aktie. Auch die Bayer AG, Leverkusen, hat eine Erhöhung der Ausschüttung (1982: vier nach sieben DM) angekündigt. BASF verzeichnete für 1983 einen Weltumsatz von 37,85 Mrd. DM, Bayer von 37,34 Mrd. DM und Hoechst von 37,19 Mrd. DM.

RUHRKOHLE AG

Umschichtung weiter offen

dpa/VWD, Essen

Die seit Monaten im Gespräch befindliche Umschichtung im Aktionärskreis der Ruhrkohle AG, bei der vor allem einige Stahlgesellschaften ausscheiden wollen, ist noch immer offen. Aus dem Bundeskartellamt wurde bekannt, daß die zuständige 8. Beschlußabteilung eine Mehrheit von VEW, Dortmund, und Veba, Düsseldorf, nicht akzeptieren würde. Unter diesen Vorbehalt falle damit auch der Plan, durch die VEW und die Westdeutsche Landesbank (WestLB) eine neue Zwischenholding zu bilden.

Der Plan war entstanden, weil sich das Bundeswirtschaftsministerium bisher strikt dagegen gewandt hat, daß die WestLB und damit indirekt das Land Nordrhein-Westfalen als neuer Gesellschafter in den Aktionärskreis der Ruhrkohle AG eintritt. Das Bonner Ministerium ist gegen eine direkte Einflußnahme von NRW auf die Ruhrkohle AG, weil es dadurch eine Abwendung der anderen Bundesländer von der gemeinsamen Kohlepolitik befürchtet.

Dies sollte gemildert werden, indem man der VEW die Mehrheitsrechte bei der Zwischenholding VEW/WestLB überlassen wollte. Das Bundeskartellamt will dem wiederum nicht zustimmen, da sich in der Ruhrkohle-Hauptversammlung auch eine Abstimmungsmehrheit von VEW und Veba, also der Stromaktionäre, bilden könnte.

LUXEMBURG

Mehr Einlagen der Privatkunden

cd. Frankfurt

Die Banque Internationale à Luxembourg, die älteste Geschäftsbank des Großherzogtums, berichtet über eine Expansion in allen Geschäftsbereichen im letzten Jahr, das, wie Vorstandsvorsitzender Albert Dondelinger sagte, im Zeichen des Privatkundengeschäfts stand. Das Wachstum der Bilanzsumme um 8,6 Prozent auf umgerechnet 10,8 Mrd. DM wurde von der Zunahme der Einlagen um rund eine auf nahezu acht Mrd. DM getragen, zu der das 1983 eingeführte Eurokonto einen erheblichen Teil beitrug, ein für die internationale Kundschaft geschaffenes Konto für Festgeld-, Wertpapier- und Edelmetallgeschäfte. Weiter ausgebaut hat die BIL ihre Geschäftssparte Vermögensberatung für Privatkunden. Das im Rahmen des Portefolio Management betreute Vermögen hat sich seit 1981 nahezu verdoppelt.

Verstärkt hat die Bank, die mit einer hundertprozentigen Tochter in Singapur und mit Repräsentanzen in London und New York vertreten ist, auch ihre Aktivitäten am Euromarkt; dabei spiele, wie die Bank betont, die europäische Währungseinheit Ecu eine zunehmend wichtigere Rolle. Für 1984 wurde die Nettodividende von 225 auf 250 lfrs je Aktie erhöht. Der Reingewinn stieg von 19,2 auf 22 Mill. DM, Abschreibungen und Nettozuführung zu den Rückstellungen erreichten 115 (95) Mill. DM.

KÜNTZLE-GRUPPE / Mit frischen Backwaren auf Wachstumskurs

Eigene Ladenkette wird ausgebaut

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit dem Aufbau einer eigenen Ladenkette, die der Vorliebe vieler Menschen für backofenwarme Brötchen, Brezeln, Käsestangen, Pizzataschen und andere frische Backwaren Rechnung trägt, hat Wilhelm Küntzle, geschäftsführender Gesellschafter der Küntzle-Brot GmbH, Freiberg/Neckar, einen Volltreffer gelandet, inzwischen aber auch einige Nachahmer gefunden. Dem zunehmenden Trend zur Frische kommt Küntzle mit nunmehr 25 sogenannten „Stefansbäck"-Läden entgegen, eine Konzeption, bei der auf Grundflächen zwischen 50 und 100 Quadratmetern Laden und Schaubäckerei eine Einheit bilden.

Der Kunde kann unter 30 verschiedenen Brotsorten auswählen und nebenbei dem Bäcker über die Schulter schauen. Neu eingeführt wurden inzwischen auch Steh-Cafés, in denen neben frischen Backwaren Kaffee und alkoholfreie Getränke angeboten werden. Als „Flaggschiff" der Ladenkette, die ihren Schwerpunkt im Großraum Stuttgart hat, aber auch nach Frankfurt, Wiesbaden und Heidelberg reicht, soll in der Stuttgarter Schulstraße Anfang nächsten Jahres ein Laden mit über 100 Quadratmetern Fläche in Betrieb gehen. Ende 1984 wird das Netz 30 Läden umfassen, mindestens 5 weitere sollen jedes Jahr hinzukommen.

Die Tochtergesellschaft Stefansbäck GmbH, die ihren Umsatz 1983 um 12,3 (1982: 8,4) Prozent gesteigert hat, peilt im laufenden Jahr eine Verdoppelung auf rund 24 Mill. DM an. Da Küntzle mit seinen Stefansbäck-Läden ausschließlich beste Lagen in den Innenstädten beansprucht, ist auch die Mietbelastung (5,4 Prozent vom Umsatz) hoch und macht eine rege Kundenfrequenz mit entsprechend großen Umsätzen unabdingbar.

Über die Erschließung dieses wachstums- und auch gewinnträchtigen Marktes schuf sich Küntzle zugleich eine stabile Ertragsbasis, um im Verdrängungswettbewerb des industriellen Backwaren-Programms, das den SB-Bereich, also Einzelhandel, Kantinen, Discounter, Verbrauchermärkte und Filialisten ansteuert, Standfestigkeit zeigen zu können.

Der Umsatz des Stammhauses Küntzle-Brot GmbH nahm 1983 um 13,5 Prozent auf 21 Mill. DM zu, für 1984 wird ein Umsatz von 24 Mill. DM angestrebt. Der konsolidierte Gruppenumsatz dürfte damit auf annähernd 45 Mill. DM kommen.

Um im scharfen Wettbewerb mit seinen Kräften besser hauszuhalten, hat Küntzle sein Verkaufsgebiet in diesem Sektor auf den Großraum Stuttgart eingeschränkt. Wie alle Brot- und Backwarenfabriken beklagt Küntzle das Nachtbackverbot als großes Hemmnis. Sein Wagenpark umfaßt 55 Lieferfahrzeuge. Die Investitionen liegen mit rund 4 Mill. DM im Rahmen der Abschreibungen. Geplant ist neben einer Fabrikerweiterung auch der Bau eines Schulungscenters.

Küntzle, der die Ertragslage der Gruppe mit „gut" beschreibt und auf eine Eigenkapitalquote von 40 Prozent verweisen kann, sieht für 1984 eine Aufstockung der Beschäftigtenzahl von 420 auf 510 Mitarbeiter vor. Keimzelle des Unternehmens ist ein 1960 gepachteter kleiner handwerklicher Bäckereibetrieb.

KUREN IN DEUTSCHLAND

Wer etwas für seine Gesundheit tun will oder muß, der hat die Wahl zwischen 257 Heilbädern und Kurorten. Gegen jedes Zipperlein ist ein Kraut gewachsen, sprudelt eine Therme, weht eine jodhaltige Brise, stehen Wannen voll Moor bereit.

DER KOMMENTAR

Auf die Präventivkur kann man nicht verzichten

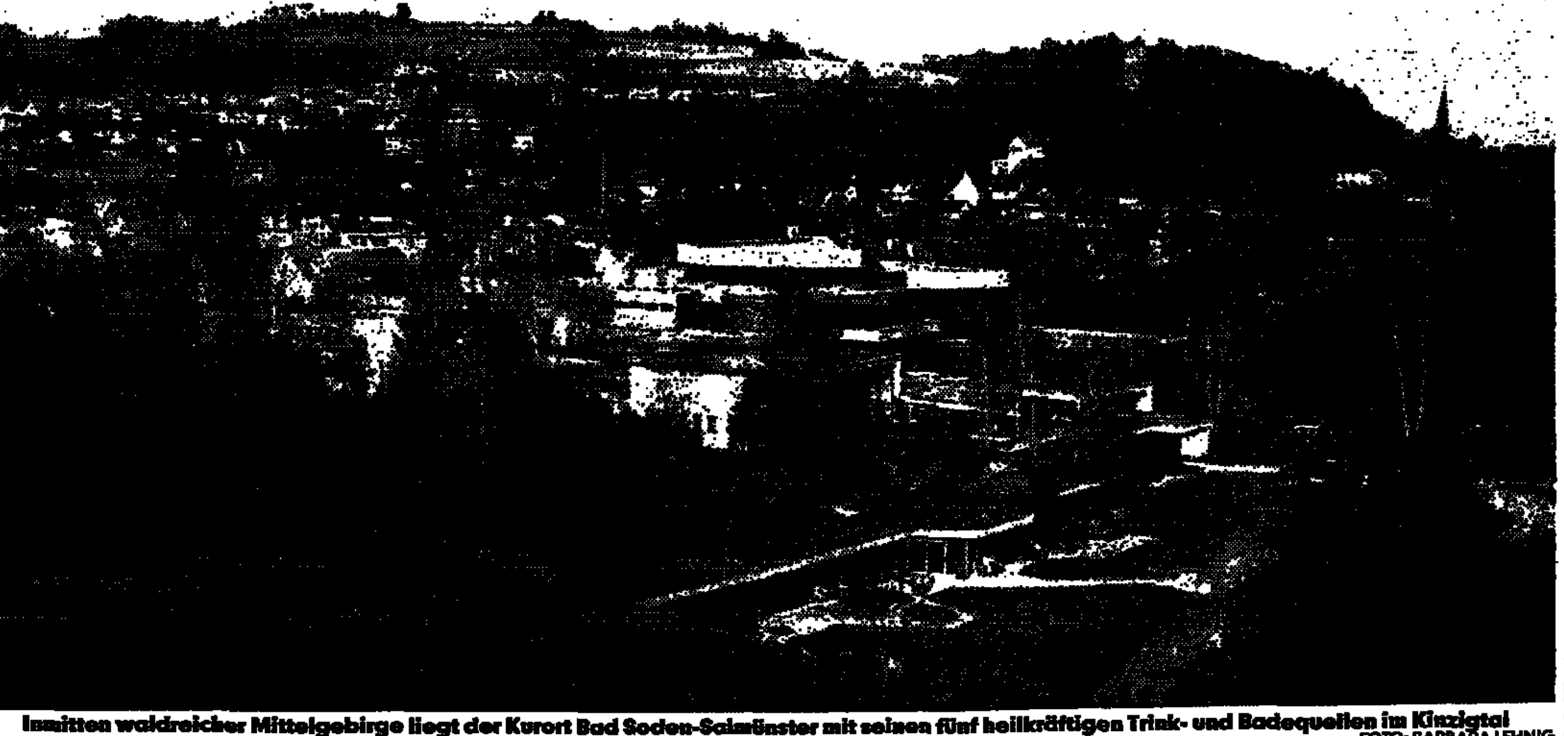
Krokodilstränen der SPD-Fraktion über die negativen Folgen eines noch unter ihrer Regierungsverantwortung verabschiedeten Gesetzes und verhaltener Optimismus für die Zukunft bei den angerufenen Experten sind das Fazit einer vom Arbeitskreis Sozialpolitik und der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD veranstalteten Sachverständigenanhörung zur Situation der Kurorte und Heilbäderbetriebe. Nicht einer der Praktiker, der nicht über leere Betten in den Kurorten, den Verlust von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich der Heilbäder, fehlende Ersatzarbeitsplätze und den weitgehenden Verzicht auf Präventiv-Kuren klagte. So war zu hören, daß in Bad Neuenahr im ersten Quartal des Jahres 21 000 Übernachtungen verbuchen konnte, während es 1981 im gleichen Zeitraum noch 41 000 Buchungen waren und daß langfristig die Infrastruktur der Kurorte nachhaltig geschädigt ist, nicht zuletzt durch den Verlust von insgesamt 50 000 Arbeitsplätzen.

Welches Patentrezept den Kurorten verschrieben werden muß, beantworten die Experten kontrovers. Gesellschaftspolitisch orientiert erscheinen die Vorschläge des DGB-Vertreters Erich Standfest: Man müsse das Zugangsprinzip zu den *Kuren reformieren, um auch sozial* schwächeren Schichten die Rehabilitation zu ermöglichen. Dabei käme eine Selbstbeteiligung nicht in Betracht, denn man wolle kein klassenspezifisches Gesundheitswesen.

Weniger ideologisch ausgerichtet diagnostizierten die Vertreter der Sozialversicherungen und der Heilbäder die mißliche Situation. Hatten die Kurorte nach der Bettenflucht als Folge des SPD-Gesetzes mehr oder weniger erfolgreich versucht, auch den Feriengast für den Aufenthalt im Heilbad zu interessieren, müsse jetzt angesichts des attestierten Aufwärtstrends gehandelt werden. Unter der Prämisse der gesundheitspolitischen Bedürfnisse nach der Kur als Mittel zur Erhaltung der Volksgesundheit führe kein Weg an der Wiedereinführung der Präventiv-Kur vorbei. Daß damit eine Selbstbeteiligung in Form von Urlaubsverzicht oder einer Geldleistung verbunden sein muß, ist eine Erkenntnis der angehörten Praktiker.

Der gordische Knoten zur Lösung der Probleme der Heilbäder ist noch nicht durchschlagen, aber jenseits von parteipolitischer Ausrichtung zeichnet sich ein konsensfähiger Weg ab, um sowohl den Kurorten zu helfen, als auch die Kur wieder zur tragfähigen dritten Säule des Gesundheitswesens zu machen.

THOMAS THOMER



Inmitten waldreicher Mittelgebirge liegt der Kurort Bad Soden-Salmünster mit seinen fünf heilkräftigen Trink- und Badequellen im Kinzigtal
FOTO: BARBARA LEHNIG

König Heinrichs Wohl und Wehe

Bad Soden-Salmünster

Um 13.00 Uhr fällt automatisch die Schranke. Dann ist Bad Soden-Salmünster im Kinzigtal zwei Stunden für den Durchgangsverkehr gesperrt und die Ruhe im hessischen *Thermal-Sole-Kurort* gesichert. Denn die Ärzte des modernen Bades haben festgestellt: „Der Gesundheitszustand unserer Patienten war noch nie so schlecht wie heute. Wer zur Kur kommt, hat es bitter nötig".

Hessens viertgrößtes Heilbad ist stolz auf sein reizschwaches Bioklima. So nennt der Spezialist, was wir als angenehm ausgeglichene Temperaturen und staubfreie würzige Luft empfinden. Das altmodische Attribut „anmutig" charakterisiert die Lage des Ortes im Tal von Kinzig und Salz. Ein Stück Vogelsberg, eine Prise Rhön und viel, viel Naturpark Spessart gehören dazu. Mitten in dieser waldreichen Mittelgebirgslandschaft gelegen, ist Bad Soden-Salmünster an sich schon ein erholsamer Flekken. Durch seine Quellen und modernen Kurmittel-Anwendungen ist das Bad bewährt bei Herz- und Gefäßerkrankungen, Rheuma, Wirbelsäulen- und Gelenkschäden, Erkrankung der Atmungsorgane, Eisenmangel und zahlreichen Kinderkrankheiten.

Bad Soden ist schon über 100 Jahre Kurort. Erst die Gebietsreform von 1974 machte es zusammen mit dem historischen Salmünster zu einer 11 000 Einwohner-Gemeinde. Kurzentrum aber bleibt Bad Soden mit 4000 Einwohnern und 3300 Betten in der für ein mittleres Bad erstaunlichen *Zahl von zehn Kliniken, fünf* Kurheimen, drei Sanatorien so wie zahlreichen Hotels und Pensionen.

Anziehungspunkt Nummer eins – und das nicht nur für Kurpatienten – ist das 1975 eingeweihte Thermal-Sole-Bewegungszentrum mit über *1000 Quadratmeter* Wasserfläche, großem Hallenbad und wohlig-warmem Außenbecken, in dem alle 30 Minuten die Wogen hochgehen. „Das ganze Jahr Badewetter im Binnenland mit Wellengang", so lockt das Heilbad auch die Gesunden.

Fünf heilkräftige Trink- und Badequellen entspringen in Bad Soden-Salmünster, das sich erst nach Zweiten Weltkrieg zum heutigen Kurort entwickelte. Nachdem 1837 fast versehentlich eine „höchst merkwürdige Mineralquelle" wiederentdeckt wurde rüstete sich die alte Salzsode zur „Bade- und Trinkanstalt". Doch erst im Jahre 1881 konnten Kurhaus und Sanatorium eröffnet werden. Mit gezieltem Einsatz bohrten die Sodener dann 1927 nach neuen Quellen und im Jahr darauf zischte der heutige König-Heinrich-Sprudel aus der Erde. Als artesischer Brunnen ist er von so starker Heilwirkung, daß Wohl und Wehe des Bades bis heute an König Heinrich hängen.

Ende 1970 zählte Bad Soden-Salmünster jährlich etwa 50 000 Kurgäste mit über *800 000* Übernachtungen. Dann kam das Kostendämpfungsgesetz und damit der große Einbruch. Zu allem Schreck blieb auch noch König Heinrich weg – über Nacht. Die Ursache: Verschüttung durch Verwerfung mit Gesteinsnachfall.

Fünfzehn Monate bohrende Ungewißheit folgten. Erst 90 Meter unter der ursprünglichen Quelle wurden die Spezialisten fündig: Aus 539 Meter Tiefe sprudelt König Heinrich aufs Neue hervor. Die Verschnaufpause hat ihm offensichtlich gut getan. Der neue Heinrich ist um zehn Prozent besser als der alte. Und die größte Überraschung: Sein Eisengehalt ist so außergewöhnlich stark, daß er Bad Soden-Salmünster zu Hessens einzigem Stahlbad und zur zweitstärksten *Eisenquelle* der Bundesrepublik macht.

Quelle gut, alles gut. Doch da ist noch die Bäderkrise. 1982 gingen die freien Badekuren hier um 56 Prozent zurück, im Jahre darauf noch einmal um 36 Prozent. Im Sozialversicherungsbereich ging's ähnlich rapide bergab mit der Gästezahl. Kurdirektor Christmann sann auf Abhilfe. Sein Rezept: Werbung und Neuorientierung. Der Erfolg bleibt nicht aus. Bad Soden-Salmünster zählt dieses Jahr in jeder Betriebswoche 35 Prozent mehr Gäste als 1983.

Noch in diesem Mai wird im modernen Kurmittelhaus eine neue Abteilung für „Naturheilverfahren und Chiro-Therapie" eröffnet. Christmann hat nämlich bei einer Universität einen „Kurort-Entwicklungsplan" in Auftrag gegeben und so herausgefunden, daß „Kur + Natur" stark gefragt sind.

Die Aktivitäten hören nicht bei der medizinischen Kur auf. Da wird mit viel Geld die Hauptstraße durch Blumenkästen zur Slalomstrecke und da*mit zur* verkehrsberuhigte Zone gemacht. Der Golfplatz hat ein neues Clubhaus, im Kurpark gibt's Anfang Juni die Internationalen Musiktage, zum Brunnenfest und zum Burgfest mit Feuerwerk werden wieder 10 000 bis 12 000 Menschen erwartet. Was Wunder, *daß es da* Kurgäste gibt, die zum x-ten Male hier sind. Frau Ulsamer aus Krefeld zum Beispiel war schon 75mal da.

BARBARA LEHNIG

*

Auskunft: Städtische Kurverwaltung, 6483 Bad Soden-Salmünster.

KURNOTIZEN

Helgoland

Der ostfriesische Flug-Dienst (OFD) hat seinen Sommer-Flugplan zu den ostfriesischen Inseln und Helgoland auf zwei Flüge täglich ausgeweitet. Während jeden Morgen von Emden aus eine Maschine über Borkum, Juist, Norderney und Helgoland nach Bremerhaven fliegt, startet dort gleichzeitig ein Flugzeug in der Gegenrichtung. Der OFD bietet zudem tägliche Flüge zwischen Düsseldorf und den ostfriesischen Inseln inklusive Helgoland an (Auskunft: Kurverwaltung, Lung Wai, 2192 Helgoland).

Bad Driburg

Bad Driburgs Kurgäste bekommen von der Kurverwaltung einen „Kur-Gast-Paß" ausgehändigt. Dieser enthält 30 Gutscheine, der bei Einkäufen in bestimmten Geschäften, in der Schönheitsfarm, bei der Entwicklung von Filmen, bei Ausflügen und bei anderen Gelegenheiten Vorzugspreise gewähren.

Hindelang

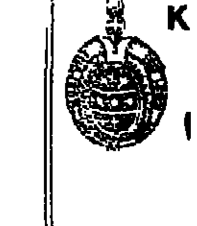
Der heilklimatische Kurort Hindelang-Bad Oberndorf im Oberallgäu präsentiert sich als vielseitiges Kurgebiet, weil sowohl dem Kurgast als auch dem Wanderer und Bergsteiger eine ursprüngliche Landschaft von hohem Erholungswert erhalten blieb. Urlauber und Kurgäste finden hier ein breites Angebot der Unterhaltung und Beschäftigung, so zum Beispiel Tennisplätze, Schwimmbäder oder Minigolfanlagen. Über 100 Kilometer Spazier- und Wanderwege erschließen das Wander- und Bergsportgebiet (Auskunft: Kurverwaltung, 8973 Hindelang).

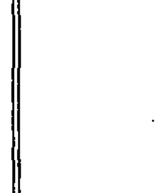
Bad Brückenau

Auf Elektronische Datenverarbeitung hat das Bayerische Staatsbad Brückenau *in der Rhön, 35* Kilometer südlich von Fulda, auch seinen Gästeservice umgestellt. Der Computer soll unter anderem die Ausgabe von Kurkarten und Kurmitteln beschleunigen helfen.

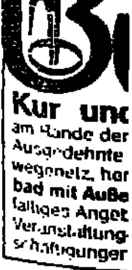
Bad Königshofen

Das östlich von Schweinfurt gelegene Bad hat seinem Kurgarten den letzten Schliff gegeben. Neben neuen Wegen wurden Spielanlagen für Tischtennis, Großschach und Boccia geschaffen.









BAYERN

Stilles Bad am Wald

Windischbergerdorf

Das Dorf ist klein und still, man merkt ihm sein Alter nicht an, das der Name ausweist, der aus früher, slawischer Besiedlung herrühren dürfte. Und trotzdem ist es vielen bekannt, die hier in der Bayerwaldklinik Ruhe, Erholung und neue Kräfte fanden. Seitdem Kuren der Sozialversicherungen spärlicher wurden, hat man das Programm wesentlich erweitert, bietet Erholung und „Gesundheits-TÜV", Fitnesswochen und allgemeines Check-up, Zelltherapie und Schönheitspflege und nicht zuletzt psychologische Betreuung in einem Urlaub, der der Regeneration ebenso dienen soll wie dem Sammeln erfreulicher Eindrücke in der herrlichen Landschaft und bei den Kunstschätzen der Umgebung.

Die Bayerwald-Kurklinik liegt direkt am Wald, ein wenig außerhalb des Dorfes, so ist die Ruhe gesichert. Und das nahe Cham mit dem herrlichen Chammünster bietet ebenso Abwechslung und Historisches wie die Möglichkeit, einen gemütlichen Einkaufsbummel zu machen.

Das Haus selbst ist mit allem Komfort ausgestattet. Alle Zimmer haben Dusche oder Bad und WC, zwei Hallenbäder, Sauna, Solarium gehören ebenso zur Ausstattung wie eine komplette Bäder- und Kneippabteilung, dazu Tischtennis-, Billard- und Bastelräume, Tennis, Minigolf und Angelgelegenheiten am Regenfluß. Acht Ärzte kümmern sich um das Wohl der Erholungssuchenden. Doch was dem Besucher als Allererstes auffällt, wenn man das Haus betritt, ist die heiter-gelöste Atmosphäre. Lachen scheint hier zum Erholungs- oder Kurprogramm zu gehören.

Wie sehen nun solche „Kurlaube" aus? Da gibt es die Fitness-Woche, die auch auf zwei, drei oder vier Wochen ausgedehnt werden kann. Der Tag beginnt mit Gymnastik oder Waldlauf, montags und mittwochs ist Gruppenwandern, dienstags und donnerstags Aerobic oder Jazzgymnastik, donnerstags eine Busrundfahrt durch den Bayerischen Wald, dazu – je nach ärztlicher Verordnung – pro Woche zwei Bäder und zwei Handmassagen, das Ganze für 350 Mark. „Gesundheits-TÜV" gibt's je nach Umfang für 50 bis 490 Mark.

PETER BORG

*

Auskunft: Verkehrsamt, 8491 Cham-Windischbergerdorf.

BAD WINDSHEIM

Von der Reichsstadt zur modernen Kurstadt

Bad Windsheim

Rivalitäten scheiden aus, wenn sich in diesem Jahr Vertreter ehemaliger reichsunmittelbarer Städte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in Windsheim begegnen, um mit ihm sein 700jähriges Stadtjubiläum zu feiern. Die Örtlichkeit, in der touristischen Werbesprache als „gemütliche Ecke Frankens" bezeichnet, war einst ein wichtiger Umschlagplatz an der Handelsstraße zwischen Böhmen, Nürnberg, Rhein und Flandern. Geblieben sind die Rebenhänge des südlichsten Weinbaugebietes in Franken und die inzwischen als Naturpark geschützten Waldflächen Steigerwald und Frankenhöhe, darin der Aischgrund mit seinem Karpfenüberfluß.

Wie von dem wieder aufgelegten Stadtsiegel des Jahres 1284 abzulesen, war König Rudolf I. damals schon 73 Jahre alt. Ob seine Privilegien für Windsheim noch großzügiger ausgefallen wären, hätte er sich an den Windsheimer Sole- und Mineraltrinkwasserquellen regenerieren können, wer mag das entscheiden? Als Heilbad erst 1961 staatlich anerkannt, ist sein 1902 in tiefen Muschelkalkschichten erbohrtes Wasser freilich schon damals einem begrenzten Kreis von Rheumapatienten bekannt gewesen. Die Heilanzeigen umfassen inzwischen Erkrankungen von Magen, Darm, Leber, Galle und Bauchspeicheldrüse.

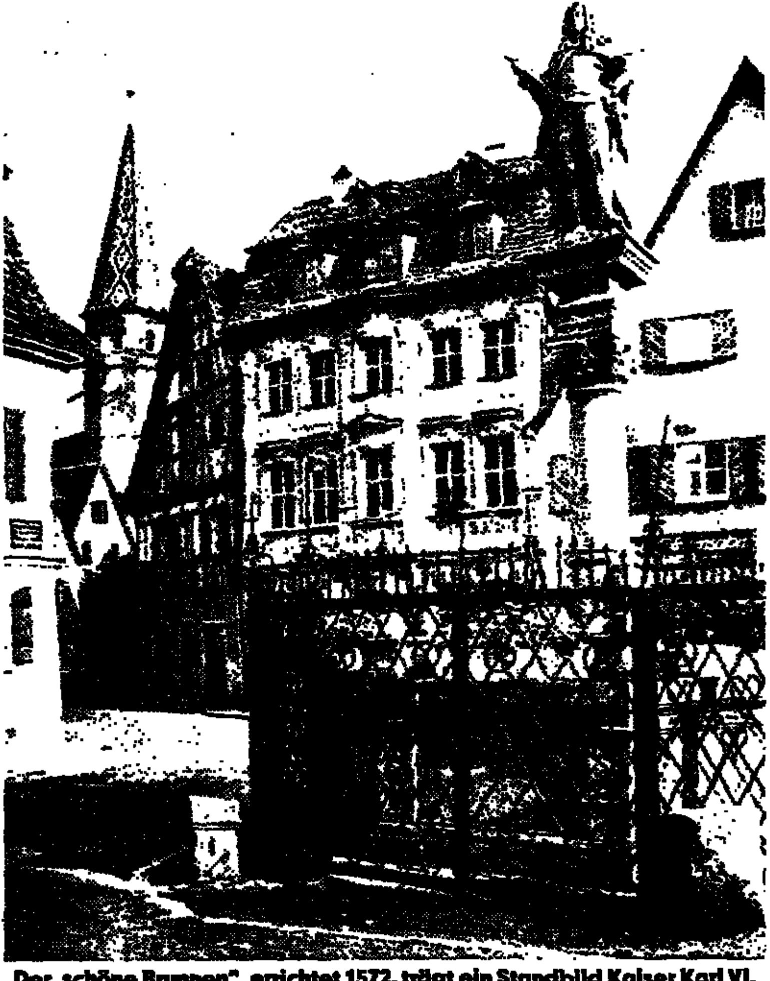
Kurveteranen mögen es bedauern, daß sich der Aufstieg Windsheims zu einem der fortschrittlichsten Bäder Bayerns seitdem unaufhaltsam vollzieht. Dort, wo einst ein bescheidenes Badehaus mit kleiner Parkfläche einer überschaubaren Zahl von Kurgästen genügte, breitet sich heute ein Kurzentrum mit einem Kostenaufwand von 18 Millionen Mark aus, bestehend aus der 1971 eröffneten Kurklinik Augustinum, der von der Landesversicherungsanstalt getragenen Frankenland-Klinik und der „Residenz", einem Ruhesitz für Senioren. Der Kurgarten erstreckt sich über 500 000 Quadratmeter. Bad Windsheim verfügt über zwei Heilquellen. Mit einem Kochsalzgehalt von 24,5 Prozent darf sich die Windsheimer Sole zu den konzentriertesten Erdausgießungen dieser Art rechnen. Geschmacklicher Widerwille bei der oralen Einnahme von Glauber-Bittersalzwasser steht im umgekehrten Verhältnis zum damit erzielten Wohlbefinden.

Einen Hinweis auf Salz enthält das vor 160 Millionen Jahren entstandene 30 Kilometer lange und fünf Kilometer breite Keupermeer zwischen der Aischquelle und dem Quellgebiet der fränkischen Rezat schon lange. Ob aber die Franken, als sie im 6. Jahrhundert n. Chr. auf dem Boden des heutigen Windsheim einen Königshof errichteten, mit Salz- und Gipslagern schon medizinische Vorstellungen verbanden, ist ungewiß.

Kaum mit dem Titel der freien Reichsstadt prämiert, wurde „Windeshim" dreimal von bankrotten Fürsten verpfändet, zuletzt im Jahre 1325 von Kaiser Ludwig dem Bayern, der danach feierlich gelobte, „daß er Windsheim ewiglich nimmermehr versetzen, verkümmern, enpfrönen und verpfänden sullen und wullen, in kein weis."

Die Windsheimer, die sich aus eigener Kraft immer wieder auslösten, haben mehr als einmal einen bemerkenswerten Drang nach Unabhängigkeit bewiesen. Ohne Rücksicht auf ihre fränkische Katholizität gingen sie geschlossen zu Luther über. Sie bezogen in der Speyrer Protestaktion von 1530 mutig gegen die Ächtung des Reformators Stellung, indem sie Karl V. im gleichen Jahr die als „Augsburger Konfession" bekannte Bekenntnisschrift überreichten. Luther zeigte sich mit einer Bibel von zeitgenössischem Format erkenntlich. Mit eigenhändiger Widmung versehen, der sein auf Lucas Cranach zurückgehendes Originalporträt vorangestellt ist, liegt sie im Schrein des Stadtarchivs, zusammen mit kostbar eingebundenen Mönchshandschriften und der aus 6000 Bänden bestehenden Klosterbibliothek. Als jüngster Fund in der Foliantensammlung erregte die letzte Disputation Martin Luthers aus dem Jahre 1545, von Fachleuten für sein theologisches Testament gehalten, Aufsehen.

Auch für den betagten Bewohner der Seniorenresidenz oder den von seiner Therapie in Anspruch genommenen Kurgast kann es höchst anregend sein, sich neben der Sole noch ein Wechselbad an Geschichte in den Straßen Alt-Windsheims verschreiben zu lassen. Denn unter den fränkischen Fachwerkbauten ist fast keines, das sich nicht mit den widerspruchsvollen Ereignissen der Vergangenheit identifiziert, mit dem 30jährigen Krieg, der Windsheim für seine protestantische Außenseiterrolle büßen ließ, mit 25 Hexenprozessen und der großen Feuersbrunst von 1730.



Der „schöne Brunnen", errichtet 1572, trägt ein Standbild Kaiser Karl VI.
FOTO: HECKEL

Vom historischen Kern blieb gleichwohl manches erhalten: vom 1291 gegründeten Augustinerkloster der Chor der Kirche, der Schöne Brunnen von 1572, Seekapelle (1400–1402), Spitalkirche aus dem Jahre 1318 und der Bauhof mit seinem aus 35 000 Ziegeln zusammengesetzten Walmdach, als Ständerhaus ein Meisterwerk mittelalterlicher Zimmermannsarbeit. Das Haus in der Stellergasse Nr. 8 mit einer Schwedenkugel am Gesims beherbergte vorübergehend Gustav Adolf und seine Gemahlin Eleonore. In dem 1537 als Kastenhaus entstandenen Ochsenhof stellten schwedische Soldaten das von ihnen requirierte Vieh ein und gaben es den unglücklichen Bauern nur gegen hohes Lösegeld heraus. Einmal Quartier für die katholische Liga mit Tilly, Wallenstein und dem kaiserlichen Reitergeneral Pappenheim an der Spitze, das andere Mal für den schwedischen Feldmarschall Wrangel und seine Truppen, war die freie Reichsstadt zum Spielball der Mächte geworden. 1802 verlor sie ihre Reichsunmittelbarkeit, und bis 1809 war sie abwechselnd preußisch, französisch und österreichisch, bis sie 1810 endgültig zum Königreich Bayern geschlagen wurde.

Diese Epochen bis zurück in die Vorgeschichte halten drei in den letzten Jahren entstandene Museen in Windsheim fest: der Ochsenhof mit einer Sammlung aus Volkskunde und Stadtgeschichte, das prähistorische Museum in der alten Lateinschule und das 40 Hektar große Freilandmuseum am Südrand der Altstadt.

I. MEYER-SICKENDIEK

*

Auskunft: Kurverwaltung Bad Windsheim, Rathausarkaden, 8532 Bad Windsheim.

PAUSCHAL-KUREN

Bad Oeynhausen

Im Staatsbad Bad Oeynhausen kommt man mit einer speziellen Fitneß-Kur „Fit in den Frühling". Im Preis von 336 Mark sind sieben Übernachtungen mit Frühstück, Badearztkosten, Kurtaxe, dreimal Schwimmen in den Thermalbädern, zweimal Sauna und Sportmassage, Spezialtraining im Fitneß-Studio und Solariumbenutzung enthalten (Auskunft: Staatliche Kurverwaltung, 4970 Bad Oeynhausen).

Bad Laasphe

Die Kurklinik „Emmaburg" in Bad Laasphe, die bei Herz-, Kreislauf- und rheumatischen Erkrankungen, bei Übergewicht und Erkrankungen des Bewegungsapparats und der Wirbelsäule aufgesucht werden kann, hat verschiedene Pauschalkuren im Programm. So können unter anderem eine Sieben-Tage-Generaluntersuchung auf Risikofaktoren, eine 14-Tage-Revital-Kur oder eine 21-Tage-Gewichtsabnahme-Kur für 950 bis 3820 Mark gebucht werden. Die Vollpensionspreise liegen zwischen 65 und 105 Mark pro Tag und Person (Auskunft: Kurklinik Emmaburg, 5928 Bad Laasphe).

Bad Laer

Das Sole-Heilbad an den Südhängen des Teutoburger Waldes hat jetzt ein preisgünstiges Pauschalangebot für Tennisspieler zusammengestellt. Dieses Angebot kann für eine Woche (Übernachtung mit Frühstück) ab 541 Mark bis zu drei Wochen ab 1504 Mark gebucht werden, mit Vollpension kosten die Pauschalen 659 beziehungsweise 1837 Mark. Zur Tennis-Pauschale gehören die Benutzung der Tennisplätze, die Kurzmitgliedschaft im Tennisclub von Bad Laer, die Kurtaxe sowie die Anwendung verschiedener Kurmittel (Auskunft: Kurverwaltung, 4518 Bad Laer).

Bad Dürrheim

Wer Frühjahrsmüdigkeit und Winterspeck loswerden möchte, der findet in Bad Dürrheim im Schwarzwald willkommene Starthilfe. Die Sieben- oder 24-Tage-Programme stehen unter dem Motto „Fit in den Frühling". Es stehen vier Beherbergungskategorien zur Auswahl, angefangen beim einfachen Privatquartier mit Frühstück ab 147 Mark bei einer Woche Aufenthalt bis zum Kur- und Sporthotel mit allem Komfort. In der Pauschale sind unter anderem eine Freikarte für das Sole-Mineral-Bewegungsbad und eine Kurkarte enthalten, die bei Veranstaltungen Vergünstigungen bietet (Auskunft: Kur- und Bäder GmbH, 7737 Bad Dürrheim).

Ambach

Die Kurkliniken Wiedemann, am Starnberger See, am Bodensee, in Meran und auf Gran Canaria gelegen, haben für streßgeplagte Manager eine Aufbau-Therapie anzubieten, die bei Erschöpfung, Leistungsabfall, Vitalitätsschwäche und anderen Symptomen der Überforderung wirksam eingesetzt werden kann. Die tägliche, zweistündige Therapie sieht unter anderem eine Vital-Zell-Behandlung, Bewegungs- und Atemübungen, Massagen, Bäder und autogenes Training vor. Sauna, Solarium, Hallenbad, Fitnesscenter sowie Golf- und Tennisplätze sorgen für eine gesunde Freizeitgestaltung. Die Wiedemann-Kur dauert vier bis sieben Tage und kostet ab 1500 Mark zuzüglich Unterbringung (Zimmer, Appartement oder Suite) mit Vollpension zum Preis von 95 bis 250 Mark pro Person und Tag (Auskunft: Wiedemann Internationale Kurhotels und Gesundheitszentren, 8193 Ambach am Starnberger See).

Bad Salzuflen

Im lippischen Staatsbad Salzuflen wurde eine „Seniorenkur" aufgelegt. Die dreiwöchige Kur wurde von Medizinern mit ganz speziellen Therapiemethoden auf ältere Menschen ausgerichtet. Neben sorgsam ausgewählten und individuell verordneten Kurmitteln sind auch die ärztliche Untersuchung und die Kurtaxe im Preis von 650 Mark eingeschlossen (Auskunft: Kur- und Verkehrsverein, 4902 Bad Salzuflen).

Bad Steben

An Tennis-, Reit- und Wanderfreunde wendet sich Bayerns Staatsbad Bad Steben. Das einwöchige Pauschalarrangement ist für die Wanderfreunde ab 153 Mark zu buchen, während für Tennis- und Reiterferien ab 300 Mark zu zahlen sind. Im Preis sind außerdem noch eine Reihe von Zusatzleistungen vom Solarium bis zu Billard-Stunde enthalten (Auskunft: Staatliche Kurverwaltung, 8675 Bad Steben).

Überraschung am Aktienmarkt

Trotz Streikgefahr sorgten Meinungskäufe für behauptete Kurse

DW.- Wenige Kaufaufträge reichten an der Mittwochbörse aus, um die Kurse der meisten Standardaktien leicht anzuheben. Als Ursache für die überraschenden Aktivitäten wird der vorangegangene Kursanstieg an der New Yorker Börse genannt. Neuerdings scheint man aber auch den steigenden Dollar als Stimulanz zu betrachten, weil er die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im Dollarraum stärkt. Die sich in der Metallindustrie zuspitzende Streikgefahr gewann keinen direkten Einfluß auf die Kursbildung.

Obwohl die IG Metall im Tarifbezirk Baden-Württemberg Streiks in Aussicht genommen hat, konnte der Daimler-Kurs von dem Meinungskäufen ebenso profitieren wie die VW-Aktie. Im Maschinenbaubereich lagen Linde bemerkenswert fest, Käufe waren auch bei Mannesmann zu beobachten. Siemens konnte die 400-Marke wieder einmal überschreiten. Hier sollen auch Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben. Verstärkt hat sich das Interesse für Stahlaktien, während die Papiere der Banken nahezu unverändert blieben. Elikraft, am Vortag kräftig heraufgesetzt, wurden um etwa 10 Prozent ihres Kurswertes wieder zurückgenommen. Hier steht eine Kapitalzusammenlegung bevor.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten sich um 3,50 DM, Huta zogen um 3 DM anund Leffers schlossen mit einem Plus von 12 DM auf 502 DM ab. Kochs Adler verminderten sich um 5 DM auf 380 DM und Sternbräu gaben um 6 DM auf 176 DM nach.

Frankfurt: Commerbank-Restquoten wurden bei Doppelplusankündigung weiter um 2 DM auf 15,20 DM heraufgesetzt. Stuttgarter Hofbräu stiegen um 22 DM auf 477 DM, Hofbräu Vorzüge um 20 DM auf 430, Kupferberg gaben um 20 DM auf 660 DM nach. Concordia Chemie 735 DM plus 25 DM und Riedel de Haen 420 DM plus 9 DM.

Hamburg: Markt und Kühlhallen schwächten sich weiter auf 325 DM minus 5 DM ab. Bremer Vulkan setzten mit 61 DM ein und lagen danach bei 62 DM minus 2 DM. Wenig verändert verkehrten HEW mit 97,40 DM plus 0,40 DM, NWK Vz. mit 178 DM unverändert sowie Phoenix Gummi mit 137 DM plus 0,80 DM. Im Bankenbereich blieben Vereins- und Westbank mit 300 DM unverändert.

München: Eteinne Aigner verminderten sich um 1,50 DM auf 297,50 DM, Diamalt AG sanken um 4 DM und Gebe AG gaben um 3 DM auf 270 DM nach. Agrob St. erhöhten sich um 1 DM, Flachglas zogen um 2 DM auf 252 DM an und Otto Stumpf verbesserten sich um 4,80 DM auf 136,80 DM.

Berlin: Concordia Chemie zogen um 30 DM an. Detewe verbesserten sich um 4 DM, Berthold um 2,50 DM, Kempinski und Orenstein um je 2 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM, DUB-Schultheiss und Schering um je 1 DM. Herlitz St. gaben um 2,80 DM nach.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex: 159,4 (149,5)
WELT-Umsatzindex: 1851 (1426)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

	25. 4.	24. 4.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	211
Gösser-Brauerei	325	328
Länderbank Vz.	204	205
Österr. Brau AG	307	301
Perlmooser	356	354
Reininghaus	382	382
Schwechater Br.	157	157
Semperit	-	-
Steyr-Daimler-P.	149	149
Universale Hoch Tief	-	210
Veitscher Magnesit	217	218
Index	54,97	54,98

Kopenhagen

	25. 4.	24. 4.
Den Danske Bank	259	261
Jyske Bank	550	535
Kopenh. Handelsbk.	264	267
Novo Industri	2480	2490
Privatbanken	296	304
Ostasiat. Komp.	179	176
Dan. Sukkerfabr.	660	655
For. Bryggerier St.	995	980
Kgl. Porz. Fabr.	380	380

Brüssel

	25. 4.	24. 4.
Arbed	1820	1790
Brux. Lambert	2385	2385
Cockerill Ougrée	324	319
Ebes	2750	2765
Gevaert	5300	5300
Kredietbank	7130	7110
Petrofina	7950	7930
Soc. Gén. d. Belg.	1890	1890
Sofina	6060	6010
Solvay	4135	4120
UCB	5340	5350
Index	154,69	154,89

Singapur

	25. 4.	24. 4.
Cycle + Car.	4,16	4,16
Cold Storage	4,10	4,18
Dev. Bk. of Sing.	10,00	10,00
Fraser + Neave	6,25	6,70
Kl. Kepong	2,91	2,89
Mal. Banking	10,10	10,00
Nat. Iron	6,30	6,20
OCBC	10,60	10,50
Sime Darby	2,46	2,45
Singapur Land	5,40	5,45
Un. Overs. Bank	5,35	5,30

Sydney

	25. 4.	24. 4.
ACI	Geschlossen	1,89
Ampol. Explor.		4,35
Westpacific Banking		3,86
Bridge Oil		2,88
Brok. Hill. Prop.		11,35
Coles		3,78
CRA		4,14
CSR (Theiss)		3,72
Metals Expl.		0,41
MIM-Holdings		3,62
Myer Emporium		1,96
North Broken Hill		2,75
Oakbridge		1,88
Peko Wallsend		5,24
Poseidon		4,90
Thomas Nat. Tr.		7,32
Waltons Bond		0,46
Western Mining		4,26
Woodside Petr.		1,72
Index		759,10

Optionshandel

Frankfurt: 25. 4. 84: 456 Optionen = 24 300 (31 100) Aktien, davon 113 Verkaufsoptionen = 6350 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-95/5,5, 7-100/4,5, 7-110/2,4, 10-95/9,5, 10-100/6, BASF 7-160/10, 7-170/6,35, 7-180/2,9, 10-170/9, 10-180/4,3, 1-170/12,3, 1-180/8,4, Bayer 7-170/7, 7-180/4,4, 10-180/8, 10-190/4,5, 1-170/18, Bay. Hypo 7-280/15, 10-280/19,5 BMW 7-400/1, 10-430/8,5, Commerzbank 7-170/15, 7-180/6,7, 10-180/11,4, 10-190/6, 10-200/3,4, Conti 7-130/6, 7-140/2,4, 10-130/11, 10-140/6, Daimler 7-570/15,6, 7-580/10, 10-580/17,6, Deutsche Bank 7-390/13, 7-400/6, 10-410/10,5, Dresdner Bank 7-180/5, 10-180/9, Hoechst 7-170/14,7, 7-180/7,5, 7-190/3,5-2,9, 10-180/13,5, 10-200/3,4, Hoesch 7-110/10,6, 7-120/4, Klöckner 7-70/1,9 Lufthansa St. 7-160/4, MAN 7-140/15, 7-150/7, 10-160/5,6, Mannesmann 7-140/7, 7-150/3,6, 10-140/14,6, 10-150/6,9, 1-150/11,4, 1-160/6,5, Preussag 7-280/9,6, RWE St. 7-170/3,9, Schering 1-360/20, Kali + Salz 7-210/5, Siemens 7-400/15,6, 7-410/5,6, 10-400/20, 10-410/14,4, 10-420/6,2, 1-440/10, Thyssen 7-85/4,8, 7-95/2,4, 10-85/8,1, 1-90/7,9, Veba 7-170/4,8, 7-180/2, 10-170/10, 10-180/4,4, 1-180/6,9, VEW 7-120/4, VW 7-200/11, 7-210/5,5, 7-220/4, 10-200/19,8, Chrysler 7-70/3, 10-65/8,7, 10-70/6,5, 1-65/10,8, 1-70/8,8, Elf 7-80/4,5, 10-60/22,6, 10-75/9,6, IBM 7-300/15, 10-300/24, Litton 7-170/13, Unilever 1-230/27,9; **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/1,8, BASF 7-160/2,1, Bayer 10-170/4,3, 1-160/1,95, BMW 7-380/5,1, 7-390/6,6, Commerzbank 10-180/6,4, Conti 7-130/2,5, 10-130/4,5, Deutsche Bank 7-380/5, 1-380/12,9, Degussa 10-390/8,4, 10-400/15, Dresdner Bank 7-180/6, 10-180/6,5, Hoesch 7-110/3,4, Klöckner 7-60/2,5, 7-65/4, 1-60/4,4, MAN 7-150/6, Mannesmann 7-140/2,9, RWE St. 7-160/2,5, Schering 10-350/9, Siemens 7-390/5, 10-380/4,7, 1-370/5, Thyssen 7-80/1,5, 7-85/3,5, 1-80/3, Veba 7-170/3, VEW 7-120/2, VW 7-190/2, 7-200/5,9, 7-210/8,6, 10-200/6,5, 10-210/10,5, 1-190/4,8, Chrysler 7-80/12,5, 10-60/2,5, 10-65/4,4, 10-70/7, 10-80/14, Litton 7-160/5, 10-170/9,8, Philips 7-45/3. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken um 25. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10¾	5¼–5½	3¼–3⅜
3 Monate	10¾–11	5½–5¾	3⅜–3⅝
6 Monate	11⅛–11⅜	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11⅝–11⅞	6¼–6½	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1630,00	2006,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1260,00	1518,40
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	649,80
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II.	253,00	288,42
20 belgische Franken	181,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,44
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1109,00	1304,16
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz Franken „Vreneli"	199,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	906,00	1105,06
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	562,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,6796	2,6876	2,6483	2,63	2,72
London¹)	3,780	3,794	3,758	3,72	3,87
Dublin¹)	3,059	3,073	3,012	2,96	3,11
Montreal³)	2,0932	2,1012	2,0706	2,05	2,14
Amsterd.	88,565	88,785	88,575	87,75	89,75
Zürich	121,010	121,210	121,11	119,75	122,60
Brüssel	4,893	4,913	4,835	4,74	4,94
Paris	32,455	32,615	31,645	31,75	33,50
Kopenh.	27,160	27,280	26,88	26,25	28,25
Oslo	34,955	35,075	34,375	34,00	35,75
Stockh.**)	33,800	33,960	33,44	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,614	1,624	1,579	1,58	1,68
Wien	14,189	14,229	14,176	14,11	14,33
Madrid**)	1,768	1,778	1,725	1,74	1,86
Lissabon**)	1,968	1,988	1,896	1,65	2,45
Tokio	1,1890	1,1920	-	1,15	1,21
Helsinki	46,910	46,110	45,81	46,25	48,00
Buen. Air.	-	-	-	-	11,00
Rio	-	-	-	0,09	0,33
Athen*) **)	2,4980	2,5520	-	2,20	3,00
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*)	2,4870	2,5060	-	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,1370	2,1580	-	1,88	2,13

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Das positive Sentiment für die amerikanische Währung zeigte sich ungebrochen und führte am 25. 4. zu einem weiteren Anstieg des US-Dollar-Kurses. In Europa eröffnete der Handel mit 2,6810 und erreichte in der Spitze 2,6860. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,6836 festgestellt. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. Im Verlauf des Nachmittages lösten die festeren Euro-DM-Zinsen eine technische Reaktion aus. Die den Dollar-Kurs bis 2,6750 drückte. Die D-Mark mußte paralell zur Dollar-Kursentwicklung gegenüber der übrigen amtlich notierten Währungen Kursverluste hinnehmen. Der Schweizer Franken festigte sich um 26 Pfg. auf 121,11. Der japanische Yen profitierte weiter von seinen positiven Wirtschaftsdaten und legte 0,3 Pfg. zu auf 1,1905, den höchsten Kurs seit Anfang Februar. US-Dollar in: Amsterdam 3,0285; Brüssel 54,7175; Paris 8,2480; Mailand Feiertag; Wien 18,8870; Zürich 2,2158; Ir. Pfund/DM 3,066; Pfund/Dollar 1,4112; Pfund/DM 3,787.

Ostmarkkurs am 25. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Dollar-Depots, insbesondere im kurzfristigen Bereich, führte am 25. April zu einer Verringerung der Dollar-Termin-Depots gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,28/1,18	3,56/3,46	7,10/6,90
Pfund/Dollar	0,26/0,28	0,76/0,79	1,55/1,60
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,50/5,10
FF/DM	28/12	67/51	135/119

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 4.: Tagesgeld 5,00 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,78. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,40, Rendite 7,65.

Nach kurzer Krankheit endete ein langes, farbiges Leben.

Egon Jules Schaarschmidt

* 14. 6. 1892 † 15. 4. 1984

Prof. Johann-Georg Schaarschmidt
und Frau Friederike
Bettina, Oliver, Sebastian und Isabel
Helene Schaarschmidt

7800 Freiburg i. Br.
Neumattenstraße 6

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Deutsche Bank Hamburg, Konto 36/38711, BLZ 200 700 00.

EISEN- UND HÜTTENWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Montag, dem 4. Juni 1984, um 11.00 Uhr im Campheusen-Saal der Industrie- und Handelskammer zu Köln stattfindenden ordentlichen *Hauptversammlung* eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit den Berichten von Vorstand und Aufsichtsrat
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1983
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1983 in Höhe von 10 563 503,— DM mit *10 560 000,— DM zur Ausschüttung einer Dividende von 12,— DM* je Aktie im Nennwert von 100,— DM auf das Grundkapital von 88 Millionen DM zu verwenden und den Restbetrag von 3503,— DM *auf neue Rechnung vorzutragen.*
3. Beschlußfassung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
4. Beschlußfassung über die Vergütung an den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1983
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, für das Geschäftsjahr 1983 eine Vergütung von 144 000,— DM zu beschließen.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die TREUARBEIT Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft — Steuerberatungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bei der Gesellschaft, *bei einem deutschen Notar*, bei der *Wertpapiersammelbank* oder bei einer der nachstehend genannten Banken ihre Aktien bis spätestens Montag, den 28. Mai 1984, hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung *dort belassen:*

Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Deutsche Bank Saar AG; Dresdner Bank AG; Bank für Handel und Industrie AG; Delbrück & Co; Sal. Oppenheim jr. & Cie.; J. H. Stein; Trinkaus & Burkhardt; Westfalenbank AG; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank sind die von diesen auszustellenden Bescheinigungen spätestens am Dienstag, dem 29. Mai 1984, bei der Gesellschaft einzureichen.

Köln, den 26. April 1984 DER VORSTAND

8% Anleihe von 1984 (1994)
des
FREISTAATES BAYERN
– Wertpapier-Kenn-Nummer 105 124 –

VERKAUFSANGEBOT

Der Freistaat Bayern begibt zur Finanzierung von Investitionsausgaben des Staatshaushalts eine Anleihe im Nennbetrag von

DM 600 000 000,–

Von der Anleihe werden DM 500 000 000,– durch ein Bankenkonsortium freibleibend zum Verkauf gestellt.

Ausgabekurs:	99,75%, spesen- und börsenumsatzsteuerfrei unter Verrechnung von Stückzinsen.
Verzinsung:	8%, nachträglich am 1. April eines jeden Jahres, erstmals am 1. April 1985, fällig. Die Verzinsung der Anleihe endet mit Ablauf des 30. März 1994. *Die letzte Zinszahlung erfolgt am 31. März 1994.*
Laufzeit und Rückzahlung:	10 Jahre. Die Anleihe wird am 31. März 1994 zum Nennwert zurückgezahlt. Vorzeitige Kündigung ist *ausgeschlossen.*
Nennbeträge:	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit:	Die Anleihe ist mündelsicher und deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit:	Die Anleihe ist lombardfähig.
Börseneinführung:	Zum amtlichen Handel an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Lieferung:	Der Erwerber erhält eine Sammeldepotgutschrift bei einem Kreditinstitut oder auf Wunsch Eintragung einer Einzelschuldbuchforderung in das Staatsschuldbuch. Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen.
Verkaufstermin:	Die Anleihe wird ab 26. April 1984 freibleibend zum Verkauf gestellt.
Verkaufsstellen:	Anleihebeträge können durch Vermittlung aller Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften gekauft werden.

Im April 1984

Das Bankenkonsortium

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Lübeck
2	Aachen	Uni Kiel
3	Aachen	Münster
4	Bochum	Heidelberg
5	Bochum	Hamburg
6	Bochum	Uni Kiel
7	Bochum	Münster
8	Bochum	Mainz
9	Bochum	Saarbrücken
10	Düsseldorf	Gießen
11	Düsseldorf	Marburg
12	Essen	Freiburg
13	Essen	Göttingen
14	Essen	Heidelberg
15	Essen	Ulm
16	Frankfurt	Bonn
17	Frankfurt	Freiburg
18	Frankfurt	Tübingen
19	Gießen	Frankfurt
20	Göttingen	Köln
21	Hannover	Uni Kiel
22	Heidelberg	Erlangen
23	Heidelberg	Freiburg
24	Heidelberg	TU München
25	Heidelberg	Uni München
26	Uni München	Bochum
27	Saarbrücken	Frankfurt
28	Saarbrücken	Freiburg
29	Saarbrücken	Uni München
30	Saarbrücken	Tübingen
31	Saarbrücken	Ulm

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Münster
3	Aachen	Tübingen
4	FU Berlin	Göttingen
5	FU Berlin	Hannover
6	FU Berlin	Heidelberg
7	FU Berlin	Uni München
8	FU Berlin	Mainz
9	Frankfurt	Bonn
10	Frankfurt	Düsseldorf
11	Frankfurt	Köln
12	Frankfurt	Münster
13	Frankfurt	Uni München
14	Freiburg	Marburg
15	Gießen	Freiburg
16	Gießen	Heidelberg
17	Gießen	Tübingen
18	Heidelberg	Tübingen
19	Hamburg	FU Berlin
20	Hamburg	Erlangen
21	Hamburg	Frankfurt
22	Hamburg	Mainz
23	Köln	Göttingen
24	Köln	Hannover
25	Köln	Hamburg
26	Münster	Freiburg
27	Münster	Hamburg
28	Münster	Uni Kiel
29	Münster	Tübingen
30	Münster	Würzburg
31	Mainz	Münster
32	Würzburg	Tübingen
33	Würzburg	Ulm

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Freiburg
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Lübeck
5	Aachen	Uni Kiel
6	Aachen	Tübingen
7	Bonn	Freiburg
8	Bonn	Saarbrücken
9	Bochum	Hamburg
10	Bochum	Lübeck
11	FU Berlin	Bonn
12	FU Berlin	Freiburg
13	FU Berlin	Uni München
14	FU Berlin	Tübingen
15	Düsseldorf	Bonn
16	Düsseldorf	Freiburg
17	Düsseldorf	Göttingen
18	Düsseldorf	Heidelberg
19	Düsseldorf	Münster
20	Düsseldorf	Tübingen
21	Essen	Bonn
22	Essen	Freiburg
23	Essen	Mainz
24	Essen	Saarbrücken
25	Essen	Ulm
26	Frankfurt	Hamburg
27	Frankfurt	Lübeck
28	Frankfurt	Uni Kiel
29	Gießen	Aachen
30	Gießen	Bonn
31	Gießen	Freiburg
32	Gießen	Tübingen
33	Göttingen	Hamburg
34	Hannover	Heidelberg
35	Hannover	Hamburg
36	Hannover	Würzburg
37	Heidelberg	TU München
38	Heidelberg	Uni München
39	Hamburg	Freiburg
40	Hamburg	Uni München
41	Köln	Hannover
42	Köln	Hamburg
43	Köln	Lübeck
44	Uni Kiel	Freiburg
45	Uni Kiel	Heidelberg
46	Uni Kiel	Hamburg
47	Uni Kiel	Uni München
48	Uni Kiel	Regensburg
49	Uni Kiel	Tübingen
50	Uni Kiel	Würzburg
51	Marburg	Freiburg
52	Marburg	Heidelberg
53	Marburg	Lübeck
54	Münster	Erlangen
55	Münster	Tübingen
56	Münster	Ulm
57	Uni München	Hannover
58	Uni München	Lübeck
59	Uni München	Uni Kiel
60	Mainz	Marburg
61	Ulm	Hannover
62	Ulm	Heidelberg
63	Ulm	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 42.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

De Beers

Das Geschäftsjahr 1983 verlief wesentlich positiver als das Jahr 1982. Die in meinem letzten Bericht geäußerten Erwartungen einer raschen Normalisierung des Marktes wurden allerdings nicht in vollem Umfang erfüllt. Die Nachfrage nach großen, hochwertigen Diamanten blieb auch 1983 gering.

Der Buchwert unserer Diamantvorräte stieg um R 421,6 Mio auf R 2.253,9 Mio (wobei R 223,4 Mio der weiteren Abwertung des Rand gegenüber dem US-Dollar zuzuschreiben sind). In US-Dollar, der für das Diamantgeschäft *maßgeblichen Währung, stieg der Buchwert* um $163,0 Mio auf $1.852,3 Mio.

Ovalschliff

De Beers erzielte einen Gewinn von R 530,2 Mio oder 147,4 Cents pro Aktie einschließlich des Anteils der einbehaltenen Gewinne aus Beteiligungen. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von R 442,5 Mio bedeutet dies eine Steigerung um 20 Prozent. Ohne die einbehaltenen Gewinne aus Beteiligungen verbesserte sich das Ergebnis von R 202,5 Mio oder 56,3 Cents pro Aktie im Vorjahr auf R 303,4 Mio oder 84,3 Cents pro Aktie, d.h. um 50 Prozent. Obgleich die hohe Lagerhaltung von Diamanten eine vorsichtige Gewinnausschüttung erforderlich machte, entschied sich der Vorstand angesichts der wesentlich besseren Ertragslage für eine geringfügige Dividendenerhöhung. Diese beträgt 2,5 Cents pro Aktie. Somit erhöht sich für 1983 die Schlußdividende auf 40 Cents pro Aktie im Vergleich zu 37,5 Cents im Vorjahr.

Die positive Entwicklung der Märkte hält an

Die Umsätze der Central Selling Organisation (CSO) stiegen 1983 gegenüber 1982 um $342 Mio oder 27% auf $1.599 Mio. Auch der Einzelhandel konnte bessere Ergebnisse als 1981 und 1982 erzielen; die USA verzeichneten besonders gute Weihnachtsergebnisse. 1984 hat positiv begonnen. Es gibt bereits Anzeichen einer Nachfrageverschiebung von kleinen, minderwertigen Diamanten zu Diamanten mittlerer Qualitäten. Trotz einer allgemein günstigeren Marktlage ist die Nachfrage bei größeren Steinen höherer Qualitätsklassen jedoch noch verhalten. *Viele unserer* Kunden haben während der Rezession erhebliche Verluste erlitten und sind jetzt bei der Lagerhaltung großer Steine entsprechend zurückhaltend, zumal das Zinsniveau nach wie vor sehr hoch ist. Außerdem sind die Banken, die sich in der Kreditvergabe während des Booms sehr großzügig verhielten, heute viel vorsichtiger geworden. In den Schleifzentren sind sowohl Lagerbestände an Diamanten als auch Bankschulden weitgehend abgebaut worden, so daß die Ausgangsposition für künftiges Wachstum wieder gefestigt ist.

Aus der Rede von H. F. Oppenheimer zum Geschäftsjahr 1983

50 Jahre DTC

In diesem Jahr feiern wir das 50jährige Bestehen der 'Diamond Producers Association' und der 'Diamond Trading Company'. Die Organisation wurde für die Vermarktung von Diamanten gegründet, um die Interessen der Diamantindustrie zu wahren. Dieser Aufgabe konnte sie in jeder Hinsicht in guten wie in schlechten Zeiten gerecht werden. Nach den harten Bewährungsproben der letzten Jahre hat die CSO ihre starke Position behauptet. Während meiner über 50jährigen Tätigkeit in der Diamantindustrie ist der Anteil, den die CSO von den weltweit geförderten Rohdiamanten vermarktet, noch nie so hoch gewesen wie heute.

Unsere Geschäftsverbindungen mit den wichtigsten Diamantproduzenten außerhalb der De Beers Gruppe verlaufen nach wie vor harmonisch. Es wird allgemein anerkannt, daß unsere Bereitschaft und unsere Kapazität — in Krisenzeiten große Mengen von

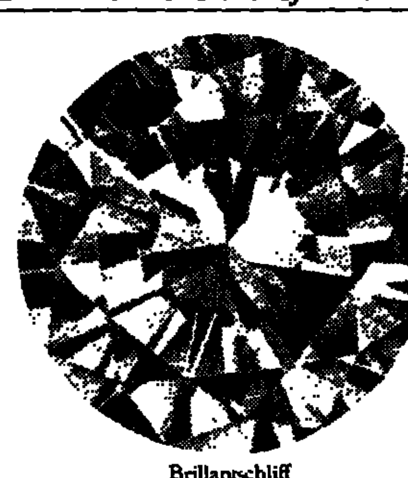
Formen, mit denen wir der Diamantindustrie zu neuer Stärke verholfen haben.

Rohdiamanten auf Lager zu nehmen — für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Branche von entscheidender Bedeutung ist. Wir sind daher in der glücklichen Lage, den Markt für Rohdiamanten fest im Griff halten zu können. Gleichzeitig versuchen wir — soweit es unserer generellen Zielsetzung entspricht — *auf die individuellen Wünsche unserer Kunden einzugehen, um ihnen* bei der Wiedergewinnung verlorenen Terrains behilflich zu sein und um eine solide Ausgangsbasis für einen neuen Aufschwung zu schaffen.



Tropfenschliff

Zur Zeit herrscht ein starkes Interesse an kleinen Diamanten in niedrigen Qualitäten, *so daß ein Umsatzzuwachs auf der gesamten Ebene nur durch eine* verstärkte Nachfrage nach größeren und hochwertigeren Diamanten erzielt werden kann. Ein Trend in diese Richtung zeichnet sich bereits ab. Um einen nachhaltigen Aufschwung in unserer Branche zu bewirken, muß er sich jedoch noch erheblich verstärken. Der Schwerpunkt unserer Werbung und Verkaufsförderung wird daher in diesem Jahr auf hochwertigen Steinen liegen. Die Auswirkungen der allgemeinen Rezession und des hohen Zinsniveaus mußten dieses Marktsegment folglich härter treffen als das für kleinere, qualitativ geringwertigere Steine.



Brillantschliff

Große Diamanten werden immer seltener

Langfristig gesehen gibt es jedoch gute Gründe, auf die Attraktivität und die Wertschätzung großer Steine von hoher Qualität zu bauen. Obwohl in den letzten Jahren *eine* Vielzahl neuer, wichtiger Diamantvorkommen entdeckt wurde, liefern die neuen Minen im wesentlichen nur Steine mit Qualitäten unter dem Durchschnitt. Große und wertvolle Diamanten werden hauptsächlich in den alten, etablierten Minen gewonnen, deren Fördervolumen bereits gesunken ist und in Zukunft weiter sinken wird. *Die großen, qualitativ hochwertigen Diamanten werden daher* seltener und können entsprechend wertvoller werden. Obwohl die verminderte Nachfrage nach Steinen dieser Qualitätskategorie ein vordringliches und ernstzunehmendes Problem darstellt, wird sich dieses von selbst lösen, wenn die CSO den Markt — wie bisher — *fest im Griff* behält. Es *beunruhigt mich daher nicht* sehr, daß De Beers große Mengen dieser Steine auf Lager hat. Ich bin zuversichtlich, daß sich unsere augenblicklichen Schwierigkeiten im Laufe der Zeit in gewinnbringende Marktchancen verwandeln werden.

Industrieerträge stiegen trotz verschärftem Wettbewerb

Die Marktsituation für Industriediamanten hat sich 1983 weitgehend erholt. Der Umsatz stieg leicht bei natürlichen Steinen, aber ganz erheblich bei synthetischen Diamanten, wo er zum ersten Mal 100 Mio US$ überschritt. In den drei De Beers Produktionsstätten für synthetische Diamanten in Südafrika, Irland und Schweden wurde die Ertragslage wesentlich verbessert. Dies ist ein beachtliches Ergebnis, weil der starke Wettbewerbsdruck seit Jahren zu sinkenden Preisen geführt hat. Der Umsatzzuwachs ist hauptsächlich auf verbesserte Synthetisierungsverfahren und den effektiveren Einsatz der Mitarbeiter zurückzuführen.

Die sich verstärkt abzeichnende Nachfrageverschiebung nach synthetischen Industriediamanten könnte jedoch Probleme mit sich bringen, wenn die Argyle-Mine in Australien zur vollen Auslastung kommen wird, da diese Mine *einer der Hauptproduzenten natürlicher* Industriediamanten sein wird. Dieses Marketingproblem zu lösen, wird eine wichtige Aufgabe sein, dennoch — die CSO ist in der Lage, die Situation zu meistern.

Die Diamantförderung in den konzerneigenen Minen, einschließlich Debswana, an der die Regierung von Botswana zur Hälfte beteiligt ist, belief sich auf 21.349.522 Carat gegenüber 17.399.815 Carat im Vorjahr.

Die Aufwendungen der Gruppe für Prospektierungsaktivitäten lagen bei R 41,4 Mio. Ein Abbau des diamanthaltigen Kimberlits, der auf der Farm Venetia im nördlichen Transvaal entdeckt wurde, ist leider unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht vertretbar. Weitere Probebohrungen werden hier jedoch vorgenommen.

Mit Spenden an den Chairman's Fund unterstützt die Gesellschaft den Ausbau technischer Bildungseinrichtungen und leistet Beiträge an die Urban Foundation. *Darüber hinaus bietet sie* eigene umfassende Aus- und Fortbildungsprogramme für Mitarbeiter auf allen Hierarchieebenen an. Weiterhin garantiert sie Chancengleichheit für alle Rassen bei Einstellung und Aufstieg. Durch diese Leistungen trägt die Gesellschaft wesentlich zur Verbesserung des sozialen Klimas bei.

Smaragdschliff

Der Wert unserer Investitionen außerhalb der Diamantindustrie belief sich zum 31. Dezember 1983 auf R 3.278 Mio. Die Einnahmen aus diesen Beteiligungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um R 12,7 Mio auf R 161,7 Mio und lagen in diesem Jahr weit über dem Gesamtbetrag der an die Besitzer von Stammaktien ausgeschütteten Dividenden.

De Beers Consolidated Mines Limited
Incorporated in the Republic of South Africa

Wenn Sie den vollständigen Geschäftsbericht 1983 in englischer Sprache zusammen mit der deutschen Fassung des Berichts des Chairman wünschen, senden Sie diesen Coupon bitte an:
Deutsche Bank AG, ZEVA 65, Postfach 2631, 6000 Frankfurt am Main (33)

Name:

Firma:

Adresse:

De Beers
Der Name, der für Diamanten steht.

Renten nicht ganz behauptet

Der steigende Dollar wird am Rentenmarkt als Hauptstörfaktor betrachtet. Öffentliche Anleihen wiesen bei kleinen Umsätzen begrenzte Schwankungen auf, allerdings mit erkennbarem Trend nach unten. Das geringe Geschäft deutet darauf hin, daß sich sowohl ausländische als auch inländische Anleger zur Zeit vom Markt weitgehend zurückgezogen haben. Die neue Bayern-Anleihe mit ihrer Rendite von 8,04 Prozent stößt deshalb nur auf begrenztes Interesse. Bei den Pfandbriefen gab es nur unwesentliche Schwankungen, hier besteht so gut wie kein Abgabedruck.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	25. 4.	24. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103,85G	103,85G
10 dgl. Pf 108	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G

Bundesbahn

		25. 4.	24. 4.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,7G	100,7G
8¼ dgl. 76	9/84	100,8	100,8G
6 dgl. 78 III	11/84	99,95bG	100

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer lagen am Mittwoch die Gold- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Fester zeigte sich dagegen Silber. Während Kaffee größere Einbußen verzeichnete, konnte Kakao bis zur Berichtsstunde zulegen.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (29. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 4.	24. 4.
Mai	357,75	364,25
Juli	348,25	351,75
Sept	350,35	352,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 4.	24. 4.
Mai	132,70	130,70
Juli	131,50	131,70
Okt	126,20	125,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 4.	24. 4.
Terminkontr. Mai	149,25	151,50
Juli	144,75	146,40
Sept	142,75	143,90

Kakao New York ($/t)	25. 4.	24. 4.
Terminkontr. Mai	2615	2565
Juli	2630	2590
Sept.	2605	2580
Umsatz	–	7475

Zucker London ($/t), Nr. 6	25. 4.	24. 4.
Mai	161,40–161,60	161,60–162,00
Aug	175,60–175,80	175,60–175,80
Okt.	187,60–187,80	187,60–188,00
Umsatz	3088	1209

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 4.	24. 4.
schw. Sarawak spez.	350,00	345,00
weißer Sarawak	645,00	640,00
weißer Muntok	652,00	647,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	25. 4.	24. 4.
Nr. 1 RSS loco	73,00–75,50	–
Mai	72,10–74,00	72,50–75,50
Juni	72,50–75,50	–
Juli/Sept.	76,00–76,30	76,00–76,30

Tendenz: ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

	25. 4.	24. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	393–398	398–405
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434–436	442
MS 63	428–433	437–442

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Spielen wir doch GAU!

mar – Ein freundlicher Mensch hat mir ein Kernkraftwerk geschenkt. Es ist der Typ DWR 1300 MW, wie er als Isar 2, Emsland und Neckar 2 im Bau ist. Trotzdem muß ich mich jetzt nicht mit der Polizei gutstellen, um unliebsamen alternativ-fanatischen Besuch von meinem KKW fernzuhalten. Mein Reaktor hat samt allen Nebengebäuden auf einer Tischplatte von 90 × 60 cm Platz. Es handelt sich um ein Papiermodell im Maßstab 1:350, das aus 18 Ausschneidebogen zusammenzukleben ist.

In der Anleitung ist von 100 bis 130 Stunden Arbeit, die der Zusammenbau braucht, die Rede. Schließlich ist alles möglichst detailgetreu, auf daß derjenige, der sich auf diese Arbeit einläßt, zugleich erfahre, wie solch ein KKW funktioniert. Meine Kinder, die ich damit zur Kooperation verleiten wollte, müssen allerdings in ihrer Schule irgendwelchen negativen Einflüssen ausgesetzt worden sein (von mir können sie das schließlich nicht haben), denn sie hatten gleich, noch ehe die ersten Teile ausgeschnitten waren, allerhand destruktive Vorschläge parat.

Einen GAU (größten anzunehmenden Unfall) könne man wohl nicht inszenieren, meinten sie, denn da müsse man schon ein Atomflugzeug mit einem mit Atomraketen bestückten Atom-U-Boot im Bauch auf den Meiler stürzen lassen. Aber mit Lady-Krachern, dem Kleinfeuerwerk für den Hausgebrauch, ließe sich sicherlich auch eine dekorative Katastrophe arrangieren.

Als ich Einwände geltend machte, murmelten sie etwas vom Nutzen der Literatur und verwiesen mich auf Sakis Kurzgeschichte „Das Friedensspielzeug". Darin wird von Eltern erzählt, die gemäß den guten Ratschlägen eines „Nationalen Friedensrates" ihren Kindern eine Müllverwertungsanlage, die städtische Waschanstalt, das Haus des Vereins christlicher junger Mädchen und ähnliche Friedfertigkeiten samt der dazugehörenden Figuren als Modell schenken. Nur leider müssen sie feststellen, falls sie den neuen Trend im Kinderzimmer erlauschen wollen, daß die Müllmänner gerade zu wackeren Soldaten umfunktioniert werden, um sich in erbitterte Kämpfe mit den christlichen jungen Mädchen zu verwickeln.

Irgendwie hatte ich mir den Nutzen der Literatur doch anders vorgestellt. Und so leidet unser papierenes KKW nach wie vor unter einem fatalen Baustopp.

Aufhaltsamer Aufstieg zur Spitze: Der britische Schauspieler John Hurt

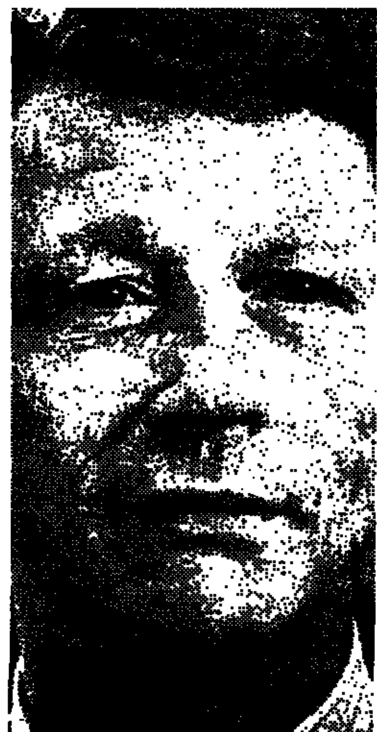
Ein Mann für jede Jahreszeit

Kurz vor Drehbeginn seines letzten Filmes, „Champions", stürzte seine Frau bei einem Ausritt vom Pferd. Sie fiel so unglücklich, daß jede Hilfe zu spät kam. Dennoch kletterte John Hurt zehn Tage später in den Sattel eines Pferdes, um den Jockey Bob Champion zu spielen, dessen Sieg über den Krebs der Film schildert.

„Ich konnte den Tod meiner Frau nur durch Arbeit bewältigen. Dieser Film wurde zu einem Rettungsring für mich", sagt der Schauspieler heute. „Dadurch, daß ich auf Wochen in eine andere Figur schlüpfen konnte, war es mir möglich, den Schmerz halbwegs zu betäuben und mich nicht ständig an den Tod meiner Frau zu erinnern."

Diese eiserne Disziplin rühmen die Regisseure an ihm. Er selbst meint: „Ohne Disziplin ist man in unserem Beruf verloren. Die ständige Anspannung und auch die Ungewißheit, ob man morgen noch im Geschäft ist, lassen sich nur mit Disziplin meistern." Während des Gespräches raucht Hurt eine Zigarette nach der anderen. „Beim Rauchen habe ich zugegebenermaßen keinerlei Disziplin", meint er grinsend.

Er wirkt nervös und feinnervig wie ein Rennpferd kurz vor dem Start. Bei dem Vergleich lacht er und sagt: „Vielleicht mag ich deshalb Pferde so gerne." Er ist ein sensibler Mann, immer auf der Hut, nicht zu viel von seinem Inneren preiszugeben. „Was ich Ihnen heute über meine Gefühle sage, braucht morgen nicht mehr zu stimmen. Ich erzähle oft heute das und morgen das, wahrscheinlich, um mir einen Fluchtweg offen zu lassen."



Erschütternd als Elephanten-Mensch: Der britische Filmschauspieler John Hurt FOTO:DW

Bei dem Namen John Hurt denkt man unwillkürlich an den „Elephanten-Mann", den der englische Schauspieler mit einer geradezu unheimlichen Intensität verkörperte. „Ich habe mich in diese Rolle so hineingesteigert, daß ich am Schluß nur mit Mühe in die Realität zurückfinden konnte", erzählt er. Bei dem Namen Hurt aber denkt man auch an seine Darstellung des Drogensüchtigen in Alan Parkers „Midnight-Express", an den Astronauten in „Alien", den „DDR"-Flüchtling in „Mit dem Wind nach Westen" und den zynischen CIA-Agenten in „Das Osterman-Weekend".

„Ich bin die Leiter zum Erfolg zentimeterweise hinaufgestiegen. Mich gibt es schon über zwanzig Jahre im Kino, aber erst seit ein paar Filmen, seit ‚Mit dem Wind nach Westen' und Ciminos fürchterlichem Reinfall ‚Heaven's Gate', realisieren die Leute, daß es da einen englischen Schauspieler namens John Hurt gibt, den sie schon früher in Filmen gesehen, aber eigentlich nie beachtet haben", sagt Hurt ohne Bitterkeit.

Ganz so unauffällig aber, wie er glaubt, ist seine Karriere nun doch nicht verlaufen. Wer ihn vor fünf Jahren in „The Naked Civil Servant" im Forum der Berliner Filmfestspiele sah oder als Verräter Thomas Mores in Fred Zinnemanns „Ein Mann für jede Jahreszeit", der hat ganz gewiß dieses schmale Gesicht mit den rotbraunen Augen und den kastanienbraunen Haaren nicht vergessen.

Sicherlich aber hat Hurt recht, wenn er meint, er sei kein „Star". Er mag Stars nicht, denn ein Star zu sein bedeute, die Freiheit zu verlieren. Auch jetzt, da er sich seine Rollen und seine Regisseure auswählen kann, verläßt ihn nie die Angst, morgen könne alles schon wieder vorbei sein. „Vielleicht aber braucht ein Schauspieler diese Existenzangst, die ihn daran hindert, sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen und bequem zu werden."

Aber lähmt sie nicht oft genug auch? „Manchmal. Dann ist leider der Alkohol des Schauspielers bester Freund. Ich fühle mich manchmal wie ein Akrobat auf dem Hochseil. Nur nicht hinuntersehen, denke ich dann, einfach weitergehen, nicht daran denken, daß gute Rollen rar sind, daß das Kino wieder in eine Krise geraten könnte, daß man krank werden kann und vor allem, daß das große Publikum einen satt hat."

Im Gegensatz zu den meisten seiner englischen Schauspiel-Kollegen hat der 1940 in Shirebrook (Grafschaft Derbyshire) geborene John Hurt seine Karriere nicht beim Theater begonnen. Seine erste Station war das Fernsehen, das dem Absolventen der Schauspielschule Rada (Royal Academy of Dramatic Arts) eine kleine Rolle offerierte. 1962 spielte er in dem Kinofilm „The Wild and the Willing" mit und ging erst danach nach London, um Theater zu spielen.

„Es war für mich schwieriger, einen guten Bühnenpart zu bekommen, als eine Filmrolle", erinnert er sich. Fred Zinnemann sah den jungen Darsteller in David Halliwells Komödie „Little Malcolm and his Struggle Against the Eunuchs" und engagierte ihn von der Bühne weg für die Rolle des Richard Rich in „Ein Mann für jede Jahreszeit".

Danach stand Hurt fast ununterbrochen entweder vor der Kamera oder auf der Bühne. Er lebte mal in Los Angeles, mal in New York, mal in Derbyshire und mal in London. Dort hat er zur Zeit wieder seine Zelte aufgeschlagen.

Manche Kritiker, so Hurt, werfen ihm vor, er spiele jede Rolle, die man ihm anbiete. „Abgesehen davon, daß dies übertrieben ist, finde ich es immer wieder aufregend, völlig verschiendene Menschen in völlig unterschiedlichen Filmen zu verkörpern. Gelegentlich allerdings ärgert es mich, daß ich im Übermaß Rollen von Neurotikern offeriert bekomme, die noch egoistischer, verrückter und mühsamer sind, als ich es ohnehin selbst bin. Aber ich nehme jede Figur ernst. Für mich ist jeder Part ein Test, ein Turnier mit mir selbst, bei dem ich mich behaupten muß. Ich gebe mich in einer Rolle vollkommen aus, ohne Hemmungen und Rückhalt."

In diesen Wochen übernimmt John Hurt eine Rolle, von der er geträumt hat, seit er vor 25 Jahren erstmals das Buch las: In einer Neuverfilmung von George Orwells Roman „1984", die noch im Herbst dieses Jahres in die Kinos kommen wird, spielt er die Hauptfigur, den Winston Smith. Michael Redford, den Hurt für einen der besten Regisseure des wiedergeborenen englischen Films hält, führt Regie. Hurt: „Das ist eine Rolle, wie sie ein Schauspieler nur einmal im Leben bekommt. Rollen wie diese kompensieren alles, was man privat und beruflich an Leid, Enttäuschung, Angst und Verzweiflung durchgemacht hat."

MARGARETE v.SCHWARZKOPF



Von Rodin und Maillol geprägt: „Mutter und Kind" (Bronze, 1936) von Bernhard Hoetger, aus der Dortmunder Ausstellung FOTO: KATALOG

Dortmund zeigt das Werk von Bernhard Hoetger

Zwischen Nord und Süd

Der Schiffszieher" von 1902 ist die früheste Arbeit Bernhard Hoetgers in der umfangreichen Retrospektive, mit der die Geburtsstadt Dortmund den Künstler jetzt zu seinem 110. Geburtstag ehrt. In einer letzten Kraftanspannung beugt sich der kräftig-grobe Körper weit nach vorne. Etwas Übertriebenes und zugleich Flüchtiges kennzeichnet diese Plastik. In ihrer impressionistischen Oberflächengestaltung und in der bewegten Umrißform steht sie eindeutig im Banne der Kunst Rodins, doch der unüberhörbare Aufschrei läßt ebenso an Constantin Meunier oder an die Kollwitz denken.

Andere Arbeiten der frühen Pariser Jahre haben eher den dekorativen, fließenden Charakter des Jugendstils, bis Hoetger dann um 1906 einen Wandel ins Monumentale vollzieht. Es ist eine bewußte Abkehr von Rodin, eine Hinwendung zu Maillol. Es sollte nicht die einzige Abkehr in seinem Leben bleiben. Hoetger war immer von einer Unruhe erfüllt, die ihm den Zugang zu den Rängen der wirklich großen Bildhauer versperrte. Erst in seinen letzten zwei Jahrzehnten kommt im plastischen Werk eine ganz persönliche Sprache zum Ausdruck.

Erschütternd der Kopf eines Blinden und der einer Moorfrau, beide von 1924. Diese zerklüfteten, zerklumpten Bronzebrocken sprechen das ganze Elend ihres Daseins aus. Obwohl sich Hoetger stets als „nordischer" Künstler empfand, haben die Ideologen des Dritten Reiches sein Werk nicht verstehen können. Als entartet verfemt, ging er nach 1933 in die innere Emigration, während der vorwiegend Tierdarstellungen und Porträts entstehen.

Hoetgers Gestaltungsdrang hatte titanische Ausmaße, stets war er auf der Suche nach dem Gesamtkunstwerk. Eine eigene Abteilung dokumentiert dies anhand von Großfotos, Modellen und Möbelstücken. Gotische, altnordische, buddhistische Vorbilder gehen in die manchmal barock aufgewühlten, manchmal idolhaft verhärteten Skulpturen ein. Neben Bronzen, die an gotische Madonnen erinnern, entsteht eine Vielzahl von Majoliken im Jugenstil-Geist der Darmstädter Künstlerkolonie, wo Hoetger von 1911 bis 1914 größtenteils lebt und lehrt. Doch wie läßt sich die Heiterkeit dieser modernen Chinoiserien mit dem 1933 von den Nationalsozialisten zerstörten Revolutionsdenkmal von 1922 (gezeigt in einer Fotografie) und dessen eckiger Expressionismus-Romanik vereinbaren? Wie jener kunstgewerbliche Hang zum Exotischen mit dem ebenfalls spürbaren Drang zur „geistigen Botschaft" verbinden?

Wieder fällt die Sprunghaftigkeit Hoetgers, sein hastiges und zum Teil unverarbeitetes Stöbern in der Kunst aller Weltkulturen und Epochen auf. Bemerkenswert auch der Hang zum Gigantismus. Diese Vorliebe für das Voluminöse läßt sich hier in der Ausstellung an zwei überlebensgroßen Köpfen beobachten. Die optische Illusion ist einer ungeheuren Chiffre gewichen. Ein Abstraktionsprozeß, der bereits Brancusi ankündigt.

Der Weg Hoetgers verlief freilich anders als der Brancusis. Bekanntschaften mit Paula Modersohn-Becker und mit dem Baron von der Heydt führten ihn zurück nach Deutschland. Das Werk droht von nun an in geradezu heterogene Stilarten auseinanderzufallen. Die „Odyssee durch die Formbereiche" beginnt, die ihm später den Vorwurf des Eklektikers einbrachte.

Interessant sein Weg als Architekt. Es sind seltsam faszinierende Gebilde, diese scheinbar erst auf der Baustelle „improvisierten" Häuser, die mit ihrer bizarren Einrichtung als nordische Gesamtkunstwerke gemeint waren. Für den Fabrikanten Bahlsen entwirft Hoetger eine gewaltige Anlage mit Wohn- und Werkstätten voller Ägyptizismen, während er für die Bremer Böttcherstraße – jenem „Versuch deutsch zu denken" – an die norddeutsche Tradition des städtischen Backsteinhauses anknüpft.

Für die aus dem Bauhaus entstehende moderne Architektur wurden Hoetgers eigenwillige Bauten nicht wegweisend. Zumindest die zwei Häuser der Böttcherstraße aber gehören mit zum Originellsten, was die deutsche Architektur in unserem Jahrhundert hervorgebracht hat (Museum am Ostwall, bis 13. Mai, Katalog 24 Mark). MARIANA HANSTEIN

JOURNAL

Shakespeare-Tage der Bundesrepublik

dpa, Bochum

„Dichter und Publikum" lautet das Generalthema der westdeutschen Shakespeare-Tage 1984, die vom 4. bis zum 6. Mai im Bochumer Rathaus veranstaltet werden, während die Shakespearegesellschaft der „DDR", wie gemeldet (WELT vom 25. April), ihre Jahrestagung bereits begonnen hat. Die deutsche Shakespeare-Gesellschaft(West) erwartet für ihre Tagung annähernd 500 Mitglieder und Literaturfreunde aus dem In- und Ausland. Die Wissenschaftler wollen sich während des Treffens in erster Linie mit dem Verständnis der heutigen Theaterbesucher für die historischen Figuren von Shakespeares Dramen, mit der Verbindung von Komik und Tragik und mit den monologischen Redeformen bei Shakespeare beschäftigen.

Drittes Theatertreffen von Nordrhein-Westfalen

DW. Paderborn

Mit einem Teilnehmer-Rekord wird für das dritte Theatertreffen Nordrhein-Westfalen vom 6. bis 16. Juni in Paderborn gerechnet. Erstmals nehmen alle 20 öffentlich geförderten Sprechbühnen des Landes teil, nachdem sich nachträglich auch die bislang fehlenden Bühnen der Stadt Bonn angemeldet haben. Bonn will mit dem Zwei-Personen-Stück „Die Erzählung der Magd Zerline" von Hermann Broch kommen, das in der ablaufenden Spielzeit in der Bundeshauptstadt seine deutsche Erstaufführung erlebt. Insgesamt wird es damit in Paderborn vier Erstaufführungen des letzten Jahres geben.

Ein 500 Jahre altes Friedensdokument

AP. Berlin

Der Grenzvertrag zwischen Sachsen und Böhmen aus dem Jahr 1495 und ein 1528 geschriebener Brief Martin Luthers über Friedensfragen sind zwei besonders wertvolle Dokumente, die jetzt in einer im Dresdner Staatsarchiv eröffneten Ausstellung zu sehen sind. Der fast 500 Jahre alte Grenzvertrag gilt als eines der ältesten Friedensdokumente, die noch erhalten sind. Die Ausstellung zeigt weitere Akten und Schriftstücke über rund 1000 Jahre deutsche Geschichte.

Schließung des Museums für Kunsthandwerk

DW. Frankfurt

Im Rahmen der Museums-Neubauten am Frankfurter Museumsufer geht – nach den bevorstehenden Eröffnungen des Deutschen Architekturmuseums und des Deutschen Filmmuseums im Juni – der Neubau des Museums für Kunsthandwerk weiter voran. Mit der Fertigstellung dieses Erweitungsbaues nach Plänen des amerikanischen Architekten Richard Meier wird noch in diesem Jahr gerechnet. Die Ausstellung des Museums in den alten Räumen am Schaumainkai 15 muß deshalb jetzt seine Pforten für das ganze restliche Jahr 1984 schließen. Die Wiedereröffnung wird im Frühjahr 1985 sein.

Figurentheater der Nationen mit Burma

DW. Bochum

Zum 28. Mal findet vom 5. bis 13. Mai in Bochum das internationale Festival Figurentheater der Nationen (Fidena) statt. Höhepunkt ist diesmal die Teilnahme eines Marionettentheaters aus Burma, das am 6. und am 13. Mai auftreten wird. Außerdem gastieren neben zahlreichen deutschen Puppenbühnen noch elf weitere ausländische Truppen, u.a. das Theatre for the birds aus den USA und das Teatro Gioco Vita aus Italien.

Opern-Premieren in Mailand, Genua und Turin

Die letzten Primadonnen

Verschobene Premieren sind nichts Ungewöhnliches an der Mailänder Scala, doch diesmal konnte man sich die Wartezeit auf Verdis „I Lombardi" gut vertreiben: mit Besuchen in Turin und Genua, wo Raritäten von Donizetti und Spontini zu besichtigen waren.

Als Nummer fünfzehn im Werkkatalog Donizettis taucht das zweiaktige Melodramma giocoso „L'ajo nell'imbarazzo" auf. Der Ort der Handlung: ein derangiertes Herrschaftshaus, in dem ein Marchese ein strenges Regime führt und an alten Erziehungsmethoden festhält. Marchese Don Guilio bestimmt, daß seine beiden Söhne vor ihrem 25. Lebensjahr mit keiner weiblichen Person in Kontakt kommen sollen. Für das Einhalten dieses Gebots ist der Hauslehrer Don Gregorio verantwortlich. Enzo Dara versieht diese Aufgabe mit einer auf den Absätzen rotierenden, zappelnden Flinkheit und ebenso hurtigen Baßkoloraturen und rückt sich mit unwiderstehlichem Charme fast in den Mittelpunkt der Aufführung.

Dort steht aber schon Madama Gilda, die heimliche Gattin des jungen Marchese und Ursache aller Turbulenzen. Sie muß sich als vermeintliche Geliebte Gregorios ins Haus schleichen und die dünne Handlung durch beredte Zeugnisse jener hohen Kunst der Kolorateusen zwar anhalten, ihr aber auch die nötige Würze verleihen. Luciana Serra singt die Gilda mit einer fabelhaften Treffsicherheit und Prägnanz der einzelnen Noten, doch hält der steife, starre Ton, dessen kindlicher, Toti dal Monte imitierender Klang in krassem Widerspruch zur ältlich wirkenden Mittellage steht, die Begeisterung in Grenzen.

Das Operchen wurde in Turin von Filippo Crivelli in einem rokokohaften, verspielten Aufklapphäuschen liebevoll in Szene gesetzt. Ein stetiger Ärger in Turin ist das unsägliche Orchester, dagegen genoß man Alessandro Corbellis elegant und locker phrasierenden Marchese und Paolo Barbacinis witzigen Enrico.

Guilia, Spontinis „Vestalin", ist eine Vorgängerin Normas. Als „Casta diva" wird sie gar von ihrem Geliebten bezeichnet. Seit die Callas in den frühen fünfziger Jahren das Werk seinem Schlummer entriß, hat es kaum nennenswerte Reprisen gegeben. Nun stellte sich in Genua Raina Kabaiwanska dem Vergleich. Die Guilia der Kabaiwanska ist der abendlange Kampf mit einer falschen und leider exponierten Partie. Die Stimme der Bulgarin wird mulmig, zerfasert sich, und durch ein kraftvolles Nachdrükken wird der Ansatz unsauber, schwingt sich das Vibrato zum Tremolo ein. Die Rezitative sind ausdruckslos: allein eine gewisse Morbidezza der Mittellage und die hohe darstellerische Impulsivität retten die Figur. In Ruza Baldani stand ihr eine imposante Hohepriesterin zur Seite und Maurizio Frusoni war ein Licinio mit gladiatorenhaftem Aplomb. Bruno Bartoletti konnte den Wert der Partitur nur ansatzweise plausibel machen, ebenso wie sich Maroun Azouri mit einer farblosen Bebilderung begnügte, Klassizität mit öder Abgezirkeltheit verwechselte.

Dann kamen sie doch, die „Lombarden auf dem ersten Kreuzzug", Verdis großer Bilderbogen, der von Mailand ins ferne Morgenland führt. In vielem, in der Gegenüberstellung von Lombarden und Sarazenen hier und Hebräern und Babyloniern dort, ist dies eine Fortsetzung auf dem Erfolgsweg des „Nabucco", natürlich auch mit einem ganz ähnlichen Chor, „O Signore, dal tettio natio", der prompt wiederholt werden mußte. Auf Chor und Orchester lag unbestreitbar das Hauptgewicht bei der ersten Scala-Aufführung dieses Werks seit über fünfzig Jahren.

Gianandrea Garazzeni, der 75jährige Altmeister unter den italienischen Dirigenten, führte die Oper mit einer fesselnden rhythmischen Präzision, seinem ungeheuren jugendlichen Elan und inspirierender Autorität zum Erfolg. Der junge Gabriele Lavia vertraute auf das raffinierte Lichterspiel der Strehler-Schule, erreichte mit einfachen Mitteln zwar keinen überzeugenden Aufbau, doch hübsche Einblicke.

Da die letzten Primadonnen langsam in den Ruhestand treten, nimmt die Scala zur Zeit mit Ghena Dimitrova vorlieb. Für die Giselda sind ihre angerauhten Koloraturen, der harte Registerwechsel, der unsensible Ton und die schrillen Piani schwer zu tolerieren, einzig den fanfarengleichen Schrei, der ganze Ensembles niedersingt, macht dieser Sängerin kaum einer nach. Als Oronte muß sich José Carreras das heldische Format mit harter Arbeit erkämpfen. Silvano Carroli war der Bösewicht Pagano und mit der undankbaren Rolle des zweiten Tenors, Arvino, Führer der Lombarden, war Carlo Bini betraut.

ROLF FATH



Germain Mullers Straßburger Kabarett „Barabli"

Es sind Schwobe im Saal

Germain Muller ist eine Institution. Nicht nur als Bürgermeister von Straßburg, Kulturdezernent der Stadt, Direktor der Opéra du Rhin, Fernsehverantwortlicher, Regisseur und Schauspieler, sondern auch und vor allem als Leiter seines eigenen Theaters, genannt „Barabli". Das ist Elsässerdeutsch und meint „parapluie" (Regenschirm).

Das erste Programm ging 1950 über die Bühne. In diesem Jahr spielt die Truppe ihre 42. Revue. Wie um regional-bissige, kabarettistische Ironie vollständig zu machen, wirbelt unter dem Titel „Halb'Zitt" ein fast dreistündiger ernster Spaß über die Bühne. Da werden keine Enthüllungen gespielt, sondern in der süffigen Sprachmischung des nuancenreichen heimischen Idioms, eben des Elsässerdeutsch, unter Hinzufügung einer gezielten Menge von staatstragendem „Hoch"-Französisch gibt man der in mehrfacher Hinsicht gebeutelten Region eine spitzfindige Show, die das immer vollbesetzte Haus mit stürmisch-einverständigem Beifall quittiert. Vergleichbares ist bei uns kaum zu finden. 50 000 Besucher erreicht diese Theatertruppe pro Saison.

1984 hat Germain Muller ein satirisches, elsässisches Spektakel in zwölf Bildern zusammengebraut, das Paris und Mitterrand nicht schont („Es isch Halb'Zitt bi unserm Mitt'rrand, sine Litt, sie häncke de Rüessel, un mir bamble ne mit ..."), das Städtbausünden und den Neubau eines Gefängnisses in Straßburg aufspießt, das ein eigenes Orwell-Jahr reklamiert, dieses aber auf 2004 verschiebt, und das natürlich das regionale Minoritäten- und Sprachproblem, aber auch die Zerstörung der Umwelt und der heimischen Kleinindustrie, als Zwergmärchen bissig erzählt, nicht vergißt.

Dieses Theater ist so perfekt aus Esprit, Schläue, Revue, robuster Kritik und lächelnder Bosheit zusammengesetzt, daß man hingerissen den Ort vergessen könnte, wo dies über die Bühne geht: Es ist der bärbeißige „Cercle des Officiers" an der Place Broglie, gegenüber dem Straßburger Nationaltheater. Die Fassade des Gebäudes ist mit aufrecht gestellten alten Kanonenrohren dekoriert; oben aber, im ersten Stock, ist ein großzügiger Theatersaal, wo Mullers Truppe, die aus lauter Profis besteht, spielt und wo mit der Davidschleuder aus Witz, Schnelligkeit, Können und Einfallsreichtum auf den Goliath Geschichte, Tagespolitik und Region gezielt wird.

Die rasch wechselnden zwölf Szenen geben dem, der sich in den Eigensinn der Sprache einzuhören bereit ist, einen Überblick über das, was diese Gegend des französischen Nachbarn mit der „Korridor"-Geschichte bewegt. Wen eine nicht nur auf den Wein oder Kulinarisches bezogene Liebe mit dem Elsaß verbindet, der sollte sich einen Abend in diesem „Protest Olympia de Strasbourg" gönnen. Diese theatralische Revue wird beiderseits des Rheins goutiert; es sind immer auch „Schwobe" im Saal.

Die Verwandlung am Ende: Heiter und konzentriert verabschiedet sich Germain Muller im dunklen Anzug, winkt, vom Punktstrahler showmäßig ins Licht gestellt, seinem Publikum zu. Gegen Mitternacht frage ich ihn in seiner Garderobe nach seinem Alter. Soviel nur: Andere wären in Rente; sein Tag wird heute 18 Stunden gehabt haben.

Dieser sprachtänzelnde Bär aber nimmt noch eine Mentholzigarette, jemand hilft ihm aus den Kleidern. Unprätentiös steht der Bürgermeister der Europastadt da. Man wird noch in ein Lokal gehen, morgen vormittag wird wieder gespielt.

REINER NERVAL

KULTURNOTIZEN

Paul Nizon übernimmt als zehnter Autor die Gastdozentur für Poetik an der Frankfurter Universität.

Marie-Pierre Langlamet aus Nizza hat den ersten Preis beim internationalen Charpentier-Wettbewerb für Harfenisten gewonnen.

„Der Baum – Symbol und Schicksal des Menschen" heißt eine Ausstellung in der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe.

Eine Nietzsche-Auswahl ist im Budapester Gondolat Verlag auf ungarisch erschienen. Der Dichter war in Ungarn lange verfemt.

Michael Schwarze, Leiter des Filmressorts der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, ist 39jährig in Bad Mergentheim gestorben.



Das Akademische ist ihm Inspiration: Der Schriftsteller Bernard Malamud FOTO: DW

Der Schriftsteller Bernard Malamud wird siebzig

Leiden an der Schuld

Bernard Malamuds Eltern, jiddisch sprechende Emigranten aus dem Vorweltkriegsrußland, hatten einen kleinen Lebensmittelladen in Brooklyn. Der Sohn, der heute sein 70. Lebensjahr vollendet, wollte Schriftsteller werden, noch ehe er, wie viele seiner Generationsgefährten ähnlicher Herkunft, das City-College von New York bezog. Doch dauerte es noch zwei Jahrzehnte, bis seine ersten Romane erschienen, darunter „The assistant", der genau das Milieu schildert, aus dem er stammt. Doch dann entwickelte sich Malamuds belletristische Karriere reibungslos, parallel zu seiner akademischen Laufbahn: 20 Jahre lang hat er an dem eleganten Bennington College in Vermont Literaturgeschichte gelehrt. Wie Saul Bellow ist ihm das akademisache Milieu zur literarischen Inspiration geworden.

Malamuds großes Thema ist das Leiden des Menschen durch eigene und fremde Schuld. Man hat von ihm gesagt, daß er sozusagen ein Spezialist der Entfremdung sei, der unermüdliche Verkünder des Mythos vom einsamen Juden in Amerika. Doch ein Satz von ihm lautet, daß wir alle Juden seien – „Everybody a Jew". So will es im Grunde nichts bedeuten, daß so viele seiner Charaktere den gleichen Ursprung wie er selber haben, sie stehen für die Vereinsamung des Menschen schlechthin, die er auch einmal in einem utopischen Weltuntergangsroman zu schildern versucht hat („God's grace", 1982), der Geschichte von dem Tiefseeforscher Calvin Cohn, der als einziger den Atomkrieg überlebt.

Das war einer seiner seltenen Ausflüge aus der realen wohlbekannten Welt heraus, die er so meisterhaft darzustellen versteht, namentlich mit dem Mittel der Umgangssprache, die er ebenso genau wie seine Kollegen Roth und Bellow belauscht hat. Auch wenn er, wie in manchen seiner Novellen oder in dem pikaresken Roman „Bilder einer Ausstellung", ein bißchen in die Groteske überzuschwappen liebt, bleibt Malamud im Sprachlichen immer hart an der Wirklichkeit, soweit sich der Rahmen auch in die Gefilde der Bildung und der schönen Künste spannt.

HELLMUT JAESRICH

Das Ende eines Königs über Kokos und Kopra

Von HELMUT VOSS

Die Welt ist seit ein paar Tagen *um genau 14 Quadratkilometer* nüchterner. Auf den 1000 Kilometer südwestlich von Java gelegenen Kokosinseln, einem palmenbeschatteten, hufeisenförmigen Korallenarchipel, stimmte die kleine Bevölkerung mit 261 zu 32 Stimmen für den Anschluß an Australien und ließ damit bei einer seit über 150 Jahren laufenden Feudaloperette den letzten Vorhang fallen.

Die *ehemalige Privatkolonie* der schottischen Abenteurerfamilie Clunies Ross ist ab sofort nur noch ein strategisch durchaus wichtiger, ansonsten aber unbedeutender Vorposten des fünften Erdteils. Aus König Ross V., auch Tuan Besar (Großer Herr) genannt, wurde unwiderruflich der mehr geduldete als geachtete, 58 Jahre alte Privatmann John Clunies Ross. Die Londoner „Times" bedauerte das „Ende einer Ära".

Die 27 Inselchen im Indischen Ozean waren *1609* von dem britischen Seefahrer William Keeting entdeckt und 1827 von Clunies Ross' Urgroßvater, einem wettergegerbtem Kapitän, in Besitz genommen worden. Der Schotte brachte von den *Gewürzinseln einen ganzen „Harem"* auf den damals unbewohnten Archipel mit und verwandelte ihn im Laufe der Jahre mit Hilfe seiner Frauen und aus Malaya importierter Arbeitskräfte in eine riesige Kokosplantage. Er war so erfolgreich, daß Königin Viktoria ihm und seiner Familie die Inseln 1886 „in alle Ewigkeit" *überschrieb.*

In den Jahren darauf verwaltete die Familie Clunies Ross die Inselgruppe von ihrem zweistöckigen Herrenhaus auf der *Home-Insel* wie eine Privatkolonie. Die Plantage produzierte bis zu 350 Tonnen Kopra pro Jahr, die mit dem alle sechs Monate anlegenden Charter-Frachter nach Singapur geschafft wurden. Die Familie entlohnte die Arbeiter mit selbstgedrucktem Geld, für das diese dann im Clunies Ross-eigenen „Trading Post" Artikel für den täglichen Bedarf kaufen konnten. Als in den 60er Jahren eine Bevölkerungsexplosion drohte, ließ die Familie kostenlos empfängnisverhütende Tabletten verteilen und limitierte die Zahl der Kinder pro Ehepaar auf zwei.



König im Ruhestand: John Clunies Ross FOTO: SAD

Der *fünfte und letzte „König Ross"* wurde während des Zweiten Weltkrieges neuer Herrscher der Kokosinseln. John Clunies Ross ging auf eine Schule in England, als ihn mit 16 die Nachricht erreichte, daß sein Vater auf den in einen alliierten Stützpunkt verwandelten heimischen Inseln bei einem japanischen Bombenangriff ums Leben gekommen war. An der Universität Oxford *lernte* er später *die Tochter* eines reichen Fabrikanten kennen, heiratete sie 1951, kehrte mit ihr auf die Kokosinseln zurück. *Aus der Verbindung* gingen fünf Kinder hervor.

In den 60er und frühen siebziger Jahren führte Clunies Ross in seinem Inselreich noch ein Leben, das genug Stoff für eine Operette geboten hätte. Er lief barfuß über seine Sandstrände und hatte im Gürtel als Machtsymbol einen Malayen-Dolch stecken. Im Haus *wurden er und seine Familie* von fünf „house girls" in malayischen Kostümen verwöhnt. Kam es unter der Bevölkerung zu Diebstählen, traf sich „König Ross" mit den Dorfältesten und setzte dann das Strafmaß fest – meist zwei Wochen Lohnentzug.

Der Anfang vom Ende bahnte sich jedoch bereits 1955 an, *als die britische* Regierung die bis dahin abwechselnd Singapur und Ceylon (heute Sri Lanka) zugeordneten Inseln als Protektorat unter australische Oberhoheit stellte. Siebzehn Jahre blieb der Archipel noch weitgehend ungestört. Dann aber kam 1972 *ein Beauftragter der australischen* Regierung vorbei, um auf dem abgelegenen Protektorat nach dem Rechten zu sehen und schrieb anschließend einen negativen Report. „Bis dahin *hatte* ich ein gutes Image – ziemlich romantisch, aber doch positiv", klagte Clunies Ross vor kurzem, *„in dem Bericht verglich er mich* aber mit dem Besitzer einer südamerikanischen Sklavenplantage."

In den Jahren darauf wurde Clunies Ross zunehmend entmachtet. 1978 übernahm die australische Regierung per Zwangsvollstreckung *das meiste* Land und zahlte Clunies Ross eine Entschädigung in Höhe von rund fünfzehn Millionen Mark. 1981 kam es zu einem Mini-Aufstand, als die Insulaner sich weigerten, Vorräte für Clunies Ross auszuladen und sogar seine Stromversorgung kappten. Die Kokosplantagen verfielen *währenddessen und* wurden von Kohl überwuchert. Nach dem Ausgang der Wahl ist es jetzt nach Berichten aus Australien nur noch eine Frage der Zeit, bis der letzte Clunies Ross von der Insel vertrieben wird.

(SAD)

Granatfeuer ließ Wald in Flammen aufgehen

AP, Paderborn

Erst 40 Meter vor einer britischen Panzerkaserne im Norden Paderborns ist es der Feuerwehr Dienstag abend gelungen, einen Waldbrand auf einem Truppenübungsplatz in der Senne unter Kontrolle zu bringen. *Einheiten* der britischen Rheinarmee hatten bereits ein Munitionsdepot geräumt. Insgesamt vernichtete das durch Granatfeuer auf einer Schießbahn ausgelöste Feuer mehr als 100 Hektar Wald. Sieben Stunden lang waren 20 Löschzüge mit 220 Feuerwehrleuten im Einsatz, um das Feuer zu löschen, das per Zufall von einem Paderborner Stadtbrandmeister entdeckt worden war. Der wechselnde Wind, der die von Baumwipfel zu Baumwipfel springenden Flammen selbst Schneisen von sechs Metern Breite überwinden ließ, erschwerte die Löscharbeiten. Die deutsche Feu*erwehrleitung warf den Briten vor,* die deutschen Kräfte zu spät gerufen zu haben. Die Briten hatten nur zwölf Feuerwehrleute für die Brandbekämpfung abgestellt und mit Hinweis auf *die* britische Verwaltung des Truppenübungsplatzes sogar deutschen Polizeibeamten den Zutritt zu dem Gelände verwehrt. Bereits vor zwei Jahren hatte es in der Senne einen *Großbrand* gegeben. *Damals* hatten britische Truppen trotz Waldbrandgefahr ihre Schießübungen mit scharfer Munition fortgesetzt.

Honorar-Urteil

AP, Kassel

Ein Arzt, der 85 000 Mark für nicht erbrachte Leistungen an Kranken*kassenpatienten abgerechnet* hat, muß dieses Honorar nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts in Kassel nicht zurückzahlen. Damit wurde in letzter Instanz eine Klage abgewiesen, die der zuständige Beschwerdeausschuß auf Veranlassung der Ortskrankenkassen gegen den Arzt aus Niedersachsen angestrengt hatte. Die Prüfungsausschüsse seien nur zur Überwachung der Wirtschaftlichkeit der ärztlichen Behandlung befugt.

Neuer Papst-Appell

AFP, Rom

Papst Johannes Paul II. hat am *Mittwoch* erneut an die *Entführer* von Emanuella Orlandi appelliert, die im Juni vergangenen Jahres im Alter von 15 Jahren in der Vatikanstadt auf dem Schulweg entführt wurde. Von der Tochter eines mittellosen Vatikan-Wächters fehlt seither jede Spur.

Tot in der Wohnung

AFP, Bremen

Mehr als vier Monate lag eine *80jährige Bremerin tot in ihrer Wohnung,* bevor man sie jetzt entdeckte. Obwohl ihr Briefksten von Post überquoll, hatten nach Angaben der Polizei weder die Nachbarn in dem 8-*Familien-Haus* noch der Postbote Verdacht geschöpft.

Deutsche vorn

dpa, München

Deutsche und japanische Fahrzeuge sind am wenigsten pannenanfällig. Nach der gestern veröffentlichten neuesten Pannenstatistik des ADAC finden sich auf den vorderen Plätzen neun deutsche und drei japanische Fabrikate. Bei den Kleinwagen wurden der Ford Fiesta, in der unteren Mittelklasse der Toyota Tercel, in der Mittelklasse das Audi Coupé und in der Oberklasse der Mercedes 200 D–300 D Klassenbeste. Die meisten Reparaturen gab es nach der ADAC-Übersicht beim Fiat-Panda, beim Fiat Ritmo, beim Opel Manta sowie bei den BMW 728i bis 745i.

ZU GUTER LETZT

„Radio Brenner abgebrannt" Überschrift in der „tz"

Kritische Worte an die eigenen Reihen

Eröffnung des Deutschen Chirurgenkongresses in München

JOCHEN AUMILLER, **München**

Wie schwer es die Patienten manchmal mit den Chirurgen haben, war *Angelpunkt* der Eröffnungsansprache von Professor Leo Koslowski, Tübingen, Präsident des 101. Deutschen Chirurgenkongresses, der gestern in München begann und zu dem sich etwa 2000 Teilnehmer aus aller Welt anmeldeten.

Koslowski sparte nicht mit Selbstkritik und nicht mit Appellen. So forderte er seine Kollegen auf, nachhaltiger den Sinn und Zweck ihrer Eingriffe und die Belastbarkeit der Kranken zu überdenken. Lebensverlängerung um jeden Preis könne nicht die Aufgabe des Chirurgen sein – auch wenn die Technik sie ermögliche. Die Entscheidung darüber, was dem Wohl des Kranken dient, „kann uns niemand abnehmen – weder das Recht noch soziale Normen". Man möge sich in die Lage eines Chirurgen versetzen, der am Krankenbett oder am Operationstisch vor einer solchen einsamen Entscheidung steht: „Sie muß *oft im Zustand* äußerster Anspannung, manchmal in wenigen Minuten getroffen werden."

Vorwürfe an den Patienten, etwa „Warum sind Sie nicht früher zu mir gekommen", *sollten* tunlichst unterlassen werden, fuhr Koslowski fort. „Der Arzt ist kein Richter." Wichtige Entscheidungs- *und* Gesprächsprobleme beginnen oft erst nach der Operation, „vor allem dann, wenn diese nur einen Teilerfolg oder gar nur die Sicherung der Diagnose oder eine *infausten (hoffnungslosen)* Prognose erbracht hat".

Zuständig ist immer der Operateur

Hier könne sich der Chirurg nicht auf den Standpunkt des Technikers zurückziehen, der glaubt, sein möglichstes getan zu haben. „Schwierige Gespräche *mit* Patienten und Angehörigen dürfen nicht den nachgeordneten Mitarbeitern überlassen werden. Der Operateur selbst muß seine Patienten auf eine Defektheilung, auf *eine Dauertherapie, auch auf eine* künftige Verschlimmerung seines Leidens vorbereiten."

Hybris bei chirurgischen Erfolgen sei ebenso wenig angemessen wie *mimosenhafte* Empfindlichkeit gegenüber einer manchmal berechtigten, oft aber auch unsachlichen und unwissenden Kritik.

Zwei eklatante Mißstände in der *chirurgischen* Versorgung hob Koslowski hervor, Mißstände, die in erster Linie auf mangelhaftes Verständnis bei den Politikern und Ministerialbürokraten zurückzuführen seien. Zum einen sei die Behandlung *von* Schädel-Hirn-Verletzten, eine häufige Folge schwerer Verkehrsunfälle, lückenhaft. Diese Schwerverletzten werden heute „ganz überwiegend *notfallmäßig in Chirurgische Abtei*lungen eingeliefert, die dafür aber unzureichend gerüstet sind". Koslowski forderte deshalb, daß alle chirurgischen Krankenhausabteilungen über Ärzte verfügen müßten, die eine neurotraumatologische Grundausbildung besitzen: „Sie müssen in der Lage sein, *genauso wie* die *Brust- und* Bauchhöhle auch die Schädelhöhle in Notfällen zu eröffnen, um lebensgefährliche Blutungen zu entlasten und dem drohenden Hirntod zuvor*zukommen.*"

Es fehlt an erfahrenen plastischen Chirurgen

Nicht minder schlecht bestellt sei es um die Versorgung *von* Schwerbrandverletzten. Lediglich Nordrhein-Westfalen und München hätten entsprechende Vorkehrungen getroffen, ansonsten sei die Bundesrepublik Deutschland *in dieser Hinsicht* „ein Entwicklungsland". Die Bundesländer haben zwar im Jahre 1978, unter dem Schrecken der Brandkatastrophe auf einem spanischen Campingplatz, Absichtserklärungen zur Verbesserung der Versorgung Schwerbrandverletzter abgegeben, dabei sei es *aber im wesentlichen* geblieben.

Koslowski: „Die Existenz einer Intensivstation garantiert keineswegs eine optimale Behandlung dieser bedauernswerten Unfallopfer, denn es fehlt ja in den meisten Fällen am erfahrenen plastischen Chirurgen, der *sich bei schweren Verbrennungen* auskennt. Dies ist den Medizinalbürokraten in Sozialministerien nur schwer klarzumachen."

Bei den Brandopfern kommt es übrigens weniger auf eine hochgezüchtete Medizintechnik an als vielmehr auf engagierte Ärzte und Pflegeteams, *die das Know-how* beherrschen und die nicht durch die 40-Stunden-Wochen-Regelung am Dienst am Kranken gehindert werden.

Die Arbeitszeitregelung für den ärztlichen Dienst in unseren Krankenhäusern, kritisierte Koslowski, sei ein Unglück, *vor allem für die* Patienten. „Schlimm ist, daß heute in unseren Krankenhäusern und Kliniken die Arbeitszeitregelung mehr Gewicht hat, als die Rücksicht auf die Kranken."

Auch die Boeing 767 soll bald den Linien-Sprung über den Atlantik tun dürfen FOTO: DIE WELT

Eine Rechnung mit zwei Bekannten

Billiger über den Atlantik: Boeing will Genehmigung für Non-Stop-Flug mit zweimotoriger 767

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Kommt bald der planmäßige Transatlantikverkehr Non-stop zwischen Europa und Amerika mit Düsenverkehrsflugzeugen, die nur zwei Triebwerke haben? Wenn es nach dem größten Hersteller ziviler Jets geht, den amerikanischen Boeing-Werken, dann ist der Tag nicht fern. Das Werk hat bei der US-Bundesluftfahrtbehörde FAA entsprechende Anträge gestellt, die Langstreckenversion der neuen zweistrahligen Boeing 767 für Überwasserflüge nach der internationalen 90-Minuten-Regel zuzulassen. Aus Sicherheitsgründen hat die US-Behörde, deren Bestimmungen für die meisten Länder der westlichen Welt richtungsweisend sind, noch nicht zugestimmt.

Nach den gegenwärtig gültigen Bestimmungen der Amerikaner muß ein Verkehrsflugzeug mit zwei Triebwerken bei Ausfall eines Motors jederzeit einen geeigneten Flughafen innerhalb von 60 Minuten bei der mit einem Motor möglichen Geschwindigkeit erreichen können. Bei Anwendung dieser sogenannten 60-Minuten-Regel können die Luftverkehrsgesellschaften zweimotorige *Langstreckenmaschinen* wie die Boeing 767 nicht auf dem sogenannten *Großkreis einsetzen. Der Großkreis* ist die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten auf der Erde. Die Maschinen müßten unwirtschaftlich auf der Atlantikstrecke weiter nördlich fliegen, damit sie immer innerhalb der 60-Minuten-Spanne einen geeigneten Flughafen erreichen können. Würde die FAA der von der internationalen Organisation ICAO vorgeschlagenen 90-Minuten-Regel zustimmen, wäre der Weg frei für rentable kommerzielle Linienflüge mit zweimotorigen Jets.

Zur Demonstration der transatlantischen Non-Stop-Tauglichkeit der Boeing 767 im Liniendienst setzte die israelische Luftverkehrsgesellschaft El Al kürzlich eine 767 auf der Strekke von Montreal nach Tel Aviv ein. *Für die* 9300 Kilometer lange Strecke benötigte die 767-200-er (extended range) eine Flugzeit von zehn Stunden und 52 Minuten. Die El Al stellte mit diesem Flug auch gleichzeitig einen neuen Rekord für den bis zur Stunde längsten Flug einer 767, die ursprünglich 1982 als Mittelstreckenjet auf den Markt gekommen war, auf. Bei dem Rekordflug hielt sich El Al-Flugkapitän Zeev Sharon an die 60-Minuten-Regel der Faa.

*Die Boeing-Werke sind zuversicht*lich, daß die vorgesehenen technischen Sicherungen in der 767 bei *Ausfall eines Motors* einen sicheren transatlantischen Flugverkehr im Rahmen der 90-Minuten-Regel ermöglichen werden. So könnte eine 767 auf dem Weg von London nach New York *auch im* denkbar ungünstigsten Fall sicher landen. Dieser ungünstigste Fall wäre Ausfall eines Triebwerks *im Niemandsland* zwischen Irland und Neufundland bei gleichzeitigem Druckabfall in der Kabine, der einen Abstieg aus der Reiseflughöhe auf 3000 Meter Höhe bei starker Vereisung vorsieht. Nach den von Boeing getroffenen technischen Vorkehrungen könnte die Maschine bei voller *Wirksamkeit* der Enteisungsanlage nach Gander weiterfliegen und dort mit einer Treibstoffreserve von mehr als zwei Stunden landen.

Bei den Sicherheitsüberlegungen spielen allerdings auch Flugsicherungsaspekte eine große Rolle. Beispielsweise muß eine Maschine, die schnell ihre *Reiseflughöhe* verlassen müßte, durch mehrere Verkehrsschichten auf der dichtbeflogenen Nordatlantikroute geführt werden.

Schweres Erdbeben in Kalifornien

rtr, San Francisco

Bei einem schweren Erdbeben in San Francisco und Umgebung sind am Dienstag zwölf Menschen verletzt worden. Das Beben mit einer Stärke von 6,2 Punkten auf der nach oben *offenen Richterskala* war eines der stärksten Beben im Norden Kaliforniens seit 1906. Damals war San Francisco fast völlig zerstört worden.

Nach Angaben der Polizei wurde *am Dienstag die Kleinstadt Morgan* Hill am stärksten betroffen. Unter den zwölf Verletzten dort seien viele Kinder gewesen. Das Epizentrum des Bebens um die Mittagszeit lag nach Messungen des geologischen Instituts östlich von San José am Südende der Bucht von San Francisco.

Glasschäden

In San Francisco wackelten die Wolkenkratzer etwa 30 Sekunden lang. Nach den Worten einer Rathausangestellten regnete im Gebäude der Verputz von der Decke. Ansonsten blieb es jedoch bei Glasschäden. In Morgan Hill, rund 110 Kilometer südlich von San *Francisco an der Haupt*autobahn von Nord- nach Südkalifornien, wurden nach Augenzeugenberichten Häuser aus den Fundamenten und Fenster aus den Rahmen gerissen. Eine Scheune sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Arbeiter eines Observatoriums nahe des Epizentrums berichteten, sie hätten Schwierigkeiten gehabt, auf den Beinen zu bleiben. „Es war wie auf einem Trampolin", sagte einer.

Aus einem Gefängnis südöstlich von San Francisco mußten nach den Worten eines Gefängnissprechers rund 50 Häftlinge entlassen werden, da es nach Beschädigungen an mehreren Gebäuden zu Platzproblemen gekommen sei. Häftlinge, die nur noch einige Tage Haft abzusitzen gehabt hätten, seien daraufhin frühzeitig entlassen worden.

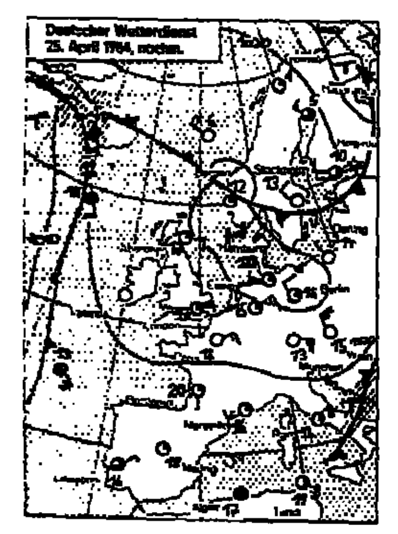
Das Beben-Lied

In den Restaurants von San Francisco, wo derzeit eine Kampagne läuft, den Titelsong des 1936 gedrehten Films über das große Erdbeben zur Stadthymne zu machen, stimmten die Gäste nach dem Beben gemeinsam das Lied an.

Eine halbe Stunde später erschüt*terte ein* Erdbeben von Grad drei bis vier auf der zwölfstelligen Mercalliskala den Norden Chiles. Nach Angaben der Polizei in La Serena (470 Kilometer nördlich von Santiago) wurden weder Verletzte noch Sachschäden gemeldet. In La Serena und den umliegenden Ortschaften, wo das Beben besonders deutlich zu verspüren war, sei es jedoch zu Panikreaktionen gekommen.

WETTER: Es bleibt warm

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Schwerpunkt über den Britischen Inseln und der Nordsee ändert seine Lage und Intensität vorerst kaum. Damit bleibt die trockene und wolkenarme Luft im großten Teil Deutschlands bestimmend, lediglich im Osten werden sich die Wolkenfelder eines Störungsausläufers bemerkbar machen.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Osten teils heiter, teils wolkig aber trocken, sonst wolkenarm und sonnig mit *Höchsttemperaturen zwischen 17* und 23 Grad. Nachts Temperaturrückgang auf Werte um 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind vorherrschend aus Ost bis Nordost.

Weitere Aussichten:

Allgemein freundlich, aber etwas kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	21°
Bonn	16°	Kopenh.	14°
Dresden	14°	Las Palmas	21°
Essen	15°	London	17°
Frankfurt	15°	Madrid	18°
Hamburg	18°	Mailand	14°
List/Sylt	11°	Mallorca	23°
München	13°	Moskau	14°
Stuttgart	15°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	11°
Amsterdam	17°	Paris	16°
Athen	17°	Prag	13°
Barcelona	20°	Rom	14°
Brüssel	11°	Stockholm	13°
Budapest	16°	Tel Aviv	16°
Bukarest	8°	Tunis	19°
Helsinki	10°	Wien	15°
Istanbul	7°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.02 Uhr, Untergang: 20.38 Uhr, **Mondaufgang:** 5.30 Uhr, Untergang: 16.31 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Rom droht eine Invasion aus der Tiefe

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Die Ewige Stadt hat schon viele Invasionen erlebt und überlebt. Gegenwärtig kämpft sie gegen die Bewohner des Untergrunds, auf dem Rom gebaut ist. Dort haust ein Heer von Ratten, das sich in jüngster Zeit erschreckend vermehrt hat und aus den Tiefen der Kanäle und Kellergeschosse ans Tageslicht kommt. Dieses Millionen-Heer wird immer dreister und gefährlicher. Beim städtischen *Dezernat für Desinfektion* und Rattenvernichtung laufen pro Tag an die 70 Hilfe-Rufe ein – von Hausge*meinschaften,* Krankenhäusern, Schulen oder Bibliotheken. Angriffsziel der Ratten war kürzlich die staatliche Phothothek – im Kellergeschoß des ehemaligen Jugendgefängnisses an der Porta Portese. Die nächtliche Invasion wurde zu spät entdeckt. Ihr fielen wertvolle fotografische Dokumente zum Opfer.

Die *Rattenplage* in *Rom* erklärt sich in erster Linie aus der geologischen Eigenschaft des Terrains. Die bröckeligen Erdschichten, auf dem die Stadt seit Jahrtausenden ruht, bieten den langschwänzigen Nagern ein ideales Zuhause. Im Volksmund heißt der poröse und löcherige Untergrund schon lange der „Schweizer Käse". Ein weiterer Faktor, der ein Rattenleben begünstigt, ist die Überalterung des Abwässersystems – vor *allem im Stadtkern. Unter dem* romantischen Gewirr von Plätzen und Gassen der Altstadt liegen verwinkelte Stollen und unterirdische Gänge, altrömische Kloaken und mittelalterliche Kanäle, die zum Teil noch unerforscht sind. Dort sind die Ratten-Heere zu Hause und von dort aus starten sie zu ihren *Vorstößen* in die Oberwelt: in Wohnungen, Vorratsräume, Speisekammern, Läden, Hospitäler, Museen und Stadtparks. Die Berge von Schmutz und Müll auf den römischen Straßen und Plätzen locken sie *wie magisch an.*

Normalerweise ernähren sich Roms Ratten von dem, was die Abwässerkanäle ihnen zutragen. Da diese weitgehend in den Tiber münden, ist die Rattenplage besonders auf die angrenzenden Stadtteile konzentriert. Doch wo *immer* sich den Tieren Gelegenheit und Anreiz zu besserer Ernährung bietet, ziehen sie diese der Kloakenkost *vor. Eine solche* Gelegenheit bietet sich ihnen seit Jahren durch den Bau einer neuen U-Bahn-Linie. Die Bauschächte öffnen ihnen Tor und Tür zur Oberwelt. Die Restaurants und *Lebensmittelgeschäfte* in der Nähe können sich vor dem ungebetenen Besuch nicht mehr retten. Die rund 40 römischen Desinfektionsfirmen sind ausgebucht und bei weitem überfordert.

Das Rattenproblem hat längst die Sanitätsbehörden der Ewigen Stadt alarmiert. Die *Invasion der Ratten,* zu denen sich Legionen von Mäusen gesellen, bedroht ganz schlicht die italienischen Kapitale. Seuchen sind nicht mehr auszuschließen. Besonders gefährlich wird es, wenn die Exkremente der Tiere mit Lebensmitteln in Kontakt geraten.

Mancher Besucher Roms ist entsetzt, wenn er *am hellichten Tag fette* Ratten vor sich über den Weg huschen sieht. Mag er noch glauben, daß *das gewiß nicht kleine Heer heimatlo*ser Katzen der Plage auf Dauer ein Ende bereitet, in Wirklichkeit freilich haben die kräftigen Ratten längst ihre Furcht vor den Erbfeinden verloren. Und die menschlichen Mitbewohner der Stadt haben die intelligenten Nager längst als ihre eigentli*chen Verbündeten ausgemacht.* Ihrer Nachlässigkeit verdanken die Tiere hier ihr Paradies auf Erden. Eine Kampagne des Senats, die Ratten durch Sauberkeit zu vertreiben, wurde wegen Erfolglosigkeit eingestellt.

Hoffnung auf Computer

SAD, New York

Das FBI, die *amerikanische* Bundespolizei, will jetzt den vagabundierenden Massenmördern, die in diesem Jahrzehnt zu Amerikas gefährlichstem Verbrechertyp avanciert sind, mit *Hilfe* eines *landesweit* einsetzbaren Computers zu Leibe rükken. Die Zentrale, die alle Daten der schätzungsweise 35 „Serientäter" erfaßt, die derzeit mordend und vergewaltigend auf dem Kontinent unterwegs sind, soll schon im kommenden Monat in Quantico, im US-Bundesstaat Virginia, einsatzbereit sein. Mit dem Einsatz der modernsten Fahndungsmethoden hofft man, die vagabundierenden Verbrecher so schnell wie möglich stoppen zu können.

Erst in der vergangenen Woche war einer der meist gesuchten Serientäter, ein seit März aus seiner Luxusvilla in Florida verschwundener Millionär *und Hobby-Rennfahrer, von der* Polizei in New Hampshire gestellt worden. Dabei beging Christopher Wilder, seit Wochen auf der „Hitliste" der zehn meistgesuchten Verbrecher der USA, nach einem Schußwechsel mit der Polizei Selbstmord in seinem Auto. Vorher war der 39jährige blutrünstig *kreuz und quer* durch die USA gefahren. Die Polizei geht davon aus, daß er dabei mindestens acht Frauen getötet hat und zahlreiche andere *vergewaltigte* und *sonstwie* quälte.

Täter-Typen wie diese haben es in dem riesigen Land besonders leicht, zuzuschlagen und anschließend zu verschwinden: Keine Gesellschaft der Welt ist so mobil und freizügig wie die amerikanische, die nicht mal eine polizeiliche *Anmeldungspflicht* kennt. Mit Hilfe des Computers in Quantico, an den alle Fahndungsstellen des Landes angeschlossen werden, soll jetzt der „Terrainvorteil" dieser trampenden Massenmörder eingeengt werden.

Mindestens fünf Serienmörder versetzten in den vergangenen Jahren die Bevölkerung in Angst und Schrecken; unter ihnen die berüchtigten „Würger" Kenneth Bianchi und Angelo Buono, die in Kalifornien mindestens neun Frauen vergewaltig*ten und erwürgten. 1980* wurde John Wayne Gacy wegen Mordes an 33 Jungen zum Tode verurteilt. Ein exemplarischer Fall war auch der des jüngst zum Tode verurteilten Landstreichers Henry Lee Lucas, der 360 Morde gestand. Zum Verhängnis wurde ihm jedoch nur eine Tat aus *dem Jahre 1979.* Die meisten seiner Verbrechen sind ihm gar nicht mehr nachzuweisen.